



Quartiersmanagement Berlin

Bürgergutachten: Ergebnisse der Planungszellen im Quartier Magdeburger Platz

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
Bezirksamt Tiergarten
von Berlin

Projektleitung und Durchführung der Planungszellen

Dipl.-Ing. Shahrooz Mohajeri
Dr. Susanne Schön
NEXUS – Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung
Knesebeckstraße 1–2
10623 Berlin
Tel.: 030/318 - 09 516
Fax: 030/318 - 09 512

Dr. Carsta Galejew
Die Infrastruktur Akademie Berlin
Bornimer Str. 6
10711 Berlin
Tel.: 030/896 79 80
Fax: 030/893 55 21

Thematische Kooperation

Quartiersmanagement Magdeburger Platz
Dipl. Sozialwiss. Helmut Knieper
Dr. Anna Oldenburg
Michael Klinnert
Pohlstraße 91
10785 Berlin
Tel.: 030 / 230 050 23
Fax: 030 / 230 050 25

Die Planungszellen wurden geleitet von:

Dipl.-Vw. Thomas Büttner
Dipl.-Ing. Matthias Habijan
MA Annette Leeb
Dr. Horst Riese
Dipl.-Ing. Carolin Schröder

Mitarbeiterinnen
Dipl.-Kauffrau Hanaa El-Hussein, Juliane Sulanke,
Elif Yesilbas, Christa Nikolait

Beauftragung und Betreuung

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Abt. I - Stadt- und Freiraumplanung
Referat I A - Stadtentwicklungsplanung
Dipl.-Ing. Dietrich Flicke
Dipl.-Ing. Hajo Bergandt
Dipl.-Ing. Heidrun Nagel

Ab 01.06.2000 erfolgt die Betreuung des Quartiers-
managementgebietes Magdeburger Platz durch das
Referat IV B – Soziale Stadt (Frau Pape-Thiam)

Bezirksamt Tiergarten von Berlin
Dipl.-Ing. Stephan Lange
Dipl.-Ing. Werner Schlömer

Impressum

Herausgeber
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
– Kommunikation –
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin

Layout
Petra Dreßler, Vision & Gestalt
Rönnestr. 19, 14057 Berlin

Druck
H. Heenemann GmbH & Co.
Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin

Berlin, Juni 2000

Bezug der Broschüre

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Informationsstelle (Zimmer 033-036)
Württembergische Strasse 6
10179 Berlin
Tel. (030) 9012 1314

Bezirksamt Tiergarten von Berlin
Bürgeramt, Rathaus Tiergarten
Mathilde-Jacob-Platz 1
10548 Berlin
Tel. (030) 3905 2303

Quartiersmanagement Magdeburger Platz
Pohlstraße 91
10785 Berlin
Tel.: 030 / 230 050 23



Das Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz ist eines von zwei im Bezirk Tiergarten gelegenen Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das Quartier liegt in der südöstlichen Ecke des Bezirks. Es wird im Norden vom Landwehrkanal, dem Botschaferviertel und dem Großen Tiergarten, im Süden vom Bezirk Schöneberg mit dem Quartiersmanagementgebiet Schöneberg-Nord und im Osten vom „Gleisdreieck“, dem ehemaligen Potsdamer Güterbahnhof, begrenzt. In Sichtweite ist in nordöstlicher Richtung in den letzten Jahren der neue innerstädtische City-Bereich um den Potsdamer Platz entstanden. In dem mit Einzelhandel und Gewerbe gemischten Quartier wohnen ca. 8.600 Einwohner.

Grußwort

Die vom Berliner Senat 1999 getroffene Entscheidung, gemeinsam mit den Bezirken in den 15 Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf ein Quartiersmanagement einzurichten, hat sich im bisherigen Verlauf als richtig erwiesen. Zielsetzung war und ist die Stabilisierung und Aufwertung dieser durch mannigfaltige Problemlagen gekennzeichneten Wohnquartiere. Das Quartiersmanagement stellt dabei den Motor und Moderator eines Entwicklungsprozesses dar und agiert als Vermittler zwischen allen einzubeziehenden Akteuren der verschiedensten Ebenen – vom Bewohner bis zum Bezirksbürgermeister. Der wesentliche Grundsatz des Quartiersmanagements ist, neben der bewussten Nutzung der jeweils vorhandenen gebietsspezifischen Stärken und der effektiveren Bündelung und Vernetzung aller personellen und finanziellen Ressourcen, die Einbeziehung der Bewohner in diesen Prozess selbst. Nur wenn die Bewohner die aufgestellten Ziele der Entwicklung ihres Wohnquartiers und die einzelnen Schritte zur Umsetzung mittragen und mitgestalten, kann das Verfahren des Quartiersmanagements Erfolg haben. Quartiersmanagement bedeutet ausdrücklich nicht Planung „von oben“, sondern hier sollen gemeinsam mit den Bewohnern ganz konkret die Maßnahmen entwickelt werden, die aus ihrer Sicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort beitragen können. Der Berliner Senat und die Bundesregierung stellen unter dieser Zielsetzung Gelder für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit den Bewohnern, ihre Einbeziehung in Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse vor Ort, die Ermutigung sich einzubringen und zu beteiligen, ist damit eine der bedeutsamsten Aufgaben innerhalb des großen und anspruchsvollen Aufgabenspektrums der Quartiersmanager.

Ich begrüße es, dass anknüpfend an die positiven Erfahrungen, die alle Beteiligten mit der erfolgreichen Durchführung einer Planungszelle 1999 im Gebiet Wrangelkiez gesammelt haben, dieses besondere Verfahren der Bürgerbeteiligung nun in zwei weiteren Quartiersmanagementgebieten – dem Magdeburger Platz in Tiergarten und dem Sparrplatz in Wedding – zur Anwendung gebracht wurde.

Ganz ausdrücklich und sehr herzlich möchte ich dabei Ihnen, den Bewohnern und Gewerbetreibenden danken, die in den Planungszellen mitgearbeitet haben und sich vier Tage lang sehr konkret mit den Stärken und Schwächen, mit den Problemen ihres Wohn- und Arbeits-

quartieres auseinander gesetzt haben. Sie haben nicht nur ihre Zeit, sondern ihre Ideen, ihr Engagement eingebracht, um als die eigentlichen Quartiers-Experten miteinander zu diskutieren und gemeinsam Lösungsvorschläge zu entwickeln: Was, wie, von wem besser oder anders gemacht werden soll, damit es sich wieder besser lebt und arbeitet in Ihrem Wohnquartier und in den Nachbarschaften. Mit den in dieser Broschüre zusammengefassten Ergebnissen liegt nun ein ganzer Katalog von Maßnahmen und Lösungsvorschlägen vor, die von Ihnen, den Bewohnern und Gewerbetreibenden als vordringlich angesehen werden. Jetzt ist es Aufgabe des Quartiersmanagements, gemeinsam mit der Verwaltung, den vielen anderen Akteuren vor Ort und ich wünsche mir, auch weiterhin mit Ihnen, für die Umsetzung dieser Maßnahmen zu sorgen. Dass die Vorschläge hinsichtlich ihrer Machbarkeit noch auf den Prüfstand müssen, leuchtet sicher ein. Das Motto lautet aber: Was möglich ist, wird gemacht.

Ich möchte Sie daher einladen, den begonnenen Prozess der Umsetzung dieser Maßnahmen nicht nur kritisch zu beobachten, sondern das Angebot des Quartiersmanagements anzunehmen und sich auch weiterhin mit Ihren Ideen und mit Ihrem Engagement ganz konkret für Ihren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt einzusetzen.



Peter Strieder
Senator für Stadtentwicklung

Grußwort

In dem vorliegenden Bericht liegen aussagekräftige Wünsche und Anforderungen der Bewohnerinnen, Bewohner und Gewerbetreibenden vor, die dazu dienen sollen den Stadtteil Tiergarten-Süd zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsort zu entwickeln.

Das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung initiierte und von der Infrastrukturakademie durchgeführte Modellprojekt „Planungszelle“ ist eine qualifizierte Weiterentwicklung der in Tiergarten ohnehin schon modellhaften Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Planungsprozessen.

Angesichts der immer größer werdenden Politikverdrossenheit halte ich die praktizierte Verfahrensweise der „Planungszelle“, Bürgerinnen und Bürger des Stadtteiles über ein Zufalls-system auszuwählen, sie über Impulsreferate thematisch zu inspirieren, um so ihre Probleme und Vorstellungen sowie Lösungsvarianten zu den verschiedensten Themen eines funktionierenden Stadtteiles zu diskutieren und schriftlich festzuhalten, für zukunftsweisend.

Die positiv zu bewertenden methodischen Ansätze der Planungszelle werden im weiteren Verlauf des Quartiersmanagements aufgenommen und in den Alltag der Bürger/-innenbeteiligung eingebracht.

Die von den Bewohnerinnen und Bewohnern beschriebenen Probleme und Mängel sowie die erarbeiteten Lösungsvorschläge und die im Einzelfall benannten Projekte und Maßnahmen zeugen von großer Sachkompetenz und bestätigen erneut die Weisheit: „Bewohner/-innen sind die besten Expertinnen und Experten.“

Allerdings wurde durch das von den Bürgerinnen und Bürgern in der „Planungszelle“ eingebrachte Engagement auch eine Erwartungshaltung geweckt, die auf eine Verbesserung der Stadtteilentwicklung in allen Lebensbereichen zielt.

Politiker/-innen, Senat und Bezirk und nicht zuletzt das Quartiersmanagement sind gefordert, die Erwartungshaltung zu erfüllen.

Die bisher im Quartiersmanagement gemachten Erfahrungen, das es sinnvoll und notwendig ist, stadtplanerische Maßnahmen und Projekte mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zu verknüpfen, und durch diese Bündelung der Ressourcen auch bei geringer werdenden

Haushaltsmitteln den Stadtteil positiv beeinflussende Effekte zu erzielen, bestätigt sich wieder einmal. Das Konzept trägt erste Früchte.

Die Ergebnisse und Empfehlungen des Bürger/-innengutachtens müssen nunmehr Eingang in den Stadtentwicklungsprozess finden.

Abschließend bedanke ich mich recht herzlich bei allen Akteurinnen und Akteuren, die am Projekt „Planungszelle“ teilgenommen und somit zum Gelingen des Bürger/-innengutachtens beigetragen haben, den Bürgerinnen und Bürgern, den Organisatorinnen und Organisatoren des Verfahrens sowie den Referentinnen und Referenten, den Politikerinnen und Politikern.



Jörn Jensen
Bezirksbürgermeister

Einleitung

Das Quartiersmanagement geht von dem Grundsatz aus, keine Planung von oben zu betreiben, sondern die unmittelbar im Quartier lebenden und arbeitenden Menschen als diejenigen zu begreifen, die am besten wissen, woran es in ihrem Quartier fehlt und was zur Verbesserung der Situation notwendig und wünschenswert ist.

Zu den wesentlichen Merkmalen des Quartiersmanagements gehört deshalb die intensive, aktivierende Einbeziehung der Bewohner. Dazu gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Jedes Quartier hat seine eigenen, ganz spezifischen Strukturen, Voraussetzungen und Randbedingungen. Deshalb wird nicht allen 15 Berliner Quartiersmanagementgebieten ein starres Beteiligungsverfahren vorgegeben, sondern es werden für die einzelnen Quartiere aus der jeweiligen individuellen Spezifik heraus die geeignet erscheinenden Methoden entwickelt.

Im Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz wurde in Berlin nach dem Wrangelkiez zum zweiten mal die Planungszelle als Bürgerbeteiligungsverfahren angewandt. Dabei konnte auf den Erfahrungen der vorangegangenen Planungszelle im Wrangelkiez aufgebaut werden. Die Themen und Fragestellungen wurden z.B. noch mehr auf die Gebietsproblematik zugespitzt und auf die besonders wesentlich erscheinenden Themenfelder konzentriert. Darüber hinaus wurde auch versucht, die Bedeutung eines längerfristigen Engagements der Planungszellen-Teilnehmer zu betonen. Denn nur, wenn die Bewohner selbst ihre Zukunft in die Hand nehmen und sich engagiert einsetzen, sind nachhaltige Erfolge zu erreichen. Das Bürgergutachten ist dazu nur ein erster – allerdings sehr grundlegender – Schritt.

Das hier vorliegende Bürgergutachten ist als Ergebnis der Planungszelle inhaltlich allein das Werk der Bürger. Die Verwaltung und das organisierende Büro traten lediglich als Dienstleister auf, indem sie Ressourcen und Know-how in der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Verfahrens zur Verfügung stellten. So ist dieses Bürgergutachten keine originäre Veröffentlichung der Verwaltung, sondern eine Veröffentlichung der Meinungen und Vorschläge der Bewohner des Quartiers Magdeburger Platz, denen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung über ihre Schriftenreihe die Möglichkeit für eine weite Verbreitung bietet.



Julian Wékel
Leiter der Abteilung
Stadt- und Freiraumplanung

Inhaltsverzeichnis

Danksagungen	8
1. Ergebnisse der Planungszellen im Überblick	10
2. Bürgerbeteiligung durch Planungszellen und Bürgergutachten	14
3. Die Aufgabe: Zukunftskonzept Quartier Magdeburger Platz – Maßnahmenkatalog für Wohnen und Arbeiten, Schule, Sicherheit und Integration	16
4. Das Planungszellenverfahren im Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz	18
5. Die Ergebnisse im Einzelnen	20
Erläuterungen zur Gewichtung der Empfehlungen und Vorschläge	20
5.1 Wohnen und Arbeiten	22
5.1.1 Stärken und Schwächen des Quartiers (AE 1)	22
5.1.2 Wohnen mit Zukunft (AE 2)	24
5.1.3 Wohnungsnahes Gewerbe (AE 3)	26
5.1.4 Neue Chancen für das Quartier (AE 4)	29
5.1.5 Ortsbegehung (AE 6)	30
5.2 Zusammenleben und Integration	32
5.2.1 „Arabische Dörfer“ (AE 5)	32
5.2.2 Aus- und Weiterbildung für Bewohner (AE 7)	34
5.2.3 Selbst gestaltetes Zusammenleben der Kulturen (AE 8)	35
5.3 Öffentliche Sicherheit	36
5.3.1 Drogen (AE 9)	36
5.3.2 Prostitution (AE 10)	38
5.3.3 Verkehrsberuhigung und öffentlicher Raum (AE 11)	40
5.4 Schule, Kinder und Jugendliche	42
5.4.1 Schule im Stadtteil, Stadtteil in der Schule (AE 13)	42
5.4.2 Integration, gemeinsames Lernen (AE 14)	44
5.4.3 Schule und was dann? (AE 15)	46
5.5 Politikerhearing (AE 12)	48
5.6 Bewertung des Verfahrens durch die Bürgergutachter (AE 16)	49
6. Workshop „Gewerbe- und Quartiersentwicklung“	52
6.1 Kiez-Image – Positive und negative Merkmale	52
6.2 Kiezökonomie	53
6.3 Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung in Tiergarten-Süd	54
7. Ausblick: Wie geht es weiter?	55
Abbildungsverzeichnis	56

Hinweise zum Text

Die teilweise Verwendung der männlichen Schriftform dient der vereinfachten Lesbarkeit des Textes. Ausdrücklich sind dabei Frauen und Männer gleichermaßen gemeint.

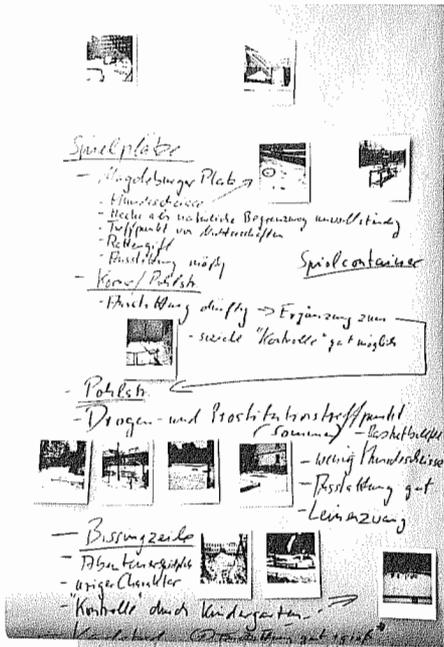
Liste der Abkürzungen

AE	Arbeitseinheit
AG	Arbeitsgemeinschaft
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BA	Bezirksamt
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
IBA	Internationale Bauausstellung
IG	Interessengemeinschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
Kita	Kindertagesstätte
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PC	Personalcomputer
QM	Quartiersmanagement
VHS	Volkshochschule

Die Bürgergutachter und Bürgergutachterinnen

Danksagungen

Dieses Bürgergutachten ist durch die Arbeit von 55 per Zufall ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern (davon 17 nicht-deutscher Herkunft, das entspricht ca. 30%) aus dem Kiez um den Magdeburger Platz im Bezirk Tiergarten von Berlin ermöglicht worden, die in drei jeweils viertägigen Planungszellen vom 18. bis 21. Januar und vom 25. bis 28. Januar 2000 gearbeitet haben. Einige hatten sogar Urlaub genommen, andere stellten für diese Zeit private Verpflichtungen zurück. Zusätzlich wurde ein eintägiger Workshop mit Gewerbetreibenden am 27. Januar 2000 durchgeführt. Allen Teilnehmern der Planungszellen und des Workshops gilt unser besonderer Dank.



Teilnehmer/innen der Planungszellen

Herr Haydar Aca
Herr Hamid Adile
Herr Bae Hung-Jun
Frau Najieh Banat
Frau Ute Becker
Herr Alexander Beimler
Frau Raisa Belova
Herr Gerhard Binder
Frau Susanne Boikat
Herr Siegfried Buggert
Frau Ideal Cetinkaya
Herr Manfred Claudi
Frau Antonia Eder
Herr Fred Eichhorn
Frau Basma El-Asmer
Herr Yaya El-Asmer
Frau Maryam El-Asmer
Frau Marina Elsholz
Frau Ayse Er
Herr Arno Feicht
Frau Doris Gerken
Frau Sabine Götting
Frau Polina Golodnaja
Herr Friedrich Herm
Frau Dagmar Hoetzel
Frau Simone Hudey
Herr Waldemar Kawycz
Herr Karl-Heinz Keul
Frau Vroni Kiefer
Herr Marco Köpfer
Herr Matthias Kopp
Frau Gisela Krause
Frau Cordula Lackenbauer
Herr Alfred Laubsch
Herr Hartmuth Lohmeier
Frau Marina Matthies
Herr Serkan Mentese
Frau Nanine Mewes
Herr K.-D. Müller
Frau Randa Nasrallah
Frau Raife Nasrallah
Frau Anna Odavas
Frau Gisela Oetker
Herr Franz Pirker
Herr Horst Rudolph
Herr Bruno Rycek
Frau Renate Sawallich
Herr Georg Spremberg

Frau Ute Straßburger
Frau Silke Stratmann
Frau Veronika Warncke
Herr Bruno Wieck
Herr Frank Wojtycki
Herr Oliver Wolf
Frau Asha Yonies

Berufe der Teilnehmer/innen u.a.

Autohändler
Kommunikationswirtin
Schüler/innen
Student/innen
Filmvorführer
Beamte
Kellner
Diplomingenieur
Hausfrauen
Hotelkaufmann
Mathematikerin
Erwerbslose
Arbeiter/innen
Lehrer/innen
Auszubildende
Diplompsychologin
Stellvertretende Leiterin einer Kita
Versicherungskauffrau
Friseurin
Journalistin
Umschülerin zur Außen- und Großhandelskauffrau
Rentner/innen
Chefsekretärin
Versicherungsvertreter
Architektin
Projektleiter
Diplomökonom
Schulleiter
Buchhändlerin
Sozialarbeiterin

Teilnehmer am Workshop „Gewerbe- und Quartiersentwicklung“

Herr Klaus Achilles / Orthopädische Schuhe
Herr Georg Behrendt / Werbetechnik
Herr Michele Cappiello / Specker Bauten AG
Herr Martin Ficker / Rechtsanwalt
Frau Nina Gribat / Architektenbüro Gössler
Herr Thorsten Hamann / Arbeitsmedizin-
Arbeitsicherheit
Herr Frank Hirling / Specker Bauten AG
Frau Andrea Klahold / Woolworth GmbH
Herr Dr. Klaus Jürgen Mottl / DEVK-Versiche-
rungen
Herr Panicke / Möbel Hübner
Herr Oliver Schlegel / WVG-Immobilien
Herr Wolfgang Speith / Druckerei

Externe Referenten und Vertreter der Parteien

Die lokalen Interessenvertretungen und Vereine, das Quartiersmanagement Magdeburger Platz sowie die Mitarbeiter des Bezirksamtes standen dem Projekt hilfreich zur Seite und stellten Referenten zur Verfügung, deren Beiträge als Diskussionsgrundlagen in den einzelnen Arbeitseinheiten der Planungszellen dienten. Für das Politikerhearing stellten sich dankenswerterweise Vertreter der Parteien zur Verfügung.

Wir danken allen für die Unterstützung.

Frau Renée Abul-Ella, Arabischer Frauenverein Al-Dar
Herr Dieter Allendorf, BVV Tiergarten, Fraktion der SPD
Frau Jutta Bartels, Bezirksamt Tiergarten, Frauenbeauftragte
Herr Paul Josef Born, Schulleiter der Fritzlar-Homberg-Schule
Herr Turgut Cakmakoglu, Bezirksamt Tiergarten, Ausländerbeauftragter
Frau Antje Conrady, Hydra e.V., Treffpunkt und Beratung für Prostituierte
Herr Benjamin Eberle, Arbeiterwohlfahrt: Begegnungsstätte für türkische Arbeitnehmer (Kreuzberg)
Herr Roland Engels, IHK Berlin, Abt. Stadtentwicklung
Herr Semjon Golodnyj, Hilfe als Selbsthilfe für Osteuropa e.V.
Frau Ulrike Grassau, Schulrätin, Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport
Frau Gabriela Illigens, Senatsverwaltung für Arbeit, Frauen und Soziales
Herr Jörn Jensen, Bezirksbürgermeister Tiergarten
Frau Petra Kastens, Ausbildungsverbund Tiergarten, Bildungsmarkt e.V.
Herr Joachim Klein, stellv. Schulleiter der 7. Oberschule Kreuzberg
Herr Michael Klinnert, Quartiersmanagement Magdeburger Platz
Herr Helmut Knieper, Quartiersmanagement Magdeburger Platz
Frau Gerda Kurzhals, BVV Tiergarten, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stephan Lange, Bezirksamt Tiergarten, Stadtplanungsamt
Herr Dirk Lamprecht, stellv. Bezirksbürgermeister Tiergarten, Bezirksstadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Bürgerservice, Gesundheit und Soziales
Herr Kurt Lauke, BVV Tiergarten, Vorsitzender der Fraktion der CDU
Frau Wahiba Megdad, Arbeit und Bildung e.V., Projekt Kumulus
Frau Dr. Anna Oldenburg, Quartiersmanagement Magdeburger Platz
Frau Andrea Petsch, Hydra e.V., Treffpunkt und Beratung für Prostituierte

Herr Friedhelm Rennhack, IHK Berlin
Frau Katharina Reuter, BVV Tiergarten, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Johann Schilcher, Bezirksamt Tiergarten, lfd. Baudirektor
Herr Werner Schlömer, Bezirksamt Tiergarten, Stadtplanungsamt
Frau Anke Schmidt, Café Olga, Kontakt- und Beratungsstelle für drogenabhängige und sich prostituierende Frauen
Herr Hubert Schuster, Herr Bernd Brückner, Polizeidirektion 3, Abschnitt 34
Herr Ulrich Schürmann, Schulleiter der J.-F.-Kennedy-Schule (Zehlendorf)
Frau Dagmar von Loh, Landesschulamt Berlin
Herr Reiner Wild, Stellv. Hauptgeschäftsführer Berliner Mieterverein

Für die freundliche Unterstützung bei der Durchführung der Planungszellen „Magdeburger Platz“ sowie die Bereitstellung der Arbeitsräume bedanken wir uns bei Herrn Born, dem Direktor der Fritzlar-Homberg-Schule, und allen Mitarbeitern der Schule recht herzlich.

Ergebnisse der Planungszellen im Überblick

Entgegen mancher Annahmen haben die Bürgergutachter und Bürgergutachterinnen der Planungszellen ebenso wie die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Workshops der Gewerbetreibenden „ihren“ Kiez keinesfalls aufgegeben, sondern vielmehr eine bunte Palette von Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für ihren Kiez entworfen. Die Ideen und Visionen für eine nachhaltige Stärkung des Kiezes mündeten dabei in sehr konkrete Anregungen an Bezirks- und Senatsverwaltung, die lokalen Akteure und insbesondere die Bürger und Bürgerinnen selbst.

Sowohl die Diskussionen mit Referenten als auch die in den Kleingruppen erarbeiteten Vorschläge zeigen eine hohe Bereitschaft zur Integration von ausländischen und deutschen Mitbewohnern aller Alters- und sozialer Stufen. Als maßgeblicher Ansatzpunkt und unerlässliche Voraussetzung für eine gelungene Integration wurde vor allem das Erlernen der deutschen Sprache genannt. Allerdings muss dieser Sprachunterricht, sei es nun an Schulen oder in Einrichtungen der Erwachsenenbildung, an den Bedürfnissen von nicht-deutschsprachigen Lernenden ausgerichtet sein. Eine Selbstverständlichkeit, die insbesondere die Schulen im Kiez nicht gewährleisten können. Die Integration von Kindern und Jugendlichen durch neue Schulkonzepte war denn auch eine wesentliche Forderung. Nicht zuletzt die sehr angenehme Arbeitsatmosphäre zwischen den deutschen und ausländischen Teilnehmern der Planungszellen unterstreicht, dass Probleme des Zusammenlebens im Kiez gelöst werden können, wenn den Bürgern entsprechende Rahmenbedingungen angeboten werden. Die Forderung lautete denn auch nicht, kulturelle Identitäten aufzugeben, sondern sie als Bereicherung in das Kiezleben einzubringen.

Neben den Fragen der Entwicklung der Schulen bzw. der Betonung von Kinder- und Jugendpolitik wurde dem Themenbereich „Verkehr“ sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Die Bürgergutachter erarbeiteten eine Reihe von sehr konkreten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit, die für die Steigerung der Lebensqualität im Kiez als wesentlich erachtet werden.

Obwohl es im Zusammenleben zwischen den Bewohnern des Kiezes und den Prostituierten durchaus Probleme gibt, überwog eine erstaunlich tolerante und kooperative Haltung. Für die genannten Konflikte, insbesondere im Bereich Müllbeseitigung und Lärmbelästigung

durch das mit der Prostitution einhergehende Verkehrsaufkommen, wurden klare und zum Teil sehr schnell und kostengünstig umzusetzende Lösungsvorschläge präsentiert. Die Forderung lautete nicht, die Prostituierten aus dem Kiez zu vertreiben, sondern für alle Beteiligten Anlaufstellen für Beratung und Konfliktmanagement zu schaffen. Allerdings wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es im Kiez einen Umgang mit dem Thema Prostitution geben müsse, der für alle Bewohner, also auch Bewohner anderer kultureller oder religiöser Herkunft sowie Kinder und Jugendliche, akzeptabel ist.

Ein sehr schwer wiegendes Problem dagegen stellen Gewalt und Bedrohung durch Drogenhändler dar. Neben bezirklichen Maßnahmen wie Beratungsstellen und Druckräumen für die Drogenkonsumenten wurden überbezirkliche Ansätze der Drogenpolitik gefordert.

Der Kiez hat nach Ansicht der Bürgergutachter eine Fülle von bisher noch ungenutzten Potenzialen, die durch die Nähe zum Potsdamer Platz und das Regierungsviertel noch gefördert werden. Es kommt jetzt darauf an, diese Möglichkeiten zu nutzen, ohne die Eigenheiten des Kiezes aufzugeben. Im Gegenteil: Durch die Stärkung des Kiezprofils soll ein attraktiver und unverkennbarer Anziehungspunkt geschaffen werden.

Das Bürgergutachten gibt die Ergebnisse der Arbeit aller drei Planungszellen sowie des Workshops „Gewerbe- und Quartiersentwicklung“ wieder, wobei die Ergebnisse der Planungszellen zusammengefasst und die des Workshops gesondert behandelt werden. Da einzelne Fragestellungen recht kontrovers diskutiert wurden, stehen im hier zusammengefassten Ergebnis der Planungszellen teilweise durchaus positive und negative Bewertungen von einzelnen Einschätzungen und damit widersprüchliche Haltungen nebeneinander. In den Abschnitten zu den Ergebnissen der einzelnen Arbeitseinheiten in Kapitel 5 ist dazu näheres angeführt.



Wohnen und Arbeiten

Arbeitseinheit (AE) 1 Stärken und Schwächen des Quartiers

Stärken des Quartiers

Gute stadträumliche Lage
Gute Sport- und Freizeitmöglichkeiten
Gutes Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen
Gute Nahversorgungsangebote

Schwächen des Quartiers

Mangelhafte Ausstattung mit quartiersbezogenem Gewerbe
Ständige Präsenz der Drogenproblematik/Kriminalität
Fehlende Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
Hohe Verkehrsbelastung
Schlechte Ausstattung des Magdeburger Platzes
Mangelndes Zusammenleben
Subjektive Unsicherheit im öffentlichen Raum
Belästigung durch Prostitution
Zu viel Schmutz, Müll im öffentlichen Raum

AE 2 Wohnen mit Zukunft

Beibehaltung der gewachsenen Kiezstrukturen
Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung
Bekämpfung der Drogenproblematik
Verbesserung und Pflege der Freizeit- und Spielmöglichkeiten
Verbesserung der Sauberkeit
Stabilisierung der Sozialstruktur
Stabilisierung der Mieten

AE 3 Wohnungsnahes Gewerbe

Bessere und vielfältigere Einkaufsmöglichkeiten
Ansiedlung vielfältigerer gastronomischer Angebote
Ergänzung durch nicht-kommerzielle Angebote im sozialen und kulturellen Bereich
Freizeit- und Sportangebote an die Bedürfnisse der Nutzergruppen anpassen
Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ausbauen

AE 4 Neue Chancen für das Quartier

Konzept für Gewerbeentwicklung erforderlich
Synergieeffekte durch Entwicklung am Potsdamer Platz nutzen
Attraktives Straßenbild herstellen
Kanalufer attraktiv gestalten
„Gemütliche“ Alternative zum Potsdamer Platz schaffen
Medienstandorte stärken

Zusammenleben und Integration

AE 5 „Arabische Dörfer“

Ghettobildung vermeiden
Mehr Maßnahmen zur Sprachförderung
Stärkung des Zusammenlebens im Kiez als Potenzial
Angst vor Gewalt einschränken
Freiwilligen Religionsunterricht einführen

AE 6 Ortsbegehung

Wohnumfeld

Vorhandene Spielplätze sind schlecht nutzbar
Bebauung ist oft unattraktiv

Verkehr

Ergänzung von Straßenquerungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer
Einrichtung von Radwegen
Anbringen von Tempo 30-Schildern
Beeinträchtigung durch Verkehrsüberlastung vermeiden
Kopfsteinpflaster als Lärmquelle beseitigen

Freizeit

Verbesserte Gestaltung und Nutzbarkeit der Grünflächen erforderlich
Freizeitangebote erweitern
Verbesserung der Ausstattung der Spielplätze
Attraktives wohnungsnahes Gewerbe ansiedeln

AE 7 Aus- und Weiterbildung für die Bewohner

Qualifizierung im Bereich Neue Medien/Computerkurse notwendig
Anpassung und Flexibilisierung von Aus- und Weiterbildungsangeboten
Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschläge durch die Verwaltung erforderlich
Erweiterung des Angebots an Sprachkursen
Einsatz von Streetworkern

AE 8 Selbst gestaltetes Zusammenleben der Kulturen

Förderung von internationalen Sport- und Kulturvereinen
Freizeitzentrum „Pumpe“ wiederbeleben
Organisation von Straßen- und Hoffesten
Wiederbelebung der öffentlichen Räume durch kommerzielle und nicht-kommerzielle Angebote (Treffpunkte)
Einrichtung eines Bürgerbüros als „Kiezzentrale“
Gründung eines Vereins zur Umgestaltung des Magdeburger Platzes

AE 9 Drogen

Mehr Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Kiez
Bessere Zusammenarbeit bei Aufklärung, Suchtprävention und Beratung
Einrichtung von Druckräumen
Hauptproblem der Dealer muss gebietsübergreifend gelöst werden

AE 10 Prostitution

Legalisierung und Entkriminalisierung der Prostitution
Einrichtung von Toleranzzonen
Beratungsangebote für alle Beteiligten
Minimierung der Belästigungen durch Prostitution
Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Prostituierten und Kiezbewohnern

AE 11 Verkehrsberuhigung und öffentlicher Raum

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung dringend erforderlich
Verbesserungen für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV
Veränderung und Begrenzung des Durchgangsverkehrs auch durch überbezirkliche Regelungen
Verbesserung der Parkplatzsituation
Regulierung des Lieferverkehrs

AE 13 Schule im Stadtteil, Stadtteil in der Schule

Vielfältige Maßnahmen zur Öffnung der Schule in den Stadtteil
Einrichtung von Computerunterricht, Computerkurse anbieten
Sprachfähigkeit gewährleisten und verbessern
Wahrnehmen des Bildungsauftrages durch die Schulen – Sicherstellung des Unterrichts
Einrichtung einer verlässlichen Grundschule im Kiez
Stärkung der Identifikation: Eltern – Schüler – Schule

AE 14 Integration, gemeinsames Lernen

Schule als Ort der Integration umfassend stärken
Verbesserung des Spracherwerbs braucht neue Konzepte innerhalb und außerhalb der Schule
Gesamtgesellschaftliches Problembewusstsein zur Integrationsleistung der Schulen ist erforderlich
Erhöhung der Attraktivität der Schule durch neue Schulkonzepte
Einrichtung einer Ganztagsbetreuung und Vorschule im Kiez

AE 15 Schule und was dann?

Beratung – Training – Praktika muss bereits Schwerpunkt der Schulausbildung sein
Grundlagen für „Empowerment von Schulen“ sichern
Arbeitsurlaub für alle ausländische Jugendliche gewährleisten
Grundsätzliche Verbesserung der Ausbildungsangebote
Rolle der allgemeinen Erziehung stärken



Ergebnisse des Workshops „Gewerbe- und Quartiersentwicklung“ im Überblick

Der Schwerpunkt der Workshoparbeit lag auf der Untersuchung der gewerblichen Potenziale und Schwächen des Kiezes um den Magdeburger Platz (Arbeitseinheiten 1 und 2) sowie auf ersten Überlegungen zur Entwicklung eines übergreifenden Konzeptes zur Stärkung der Gewerbeentwicklung.

Als Potenziale für die Gewerbeentwicklung wurden hauptsächlich die gute, zentrale Lage innerhalb Berlins sowie die Impulse durch die Umstrukturierungsprozesse des „Neuen Berlin“ gesehen. Negative Faktoren sind – ähnlich wie es die Teilnehmer der Planungszellen gesehen haben – das äußere Erscheinungsbild des Kiezes, soziale Probleme und mangelnde Möglichkeiten für Innovationen im Gewerbebereich.

In der Konsequenz heißt das für die Teilnehmer des Workshops, dass hauptsächlich eine Imageverbesserung durchgeführt werden muss, die Kommunikations- und Informationsstruktur unter den Gewerbetreibenden, zu den Anwohnern und nach außen verbessert werden muss. Hierzu soll die Entwicklung eines Verkehrs- und eines Gewerbekonzeptes beitragen.

Die wichtigsten Empfehlungen und Ergebnisse nach thematischen Arbeitseinheiten geordnet

AE 1 Kiez-Image – Positive und negative Merkmale

Positive Merkmale

Gute stadträumliche Lage
Strukturwandel befördert Modernisierung

Negative Merkmale

Hohe Verkehrsbelästigung
Fehlende gastronomische Angebote
Mangelhafte Stadtreinigung / Imageproblem
Vermülltes Straßenbild
Schwache Sozialstruktur
Präsenz der Drogen- und Prostitutionsproblematik

AE 2 Kiezökonomie

Gemeinsame Initiative zur Verbesserung des Images
Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen durch Umwandlung
Verbesserung der Parkplatzangebote
Verbesserung der Gewerbemischung
Erhöhung der Kaufkraft von „außen“
Städtebauliche Aufwertung des Quartiers

AE 3 Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung in Tiergarten-Süd

Verbesserung der Kommunikations- und Informationsstrukturen
Entwicklung eines kieztypisches Images / Flairs
Entwicklung eines fundierten Verkehrskonzeptes



Bürgerbeteiligung durch Planungszellen und Bürgergutachten



Merkmale des Verfahrens

Planungszellen und Bürgergutachten sind Instrumente zur Beteiligung von Bürgern an Planungen und Entscheidungen. Sie wurden als zusammenhängendes Verfahren Anfang der 70er Jahre von Peter C. Dienel an der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Bergischen Universität Wuppertal entwickelt und seither in mehreren Dutzend Fällen eingesetzt und verbessert.

Eine Planungszelle ist eine Gruppe von Bürgern, die nach einem Zufallsverfahren als „Bürgergutachter“ ausgewählt werden. Assiiert von Prozessbegleitern werden Lösungen für vorgegebene Themenfelder erarbeitet. Fünf Merkmale charakterisieren die Planungszelle:

- 20 bis 25 per Zufall ausgewählte Personen arbeiten als Bürgergutachter eine Woche an einer konkreten Problemstellung.
- Sie werden dafür von alltäglichen Verpflichtungen freigestellt und vergütet.
- Experten und Interessenvertreter geben ihnen fachbezogene und möglichst kontroverse Informationen.
- Ständig wechselnde Besetzungen der Kleingruppen garantieren ihnen faire Gesprächssituationen.
- Die erarbeiteten Empfehlungen werden als Bürgergutachten zusammengefasst.

Die Organisation der Planungszellen, die Programmstellung, die Auswahl der Referenten und Referentinnen und die Zusammenstellung der Ergebnisse liegen in der Hand eines neutralen und unabhängigen Durchführungsträgers.

Die Referenten in den Arbeitssitzungen der Planungszellen dürfen dagegen „parteiisch“ sein. Wichtig ist, dass der Durchführungsträger neutral ist und als Moderator für kontroverse Informationen der Bürgergutachter sorgt.

Die Zufallsauswahl garantiert eine heterogene Zusammensetzung der Bürgergutachter und Bürgergutachterinnen, die durch alle Altersstufen und soziale Schichten geht und beide Geschlechter gleichberechtigt beteiligt. Dazu werden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen beim Einwohnermeldeamt per Zufall aus allen gemeldeten Personen ab 16 Jahren gezogen und in Gruppen von ca. 20 Personen zusammengefasst.

Der zeitliche Rahmen für eine Planungszelle beträgt in der Regel und auch im vorliegenden Fall vier Tage. Wichtig ist, dass den Bürgerinnen und Bürgern genügend Zeit eingeräumt wird, ihrer Funktion als Gutachter nachzukommen, das heißt, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden.

Das zu bearbeitende Themenfeld wird vom Durchführungsträger in einzelne thematische Arbeitseinheiten gegliedert. Die Sicherung einer hinreichenden Informiertheit ist eine Grundvoraussetzung jeder Beteiligung an einem Beratungs- und Bewertungsprozess. Zu Beginn jeder einzelnen Arbeitseinheit werden die Bürgerinnen und Bürger deshalb von Experten und Interessenvertretern in Kurzreferaten, Hearings oder Begehungen fachlich und möglichst kontrovers informiert. Die eigentliche Arbeit findet dann in Kleingruppen zu jeweils fünf Personen statt. In diesen Kleingruppen diskutieren die Bürgerinnen und Bürger ohne Betreuung das Detailproblem und suchen nach einer gemeinsamen Entscheidung. Unterschiedliche Lösungen werden entwickelt, zusammengestellt und/oder in eine Reihenfolge gebracht. Eine solche Arbeitssituation räumt dem einzelnen Bürgergutachter viele Ausdrucks-, Identifikations- und Mediationschancen ein. Die Diskussionen zielen jeweils auf Bewertungen und Lösungsvorschläge. In den Kleingruppen finden die Meinungsbildungsprozesse statt und zwar in Richtung auf das erkennbare Gesamtinteresse.

Da eine Planungszelle ca. 20 bis 25 Personen umfasst, arbeiten immer vier bis fünf Kleingruppen parallel. Ein Losverfahren sorgt für die wechselnde Zusammensetzung der Kleingruppen von Arbeitseinheit zu Arbeitseinheit. So werden Meinungsführerschaften in den Kleingruppen verhindert.

Das Verfahren arbeitet zwingend ergebnisoffen. Die im Zufall ausgewählten Bürgergutachter entscheiden und beraten stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Zufallsauswahl und die mehrtägige gründliche Arbeit der Bürgergutachter sind Grundlage für die Akzeptanz der Ergebnisse der Planungszellen in der Bevölkerung und bei den Auftraggebern.

Themenfelder und Einsatzgebiete

Planungszellen können zu ganz unterschiedlichen Themen arbeiten. Verallgemeinernd kann man konfliktäre und innovationsorientierte Aufgaben unterscheiden:

- Zur Klärung von Konflikten und zur Überwindung von Paralyse-situationen sind Planungszellen ganz besonders geeignet. Die zufällig ausgewählten Bürger sind dem Thema gegenüber neutral, haben in der Regel keine unmittelbaren Eigeninteressen und sind durch die Befristung des Gutachteramts nicht in der Gefahr, berufs- und karriereorientierte Standpunkte zu vertreten. Sie nehmen zudem eine Rolle als Vertreter der Gesamtinteressen und nicht der spezifischen Betroffeneninteressen ein. Während die Betroffenenbeteiligung (Runde Tische, Konsensus-Konferenzen etc.) bei den Akteuren eher an die Wahrung und Verteidigung der Eigeninteressen appelliert, fördert die Bürgerbeteiligung durch Planungszellen die Bereitschaft, für das Ganze zu denken und zu handeln. Planungszellen können auch bei unangenehmen Botschaften und unpopulären Entscheidungen mit einer breiten Akzeptanz rechnen. Sie können auf diese Weise der Politik bei der Lösung konfliktärer Themen helfen und ihr wichtige Argumentationshilfen an die Hand geben.
- Planungszellen arbeiten immer wieder an der Suche nach neuen, innovativen Lösungen im Rahmen von Zukunftsplänen. Dieser zweite Aufgabentyp steht im Zentrum der Planungszellen zur Zukunft des Kiezes um den Magdeburger Platz. Es geht dabei um neue, innovative Ideen, die durch die intensive Beschäftigung der Teilnehmer mit den Themenfeldern, Diskussionen und gegenseitigen Anregungen entstehen können. Der Prozess setzt dabei ein hohes Maß an lokalem Wissen frei. Durch die alltagsnahe Sicht, den unterschiedlichen fachlichen Hintergründen der Bürger und die eingeräumte Zeit weisen die Ergebnisse einen großen praktischen Bezug und eine hohe Umsetzungsorientierung auf.

Vorteile der Planungszellen und Bürgergutachten

Planungszellen sind lobbyfest

Die radikal befristete Möglichkeit zur Tätigkeit als Bürgergutachter schützt die Teilnehmer von Planungszellen vor dem Durchgriff organisierter Interessen und der Abgabe von Gefälligkeitsgutachten. Bürgergutachter stehen nicht für eine Beförderung oder Wiederwahl zur Verfügung und können deshalb auch unpopuläre Entscheidungen treffen.

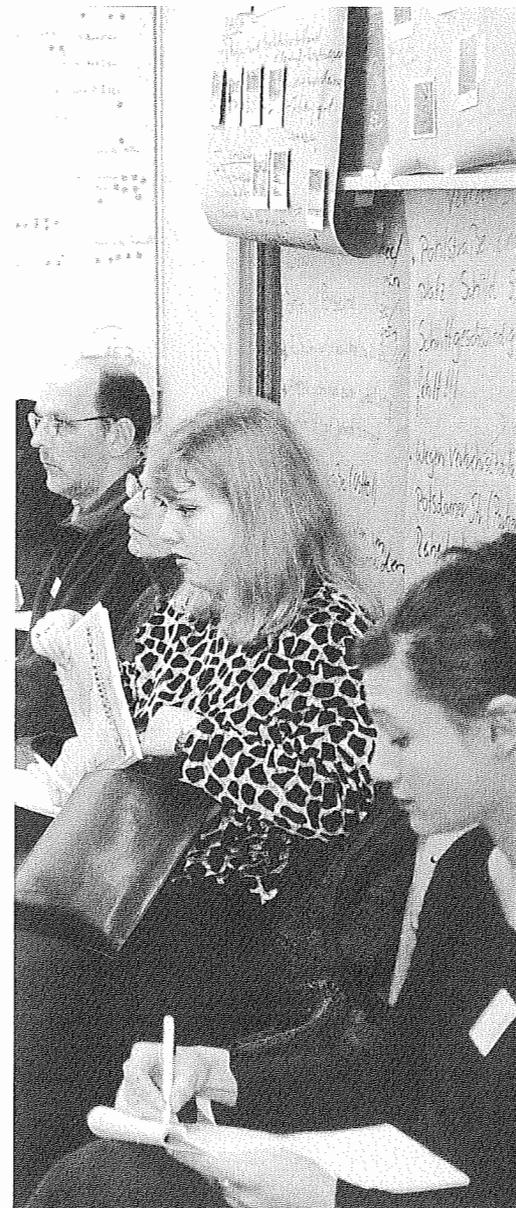
Lösungen sind sachorientiert

Die Bürgergutachter stellen in den Planungszellen das Gesamtinteresse vor Einzelinteressen und suchen in ihrer Arbeit nach dem erkennbaren Gemeinwohl. Die Ergebnisse sind in einem hohen Maße sachorientiert.

Zufallsauswahl der Bürger steigert die Akzeptanz der Ergebnisse

Durch die Zufallsauswahl sind die Ergebnisse der Planungszellen repräsentativ legitimiert. Die Empfehlungen haben in der Regel eine hohe Akzeptanz. Für die Voten von Bürgergutachten setzen sich Bürger, Parlamente und Verwaltung gerne ein, weil hier der Bürgerwille greifbar ist. Für die beteiligten Bürger kann die Diskussion mit Menschen, die im gleichen Quartier wohnen, zusätzlich einen breit gefächerten und dauerhaften Meinungs- und Erfahrungsaustausch initiieren, der als Grundlage für die zukunftsfähige und identifikationsfähige Entwicklung ihres Quartiers dienen kann.

Die bunte Mischung der Planungszelle sorgt dafür, dass Menschen miteinander reden, die normalerweise keinen Kontakt zueinander haben. Laut Aussagen der Teilnehmer von bisher durchgeführten Planungszellen waren die individuellen Erfahrungen, gemeinsam und selbstständig rationale Lösungen für unterschiedlichste Problemfelder entwickeln zu können, große Pluspunkte des Verfahrens.



Die Aufgabe: Zukunftskonzept Quartier Magdeburger Platz – Maßnahmen- katalog für Wohnen und Arbeiten, Schule, Sicherheit und Integration

Das Quartier um den Magdeburger Platz gehört zu den 15 „Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf“, für die der Berliner Senat in Abstimmung mit den Bezirken den Einsatz eines Quartiersmanagements beschlossen hat. Quartiersmanagement als Instrument der Quartiersentwicklung hat die Stabilisierung und Aufwertung dieser Gebiete zum Ziel. Dazu sind die Integration und Vernetzung bestehender Initiativen zu befördern und neue Projekte zu initiieren. Die Einbeziehung der Bürger vor Ort ist dabei ein wichtiger Bestandteil; sie sollen motiviert werden, sich selbst als Akteure in diese Prozesse einzubringen.

Innerhalb der Planungszellen sollten gezielt Stärken und Schwächen des Quartiers identifiziert und in Zusammenarbeit von Bürgern und Quartiersmanagement konstruktive Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Die Ergebnisse der Planungszellen dienen dabei sowohl den politischen Entscheidungsträgern wie den Mitarbeitern von Bezirksverwaltungen als Grundlage für die Konzeptionierung und Umsetzung von bezirklichen Vorhaben. Dem Quartiersmanagement liefern sie eine weit reichende Arbeitsgrundlage, da die im Rahmen der Planungszellen erarbeiteten Schwerpunkte, untermauert von ganz konkreten Vorschlägen und Ansätzen, eine klare Prioritätensetzung vorgeben, anhand derer die Kapazitäten zu bündeln und einzusetzen sind. Als Durchführungsträger für das Beteiligungsverfahren Planungszelle/Bürgergutachten für das Quartiersmanagement-Gebiet Magdeburger Platz hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Infrastruktur Akademie Berlin beauftragt, die in Kooperation mit NEXUS das Verfahren durchgeführt hat.

In den vergangenen Jahrzehnten war das Quartier um den Magdeburger Platz durchaus ein Schwerpunkt der Stadtentwicklungspolitik, allerdings mit unterschiedlichen Leitlinien und Strategien. Bis in die späten 60er Jahre stand für Tiergarten-Süd das Konzept des Verbindungsbandes zwischen der Mitte und der heute so genannten City West im Vordergrund; die Wohnbevölkerung ging stark zurück. Mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) erfuhr in den 80er Jahren das Konzept des Wohnens in der Stadtmitte eine Renaissance; die Verbindung zur Stadtmitte im Osten geriet aus dem Blickfeld, die Wohnbevölkerung stieg deutlich an. Mit der Vereinigung 1990 rückte das Konzept des Verbindungsbandes für Tiergarten-Süd wieder stärker in den Blickfeld der Stadtentwicklung. Durch den Hauptstadtbefehl ist das Leben und Arbeiten in Regierungsnähe eine zentrale Rahmenbedingung für alle Planungen im Quartier geworden.

Blicken wir auf die offensichtlichen Probleme des Quartiers: Arbeitslosigkeit, Armut, eine hohe Sozialhilfedichte, eine große Einwohnerfluktuation und Bewohner ohne Bezug zum Quartier tragen zu zunehmender Resignation und Perspektivlosigkeit der Bewohner bei. Ungepflegte Straßenschilder, Leerstände von Gewerberäumen, Brachflächen, fehlende Freizeitangebote für die Bewohner weisen das Quartier zudem an vielen Stellen als unattraktiv aus. Hinzu kommt die räumliche Teilung des Quartiers durch die Potsdamer Straße, die auch für eine sehr starke Lärmbelastigung verantwortlich ist.

Im Stadtteil sind durch seine gute stadträumliche Lage (Regierungsnähe, Diplomatenviertel, Tiergartennähe, Citylage), die disparate Mischung seiner Bewohner und seine kleinräumigen Strukturen vielfältige Potenziale und Chancen vorhanden, die identifiziert und für konkrete Maßnahmen genutzt werden sollten. Hier kann an Traditionen (Diplomatenviertel, Gaststätten, Kultur) angeknüpft werden. Genannt seien auch die Entwicklung von Handel, Kleingewerbe und Dienstleistungen entlang der Potsdamer Straße als Einkaufs- und Dienstleistungsstraße, aber auch die Umnutzung der alten Lagerräume unter der U-Bahnlinie 1 an der Pohlstraße. Attraktiv ist auch der Bereich der Hotel-, Gaststätten- und Kneipenlandschaft. Dies stellt auch und gerade im Hinblick auf die Entwicklung der neuen Mitte von Berlin am Potsdamer Platz und im Regierungs- und Botschaftsviertel eine Chance dar, befindet sich doch das Quartier in unmittelbar angrenzender Nähe.



Nicht zuletzt ist die kulturelle und Medienszene – am populärsten vertreten durch das „Wintergarten Varieté“, aber auch durch den „Verein Berliner Künstler e.V.“ am Schöneberger Ufer und den „Tagesspiegel“ sowie zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen der Medienbranche – ein sehr positiver Aspekt für die weitere Quartiersentwicklung.

Das Gebiet verfügt zudem über alte und neue Gebäude mit hoher architektonischer Qualität. Neben denkmalgeschützten Wohngebäuden – Beispiel Villa Ullstein, Villa Wuttke, das Villengebäude des Café Einstains sowie die Villen in der Genthiner Privatstraße – die historische Zeugnisse der ehemals ersten Adresse des Tiergarten- und Lützowviertels sind, stehen die Neubauten, die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Berlin 1987 (IBA) errichtet wurden.

Hervorzuheben sind insbesondere auch die neuen Wohn- und Geschäftsgebäude im Blockrand am Lützowplatz und in der Lützowstraße. Im Blockinnenbereich gelegen erinnern moderne Stadtvillen an den Gebäudetyp des früher vornehmen Viertels.

Im Rahmen der IBA wurden auch alle im Gebiet liegenden Kindertagesstätten neu gebaut und die in der Gründerzeit errichteten Gebäude der Grundschulen modernisiert. So besitzt der Stadtteil eine soziale Infrastruktur in Gebäuden von außergewöhnlicher Qualität.

Soziale und kulturelle Potenziale bieten freie Träger, wie der Stadtteilverein „Tiergarten e.V.“, die Arbeiterwohlfahrt und „Combobau“ – nur um einige zu nennen. Der Stadtteilverein „Tiergarten e.V.“ betreibt schon seit längerem in Reaktion auf die sozialen Probleme innerhalb des Gebietes eine Reihe von Projekten im Jugendbereich, die modellhafte Züge tragen: Umbau von U-Bahn-Viaduktbögen zu einem sportorientierten und sozial-kulturellen Jugendstandort, Zwischennutzung von Brachflächen für Jugendsport und -spiel, Umnutzung einer Kindertagesstätte für die offene Jugendarbeit, Schulklub sowie speziell entwickelte Verfahren zur Kinder- und Jugendbeteiligung. Diese punktuell modellhafte Projektlandschaft im Jugendbereich wird vom Quartiersmanagement weiter entwickelt und stabilisiert. In der Finanzierungstechnik kann dabei auf Erfahrungen mit intelligenten Mittelbündelungen durch Querschnittsbudgets zurück gegriffen werden.



Dem Quartiersmanagement im Gebiet um den Magdeburger Platz bieten sich daher durchaus viele endogene Entwicklungsmöglichkeiten, um eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung einleiten zu können. Das Bürgergutachten konzentriert sich daher auf abgegrenzte, vordringliche und lösbare Probleme sowie die Gewichtung konkreter Maßnahmen. Von besonderer Bedeutung sind die vier folgenden Bereiche:

a) Wohnen und Arbeiten in Regierungsnähe.

Das Quartier ist erneut ins Zentrum des Verdichtungsbandes gerückt und muss auf die veränderten Rahmbedingungen reagieren. Mit Konzepten für die behutsame Integration neuer Bewohner aus dem Regierungsapparat, für Büros, Dienstleistungen und Restaurants, gegen Drogen und Prostitution: Ganz allgemein für eine Vision für das Wohnen und Arbeiten in der City.

b) Die Integration nicht-deutscher Bewohner.

Der Ausländeranteil im Quartier liegt bei 35 % und ist damit überdurchschnittlich hoch. Ein großer Teil der nicht-deutschen Bevölkerung kommt aus dem arabischen Raum. Die Integration ist weniger gelungen als etwa in Kreuzberg, der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei den Hilfeempfängern besonders groß. Gleichzeitig sind mit dem Französischen Gymnasium, den Konsulaten und Botschaften und dem Berlin-Kolleg Vorzeiginstitutionen und Potenziale für das internationale Berlin im Quartier ansässig.

c) Sicherheit.

Im Drogenhandel hat das Quartier derzeit eine über den Bezirk hinausgehende „Versorgungsfunktion“. Hier müssen gemeinsame Strategien entwickelt und Maßnahmen ergriffen werden, die verhindern, dass die Wohnbevölkerung unter dem Drogenhandel leidet.

d) Schule und Erziehung.

Die soziale Desintegration spiegelt sich auch in den Problemen der Grundschulen und Kindertagesstätten im Kiez. Während die Grips-Schule für den westlichen Tiergarten-Süd zuständig ist und zufrieden stellend arbeiten kann, steht die Fritzlar-Homberg-Schule unter Problemdruck. Konkrete Konzepte für die motivierende Beteiligung von Eltern und Lehrern, die Verbesserung der optischen Situation, die Entwicklung neuer Schulkonzepte, insbesondere auch für ausländische Schüler, bis hin zu Fragen der Quotierung und des „Bussing“ sind Themen, die sich unmittelbar stellen. Dazu gehören auch Konzepte für erweiterte Nutzungen und Aufgaben der Schule. Ähnliches gilt, wenn auch abgeschwächt, für die Kindertagesstätten.

Das Planungszellenverfahren im Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz

Vorbereitung der Planungszellen

In der ersten Phase von Dezember 1999 bis Januar 2000 haben die Durchführungsträger die Planungszellen inhaltlich und organisatorisch vorbereitet und die Zufallsauswahl und Einladung der Bürgergutachter organisiert.

Zur Vorbereitung gehört die Konkretisierung der Aufgabenstellung, die Erstellung eines Programms, die Auswahl der Referenten und die Erstellung der Tagungsregie. Im Dialog mit dem Bezirksamt, dem Quartiersmanagement (QM) und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurden die wichtigen und konfliktgeladenen Themen für den Kiez um den Magdeburger Platz identifiziert, ausgewählt und in 16 bearbeitbaren Arbeitseinheiten zusammengefasst. In der Regel wurden für jede Arbeitseinheit zwei Experten bzw. Interessenvertreter als Referenten gewonnen, die kontroverse Positionen vertreten und ggf. für Initiativen, Institutionen und Organisationen in Kiez und Bezirk sprechen. Die Aufgabe der Referenten ist es, den teilnehmenden Bürgern die für das jeweilige Thema notwendigen Hintergrundinformationen zu vermitteln.

Zweitens wurden in der ersten Phase die Teilnehmer und Teilnehmerinnen gewonnen. Das Einwohnermeldeamt löste 500 Namen aus, die vom Bezirksbürgermeister Tiergarten angeschrieben und eingeladen wurden. Von den 500 angeschriebenen Anwohnern war rund die Hälfte nicht erreichbar, entweder weil sie verzogen oder verreist waren. Von den Verbleibenden meldeten sich rund ein Drittel zurück: dies waren sowohl Menschen, die gerne teilnehmen wollten, Anwohner, die gerne weitergehende Informationen erhalten wollten

sowie Absagen, zumeist aus Termin- oder Gesundheitsgründen. Alle interessierten Anwohner nahmen entweder an einem Informationstreffen teil oder wurden zu Hause besucht. Zusätzlich wurde bei allen, die sich nicht zurückgemeldet hatten, ein zweites Mal angefragt, so dass auch aus diesem Kreis noch einige Teilnehmer gewonnen werden konnten. Trotz der kurzen Vorbereitungsphase von vier Wochen konnte auf diese Weise mit 55 Anwohnern eine Teilnahme an den Planungszellen vereinbart werden.

Drittens hat der Durchführungsträger mit Unterstützung des Bezirksamtes in der Vorbereitungsphase die Planungszellen organisatorisch vorbereitet: einen Tagungsort ausgewählt, Hilfestellung bei der Beantragung von Bildungsurlaub geleistet, die kulinarische Versorgung und die Bereitstellung von Kinderbetreuung und Übersetzung organisiert. Zusätzlich wurden die Bereitstellung von Arbeitsmaterialien gesichert und die Frage- und Bewertungsbögen angefertigt. Die räumlichen Rahmenbedingungen sind für eine effektive und kreative Arbeitsatmosphäre wichtig. Eine Planungszelle benötigt wegen des ständigen Wechsels der Arbeitsform zwischen Plenum und Kleingruppe jeweils einen großen Tagungsraum und Gruppenarbeitsräume – hier erfolgte eine Hilfestellung des Bezirksamtes bei der Wahl des Veranstaltungsortes, ebenso erhielt der Durchführungsträger Unterstützung von dem Schulleiter der Fritzlar-Homberg-Schule. Die guten räumlichen Bedingungen und die angenehme Atmosphäre in der Kiezscheule in der Lützowstraße haben den Erfolg der Planungszellen positiv beeinflusst.



Durchführung der Planungszellen

1. Tag Wohnen und Arbeiten	2. Tag Zusammenleben und Integration	3. Tag Öffentliche Sicherheit	4. Tag Schule, Kinder und Jugendliche	16 Arbeitseinheiten in vier Tagen: Der Ablauf einer Planungszelle	
AE 1: Eröffnung Stärken/Schwächen des Quartiers Magde- burger Platz	AE5 „Arabische Dörfer“	AE9 Drogen	AE 13 Schule im Stadtteil, Stadtteil in der Schule	1 Tag Gewerbe- und Quar- tiersentwicklung	Workshop mit Gewerbe- treibenden zur Gewerbe- und Quartiersentwicklung
Kaffeepause	Kaffeepause	Kaffeepause	Kaffeepause		
AE2 Wohnen mit Zukunft	AE6 Ortsbegehung	AE 10 Prostitution	AE 14: Integration, gemeinsames Lernen	AE 1: Kiezimage – Positive und nega- tive Merkmale	
Mittagessen	Mittagessen	Mittagessen	Mittagessen	Kaffeepause	
AE3 Wohnungsnahes Gewerbe	AE7 Aus- und Weiterbildung für Bewohner	AE 11 Verkehrsberuhigung und öffentlicher Raum	AE 15 Schule und was dann?	AE2 Kiezökonomie	
Kaffeepause	Kaffeepause	Kaffeepause	Kaffeepause	Kaffeepause	
AE4 Neue Chancen für das Quartier	AE8 Selbst gestaltetes Zusammenleben der Kulturen	AE 12 Politikerhearing	AE 16 Auswertung, Abschluss	AE3 Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung in Tiergarten- Süd	

Vom 18. bis 21. Januar 2000 und vom 25. bis 28. Januar 2000 fanden drei Planungszellen mit durchschnittlich 20 Teilnehmern und je vier Tagen Dauer statt. Ursprünglich war geplant, die vierte Planungszelle mit Gewerbetreibenden durchzuführen; dies konnte auf Grund von Zeitproblemen der eingeladenen Gewerbetreibenden so nicht realisiert werden. Auf Grund des signalisierten Interesses an der Problematik der Quartiersentwicklung wurde kurzfristig ein eintägiger Workshop „Gewerbe- und Quartiersentwicklung“ organisiert, an dem zwölf Gewerbetreibende aus dem Quartier teilnahmen.

Die Themenstellung und Aufgaben der drei Planungszellen waren gleich (siehe hierzu obiges Ablaufschema), für den Workshop wurden die Themen „Kiez-Image – Positive und negative Merkmale“, „Kiezökonomie“ und „Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung in Tiergarten-Süd“ ausgewählt.

Innerhalb jeder Planungszelle wurden vier Arbeitseinheiten pro Tag zu je 90 Minuten bearbeitet (8.00 bis 16.00 Uhr bzw. 9.00 bis 17.00 Uhr). Jeweils zwei Planungszellen liefen zeitversetzt parallel – dadurch konnte ein effektiver Einsatz von Referenten, Räumen und Materialien gewährleistet werden. Die Informationseingaben erfolgten über Informations-

material, die Anhörung von Referenten im Plenum sowie eine Ortsbegehung. Die Begehung diente der Sensibilisierung der Bürgergutachter für bestimmte Sachverhalte, Probleme und Orte. Die Route der Begehung war im Vorfeld grob festgelegt, wurde aber teilweise auf Wunsch der Bürgergutachter abgeändert.

Nach den Kurzreferaten im Plenum diskutierten die Bürgergutachter die Themen in wechselnden Kleingruppen. Hier nahmen sie Bewertungen vor, sammelten Vorschläge und fällten Entscheidungen. Die Aufgabenstellung für die Kleingruppenarbeit erfolgte schriftlich. Während der Gruppenarbeit erfolgte weder eine Moderation noch eine sonstige Betreuung. Die Gruppen waren bewusst sich selbst überlassen und arbeiteten selbstständig an der gestellten Aufgabe.

Vor jeder Kleingruppenarbeit wurde die Zusammensetzung der Kleingruppen durch einen „Gruppenfahrplan“ geändert (ausgeloste Zusammensetzung). So wurden eventuelle Meinungsführerschaften oder eingefahrene Diskussionsstrukturen, wie sie in konstanten Gruppenzusammensetzungen auftauchen können, vermieden. Jede Planungszelle wurde von einem Moderator und einer Tagungsassistenz begleitet, unterstützt durch eine Kinderbetreuung und einen Kaffeedienst.

Ein genauer Ablaufplan strukturierte den engen inhaltlichen und zeitlichen Ablauf. Der Ablaufplan zwang die Moderatoren nicht, das Programm stur durchzuziehen. Vielmehr konnten und haben sich einzelne Planungszellen entschieden, in einzelnen Arbeitseinheiten vom Ablaufplan abzuweichen.

Insgesamt waren an den Planungszellen 112 Personen beteiligt; 55 Bürger, 12 Gewerbetreibende, 33 Interessenvertreter bzw. Experten und 12 Mitarbeiter in der Begleitung.



Die Ergebnisse im Einzelnen

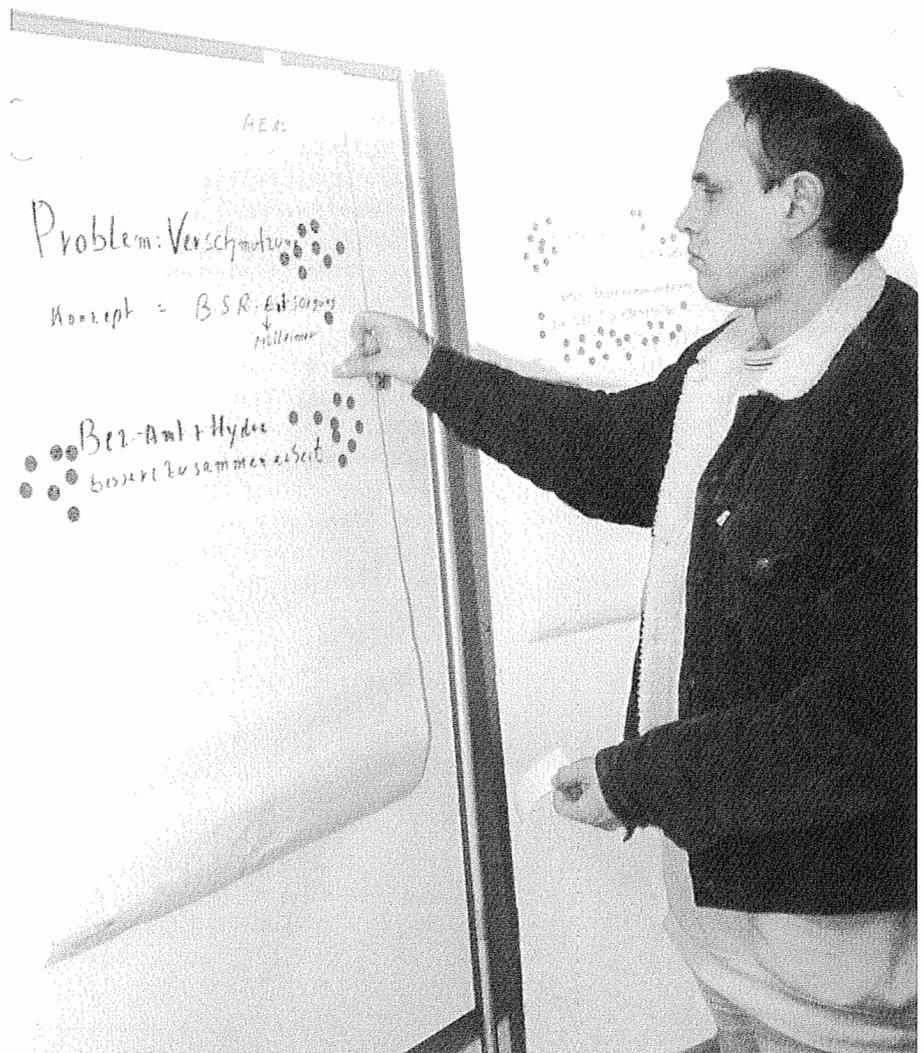


Erläuterung zur Gewichtung der Empfehlungen und Vorschläge

Die Kapitel zu den einzelnen Arbeitseinheiten beinhalten zum einen die Sammlung und thematisch geordnete Auflistung der von den Teilnehmern erarbeiteten Vorschläge, zum anderen die Bewertungen dieser Vorschläge durch die Teilnehmer.

Die in den Kleingruppen erarbeiteten Vorschläge und Konzepte wurden nach der Gruppenarbeit im Plenum der Planungszellen vorgestellt und besprochen. Daraus ergab sich eine breite Fülle von Vorschlägen, die trotz der formalen Trennung der Themen inhaltliche Überschneidungen und Ergänzungen erkennen ließ. Anschließend nahm jeder Teilnehmer durch die Vergabe von Punkten seine Bewertung nach der persönlichen Wichtigkeit der zusammengetragenen Vorschläge für den Teilnehmer vor.

Die Ergebnisse der drei Planungszellen wurden in der Auswertung von den Mitarbeiterinnen von NEXUS zusammengetragen und den sich abzeichnenden Themenschwerpunkten zugeordnet (z.B. Verkehrsberuhigung). Die von den Teilnehmern vergebenen Punkte für einzelne Lösungsvorschläge wurden gemäß der Zuordnung zu Schwerpunkten addiert und deren Gewichtung im Verhältnis zu den Gesamtpunkten je Arbeitseinheit errechnet. Daraus ergeben sich die Aussagen der Gewichtung von Schwerpunkten in Form der in den Tabellen aufgeführten Prozentangaben. In die Tabellen aufgenommen wurden die Schwerpunkte, die mehr als 5% der Gesamtzahl der möglichen Punkte der Arbeitseinheit erhalten hatten. Die Gesamtanzahl der ausgegebenen Klebepunkte betrug pro Arbeitseinheit im Schnitt 540 (bei insgesamt 54 durchschnittlich anwesenden Planungszellenteilnehmern und jeweils 10 zur Verfügung stehenden Klebepunkten pro Teilnehmer und pro Arbeitseinheit).



5.1.1. Stärken und Schwächen des Quartiers

5.1 Wohnen und Arbeiten

Rang	Beobachtung: „Stärken des Quartiers“	Prozent
1	Gute stadträumliche Lage	17%
2	Gute Sport- und Freizeitmöglichkeiten	7%
3	Gutes Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen	6%
4	Gute Nahversorgungsangebote	5%

Rang	Beobachtung: „Schwächen des Quartiers“	Prozent
1	Mangelhafte Ausstattung mit quartiersbezogenem Gewerbe	13%
2	Ständige Präsenz der Drogenproblematik/Kriminalität	11%
3	Fehlende Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche	11%
4	Hohe Verkehrsbelastung	8%
5	Schlechte Ausstattung des Magdeburger Platzes	7%
6	Mangelndes Zusammenleben	6%
7	Subjektive Unsicherheit im öffentlichen Raum	6%
8	Belästigung durch Prostitution	5%
9	Zu viel Schmutz und Müll im öffentlichen Raum	5%

Zur Einführung in die Thematik „Quartiersentwicklung Magdeburger Platz“ wurden alle Bürgergutachter gebeten, ihre persönlichen Eindrücke bezüglich der Stärken und Schwächen ihres Wohnquartiers, des Kiezes, auf roten (Schwächen) und grünen (Stärken) Karteikarten zu notieren. Die Ergebnisse wurden nicht von den Teilnehmern bepunktet, daher handelt es sich um subjektive Eindrücke der Bürgergutachter, für die keine prozentuale Wertung durchgeführt werden konnte. Die Anzahl der Nennungen gibt nur die Häufigkeit der bei der Kartenabfrage notierten Begriffe wieder.

Die größte Stärke des Kiezes besteht demnach in der guten Lage innerhalb Berlins (20), der Nähe zu alter und neuer Mitte sowie zum Tiergarten (12) und der guten Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (21).

Des Weiteren sind mehrere gut geeignete Sport- und Freizeitmöglichkeiten vor Ort vorhanden, wie zum Beispiel ein Basketballplatz (5) und Spielplätze (3), ein Beachvolleyballplatz (1) und ein multikultureller Sportverein (TISC, 1). Auch mehrere kleine Grünanlagen sowie der Tiergarten (19) werden für die Kurzeiterholung gerne genutzt. Von einigen Bürgergutachtern wurde das kulturelle Angebot (inklusive alter und neuer Sehenswürdigkeiten) der näheren Umgebung positiv erwähnt.

Ebenso spielt bei der positiven Bewertung des Kiezes das gute Zusammenleben verschiedener Kulturen (10) und verschiedener sozialer Schichten („bunte Menschenmischung“) (1), die gute Nachbarschaft in bestimmten Häusern in der Lützowstraße und die daraus entstehende „Lebhaftigkeit“ (1) eine Rolle. Positiv genannt wurde in diesem Zusammenhang auch die verstärkte Polizeipräsenz (1).

Die gute Nahversorgung des Kiezes mit seinen Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere in der Potsdamer Straße (9) und die medizinische Versorgung (2) wurde als weitere Stärke des Kiezes bewertet. Dies hängt auch damit zusammen, dass „nicht mehr so viele Puffs, Kneipen, Spielhallen wie früher“ existieren.

Eine eher untergeordnete Rolle spielte die Wohnsituation der Einzelnen, die günstigen Mieten (8), die ruhige Lage (in der Kurfürstenstraße und der Kluckstraße, 3) sowie die gute Wohnsubstanz einzelner Häuser (2). Ebenso wurde die Ausstattung mit Kindertagesstätten (2) und Grundschulen (4) als ausreichend bewertet; auch die Situation der Kinder allgemein (5) und deren Zusammenleben trägt zu den Stärken des Kiezes bei.

Die Zahl der Nennungen bei den „Schwächen“ war allerdings bedeutend höher. An erster Stelle steht hier die generell mangelhafte Ausstattung mit kiezbezogenem Gewerbe, z.B. mit für die Anwohner (auch preislich) attraktiver Gastronomie (8). Im Gegensatz zu der für „gut“ befundenen stadträumlichen Lage wurden die Entfernungen zu Einkaufsmöglichkeiten in der Potsdamer Straße von einigen Teilnehmern als zu weit empfunden (7). Treffpunkte – sei es gastronomischer oder sozialer Art – fehlen völlig; vor allem fehlen im Sommer Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien (4). Die Abwanderung vieler Gewerbetreibender aus der Umgebung des Magdeburger Platzes wird einem allgemeinen gewerblichen Umstrukturierungsprozess angelastet, der eine Konzentration aller Dienstleistungen und Gewerbe in der Potsdamer Straße nach sich zieht (13). Eine weitere Folge ist der wachsende Leerstand von Gewerberäumen im Kiez; dadurch erlangen auch die im Quartier angesiedelten Möbelfhäuser eine immer dominantere Stellung (1).

Ebenso nachteilig ist die ständige Präsenz der Drogenproblematik (10) und der daraus entstehenden Kriminalität auf der Straße und in der U-Bahn (3): die offene Drogenszene sowie die „sichtbare Anwesenheit von Dealern und Konsumenten vor Geschäften und Gaststätten“ sind ein großer Störfaktor (je 1).

Bei der Bewertung der Ausstattung mit Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gingen die Meinungen auseinander: Ein Teil der Bürgergutachter beurteilt dieses Merkmal eher negativ als positiv.

Daher wird Ausstattung mit Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ebenso als Schwäche gesehen: Ursachen dafür sind der Mangel an Sport- und Spielplätzen (4) und die fehlenden Möglichkeiten für Vereine, Sporthallen zu nutzen (3). Andere Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche wurden ebenfalls als nicht ausreichend bewertet: Es fehlt ein Freizeitzentrum (2), vorhandene Jugendeinrichtungen werden zu wenig unterstützt (1). Einige empfanden die Situation für Kinder im Quartier generell als mangelhaft (9).

Die gute Lage des Quartiers innerhalb der Stadt bringt auch einige Nachteile mit sich: So wurde hauptsächlich der Verkehr, insbesondere der Verkehrslärm (5) durch Autos (Potsdamer Straße) im Durchgangsverkehr, durch Lieferverkehr (Genthiner Straße), durch Disco-Besucher und durch den Autostrich, als störend empfunden. Fehlende Fahrradwege und Parkplätze (3) sowie die schlechte Ampelschaltung an der Kluck-/Ecke Lützowstraße stellen einen Nachteil dar (1). Die mangelnde Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr bildet ein weiteres Problem (2).

Der Magdeburger Platz, nach dem das Quartiersmanagementgebiet benannt ist, stellt für viele Anwohner auf Grund seiner schlechten Ausstattung und Pflege ebenfalls ein alltägliches Ärgernis dar (5). Hier stören vor allem die schlechte Nachtbeleuchtung (2) und die Nutzung des Abfallbehälters ausschließlich für Bierdosen, die sehr viel Lärm verursachen (1). Aber auch die direkte Umgebung wird von vielen als hässlich empfunden:

„Der Magdeburger Platz lädt nicht zum Verweilen ein (zum Beispiel Biergartentische und Bänke fehlen, keine kleinen Geschäfte, keine Gaststätten usw.)“. Die Hässlichkeit der Gebäude und Straßen im gesamten Kiez wurde ebenfalls mehrfach als Störfaktor notiert – fehlendes Grün (2), langweilige Architektur (3) und unvorteilhafte Gestaltung der Straßenräume wurden genannt.

Während das Zusammenleben in der Nachbarschaft von 34 Bürgergutachtern als positiv empfunden wurde, bewerteten fast ebenso viele Bürgergutachter (33) das Zusammenleben als mangelhaft und wenig ausgeprägt und damit als Schwäche im Kiez. Dies wird zum einen an einer „Verelendung“ – der Zunahme von Arbeitslosen (4), Sozialhilfeempfängern (4) und Ausländern (6) – festgemacht, zum anderen an dem mangelnden Vertrauen der Bewohner untereinander (2). Daraus entsteht – zusammen mit den bereits erwähnten Faktoren – auch ein schlechtes Image des Kiezes (2), das nach Meinung eines Bürgergutachters zu einer Vernachlässigung von Tiergarten-Süd durch die Verwaltung bzw. zu einer mangelnden Bürgernähe derselben führt (1).

Im Zusammenhang mit der präsenten Drogenkriminalität empfinden viele Bürgergutachter Unsicherheit (5), insbesondere in der Nacht und speziell für Jugendliche am U-Bahnhof Kurfürstenstraße (2). Aber auch die „schlechten Umgangsformen bei Konflikten“ zwischen Anwohnern, Dealern, Usern, Prostituierten und Polizei sowie ein „Rowdytum“ insbesondere an der Ecke Potsdamer- / Kurfürstenstraße vermittelt den Anwohnern ein Unsicherheitsgefühl innerhalb ihres Kiezes (3).

5 % der Bürgergutachter fühlen sich von der Prostitution im Kiez gestört: Der Straßenstrich (8) und seine Auswirkungen sowie der damit verbundene Schleichverkehr (3) werten das Quartier ab.

Ebenso viele Bürgergutachter fühlen sich durch den Schmutz auf den Straßen gestört (9); eine mangelhafte Straßenreinigung führt zu verdreckten Grünflächen, insbesondere Müll auf dem Magdeburger Platz, (3) und zu einer Anhäufung von Hundedreck auf den Plätzen entlang der Kurfürstenstraße (4).

Weiterhin wurde von einem Bürgergutachter die Mietenpolitik privater und gewerblicher Vermieter kritisiert (1); trotz der ungünstigen Lage im Kiez (Lärm) werden zum Teil zu hohe Mieten verlangt (1).



5.1.2. Wohnen mit Zukunft



In dieser Arbeitseinheit sollten aus Sicht der Bürgergutachter sowohl die Entwicklungschancen des Kiezes als Wohnquartier eingeschätzt als auch Vorschläge zur Verbesserung des Wohnens benannt werden. Die einleitenden Referate wurden von Herrn Schlömer vom Stadtplanungsamt Tiergarten sowie von Herrn Wild, stellv. Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, zum Thema Entwicklung des Quartiers gehalten.

Sehr wichtig ist den Bürgergutachtern dabei eine Beibehaltung der gewachsenen Strukturen vor Ort (28), also der Erhalt des Kiezes in seiner Struktur. Bei einer möglichen Entwicklung des Kiezes zu einem höheren Niveau („Edelkiez“) werden soziale und finanzielle Nachteile für die Bewohner (soziale Ausgrenzung bzw. höhere Mieten) (27) befürchtet. Gleichzeitig soll eine Ghettoisierung vermieden werden (2) (vgl. auch AE 5, Kap. 5.2.1). Durchaus positive Entwicklungsmöglichkeiten für das Wohnquartier werden durch die Attraktivität des nahe gelegenen Potsdamer Platzes und den Bau von Botschaften in Tiergarten-Süd erwartet (2), auch wenn dabei ähnliche Bedenken eine große Rolle spielen.

Aus diesem Grund soll vor allem eine Entwicklung des Kleingewerbes und des Handwerks im Quartier vorangetrieben werden (23), so dass sich keine Discount-Geschäfte, sondern vermehrt kleinere Läden und Kneipen ansiedeln können (8) – insbesondere an der nördlichen Potsdamer Straße (evtl. durch das Senken der Gewerbemieten). Die Gewerbegebiete Lützowstraße, Kurfürstenstraße und Genthiner Straße sollen erhalten werden. Generell betont wurde die soziale Komponente, die jede Gewerbeentwicklung im Kiez beinhalten muss. Dies kann nach Meinung der Bürgergutachter durch eine bessere Organisation und eine größere Beteiligung und Einflussnahme der Bevölkerung bei der Entwicklung des Gewerbes (8) erreicht werden (vgl. dazu auch AE 3, Kap. 5.1.3).

Ein großes Problem stellt nach Meinung der Bürgergutachter der Durchgangsverkehr im Quartier dar; dem kann nur durch eine Verkehrsberuhigung begegnet werden (vgl. auch Schwerpunktsetzung in AE 11, Kap. 5.3.3). Als konkrete Vorschläge wurden eine – großflächige – Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 30) bzw. der Rückbau von Straßen und die Ausweisung von Spielstraßen genannt. Gleichzeitig wurde eine Beruhigung der Potsdamer Straße durch eine konsequentere Durchsetzung von Busspuren und von gesonderten Spuren für die geplante Straßenbahn – jedoch ohne Einschränkung des Anwohnerverkehrs – vorgeschlagen (62). Als Begründung wurde die trennende Wirkung der Potsdamer Straße für das Quartier genannt. Als weiteres schwer wiegendes Problem wurde der Verkehrslärm benannt, der insbesondere in der Kurfürstenstraße (Kopfsteinpflaster) eine starke Belastung für die Anwohner darstellt (10). Weitere Lärmquellen sind der An- und Abfahrtverkehr zu den Diskotheken im Kiez, insbesondere wurde der Klub „90 Grad“ genannt (4).

Die geplante Führung der Straßenbahntrasse direkt bis an den Magdeburger Platz wurde von vielen Bürgergutachtern abgelehnt, da dies eine weitere Abwertung des Bereiches um den Magdeburger Platz in Form einer reinen Verkehrsfläche („Wendeschleife“) bedeuten würde (27).

Weitere Vorschläge der Bürgergutachter waren die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung zu Gunsten der Anwohner (11), die Regulierung des Lieferverkehrs (6) sowie der Bau einer Fußgängerampel und fußgängerfreundlicher Wege zum Potsdamer Platz am Karlsbad (18). Insbesondere die Forderung nach Verbesserungen der Verkehrswegesituation für Fußgänger und Radfahrer zogen sich auch durch eine Reihe späterer Arbeitseinheiten (vgl. AE 1, 11, 12).

Rang	Empfehlungen zu „Wohnen mit Zukunft“	Prozent
1	Beibehaltung der gewachsenen Kiezstrukturen	14%
2	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung	13%
3	Bekämpfung der Drogenproblematik	9%
4	Verbesserung und Pflege der Freizeit- und Spielmöglichkeiten	9%
5	Verbesserung der Sauberkeit im öffentlichen Raum	5%
6	Maßnahmen zur Stabilisierung der Sozialstruktur	5%
7	Stabilisierung der Mieten	5%

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt wird von den Bürgergutachtern in der Bekämpfung der Drogenprobleme im Kiez durch eine Veränderung des Drogen- und Prostitutionsumfeldes gesehen (41); dabei soll vor allem massiv gegen Dealer auf der Straße und gegen Kriminalität vorgegangen werden. Es sollen aber auch Beratungsangebote für Drogenabhängige geschaffen werden (10), zum Beispiel durch einen Drogen-Infobus (5) oder die Einrichtung von Druckräumen mit ärztlicher Betreuung (9). Weitere Möglichkeiten wären die Einrichtung eines Stundenhôtels bzw. eines „gediegenen Bordells“ (15).

Um die Straßenkriminalität einzudämmen, wurde eine – stärkere – Polizeipräsenz vor den Schulen und Spielplätzen gefordert, da die Bewegungsfreiheit der Kinder und Jugendlichen in ihrem Alltag stark durch Prostitution und Drogen eingeschränkt wird (vgl. AE 9, Kap. 5.3.1).

Ebenso wichtig ist den Bürgergutachtern die Verbesserung und Pflege der Freizeit- und Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Kiez (47). Dazu sollen mehrere Treffpunkte (Verweilpunkte) mit kleinen „bezahlbaren Cafés“ insbesondere auch für den Sommer geschaffen werden (22). Zusätzlich wird ein größeres Freizeitangebot für Erwachsene gefordert (10), was konkret unter anderem die Instandsetzung und Neuanlage von Grünflächen im Quartier erfordert (10; vgl. auch AE 3, Kap. 5.1.3).

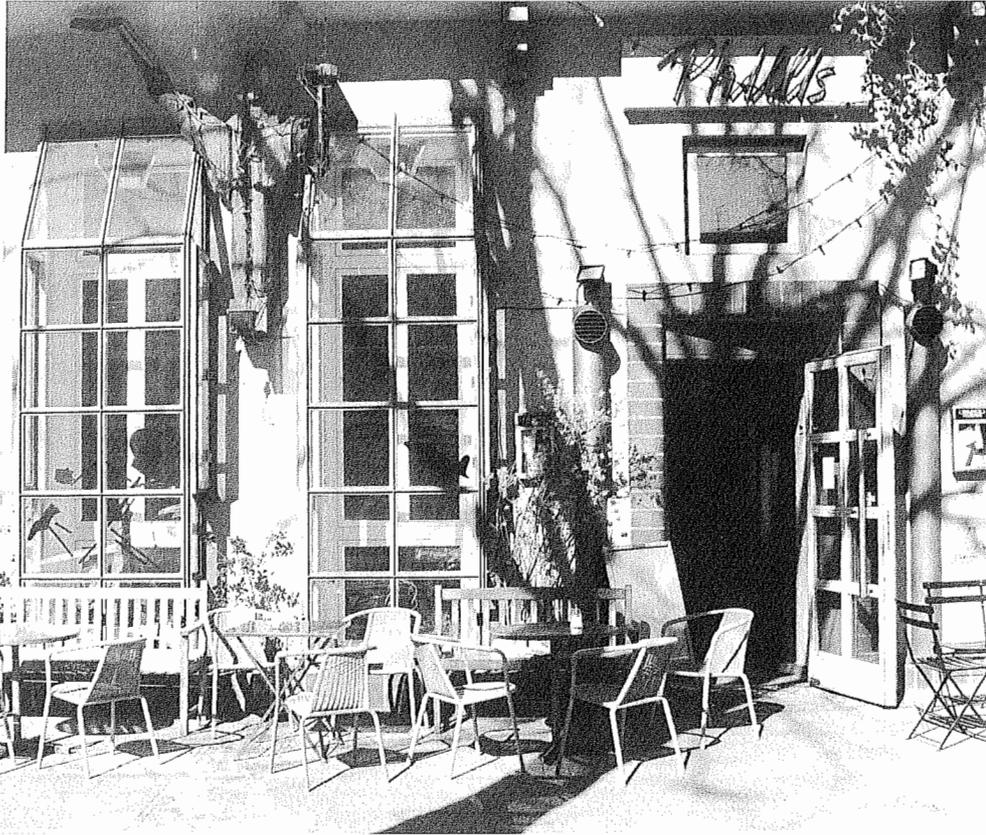
Die Sauberkeit von Gebäuden und Straßen stellt ein weiteres Problem dar: Hier ging die Aufforderung an die BSR, mehr Container aufzustellen, häufiger zu leeren, die Straßen und Gehwege öfter zu reinigen und auch den Müll aus den Baulücken abzutransportieren (28).

Bezüglich der Sozialstruktur im Quartier wurde eine Stabilisierung gewünscht (28), so dass sich eine „gut funktionierende, multikulturelle und soziale Durchmischung“ entwickeln kann; gleichzeitig war den Bürgergutachtern aber bewusst, dass sich auch Probleme durch die aktuelle Bevölkerungsentwicklung im Quartier abzeichnen. Eine Möglichkeit, Konflikte, die sich auf Grund der sozialen Probleme im Kiez ergeben, zu lösen, könnte die Einführung eines „Konfliktmanagements von Anwohnern für Anwohner“ (1) darstellen oder die Einrichtung eines Bürgerbüros vor Ort. Außerdem kam generell die Forderung nach einer Verbesserung der Situation der Kinder im Kiez (7) und dem Erhalt der Wohndurchmischung von In- und Ausländern (10).



Ebenfalls wichtig war den Bürgergutachtern die Stabilisierung der Mieten durch die Festlegung eines Mietlimits (Obergrenzen) sowie im Hinblick auf die große Anzahl leer stehenden Gewerberaums im Quartier die Vermeidung der Umwandlung von Wohnungen in Gewerberaum (27). Die aktuelle Verteilung von Wohnen und Gewerbe im Quartier soll beibehalten werden. Impulse versprechen sich einige Bürgergutachter durch die sinnvolle Schließung von Baulücken (1) sowie die Aufwertung des Straßenbildes durch hellere Fassaden und bessere Straßenbeleuchtung (1). Das geplante „Casa Italia“ und der geplante Erholungspark auf dem ehemaligen Gleisdreieck werden von den Bürgergutachtern als Beitrag zur Aufwertung des Quartiers hin zu einem attraktiven Wohnviertel angesehen (20).

5.1.3. Wohnungsnahes Gewerbe



Die einleitenden Referate wurden von Frau Dr. Oldenburg vom Quartiersmanagement Magdeburger Platz und von Herrn Lange vom Stadtplanungsamt Tiergarten zum Thema Entwicklung und Stärkung von Einzelhandel und Gewerbe im Quartier sowie zu Möglichkeiten der Förderung gehalten.

Gewerbe und Einzelhandel spielt im Quartier um den Magdeburger Platz traditionell eine große Rolle. Die Ballung von großflächigem Einzelhandel im Westen des Gebietes in Form der Möbelhäuser in der Genthiner Straße sowie des Einzelhandels in der Potsdamer Straße bringt allerdings einige Probleme mit sich: Innerhalb des Kiezes müssen immer mehr alteingesessene Unternehmen schließen, und Neueröffnungen sind eine Seltenheit.

Neben kommerziellen Angeboten sind aber auch soziale Belange bei der Entwicklung von Gewerbeflächen von Bedeutung; eine einseitige Ausrichtung auf Gewerbe wird abgelehnt. Daher entwickelten die Bürgergutachter in dieser Arbeitseinheit auch Ideen für die Ansiedlung und Integration sozialer und nicht-kommerzieller Angebote innerhalb des Quartiers.

Die Bürgergutachter fordern bessere und vielfältigere Einkaufsmöglichkeiten von „Aldi bis Käfer“ innerhalb des Kiezes (92): Neben dem Wunsch nach einem Lebensmittelladen direkt am Magdeburger Platz und am Lützowplatz fehlen Fachgeschäfte für Bekleidung, Haushaltswaren, desweiteren Buch- und Plattenläden, Schuster, Reinigung, Schneider, Blumen, Bäcker, Fahrradladen usw. sowie zusätzliche Discounter und Supermärkte. Außerdem wurde das Dienstleistungsangebot der Postfiliale in der Potsdamer Straße als mangelhaft bezeichnet (29).

Gewünscht wurde die Einrichtung eines Wochenmarktes (z.B. samstags, 6) und eines teilgewerblichen Trödelmarktes (sonntags, 5) am Magdeburger Platz, so dass dieser Platz eine größere Bedeutung im Kiez erhält. Die Vielzahl der öffentlichen und privaten Kinder-einrichtungen im Quartier wird auch als eine Chance für die Entwicklung einer „Kita-bezogenen Infrastruktur“, wie zum Beispiel der Verkauf von Secondhand-Kleidung für Kinder, von Spielzeug und Kinderbüchern, gesehen (1).

Die Gewerbetreibenden und Bewohner sollten durch Eigeninitiative ebenfalls zur positiven Entwicklung der Atmosphäre innerhalb des Kiezes beitragen: Zum Beispiel durch verstärktes Bemühungen im Winter, mehr Weihnachtsstimmung zu schaffen (Dekoration, Glühwein, Buden an einem Markt, 4).

In diesem Zusammenhang ist auch die Ansiedlung von gastronomischen Angeboten wie Kneipen, Restaurants und netten Cafés (wie das „Phillis“ in der Pohlstrasse) gewünscht, die für alle Preislagen und alle Altersgruppen Angebote haben und auch Treffpunkte für Familien sein könnten (73). Als Vergleich wurde der Winterfeldplatz genannt, an dem eine Vielzahl von Angeboten lebendige Straßensituationen schafft. Das Haus von „Schneller Wohnen“ böte sich in diesem Zusammenhang für die Einrichtung eines kleinen Biergartens an (9). Weitere Vorschläge waren die Einrichtung eines Tanzcafés (4) und die Ansiedlung von internationalen Imbissen (8), die auch zum Draussensitzen einladen (5). Die Forderung nach der Verbesserung des gastronomischen Angebotes findet sich auch in anderen Arbeitseinheiten wieder (vgl. AE 1, 2, 6, 8).

Zur Unterstützung der Entwicklung des wohnungsnahen Gewerbes werden städtebauliche Verbesserungen als erforderlich angesehen. Dazu gehören eine stärkere Begrünung der Potsdamer Straße (9) wie eine generelle

Sanierung der Geschäfte zur Erhöhung der baulichen Attraktivität an der Potsdamer Straße und im gesamten Kiez (13). In diesem Zusammenhang wurde auch das Aufbrechen der Mauer an der Genthiner Straße mittels Schaufenster und kleiner Ladenparzellen durch „Möbel Hübner“ vorgeschlagen (14). Der Magdeburger Platz könnte durch die Einrichtung von Cafés etc. als Stadtplatz und Grünfläche städtebaulich und gewerblich aufgewertet werden (2).

Dort könnten auch kleine Werkstätten (1) und (kunst-) handwerkliche Läden (1) für Jugendliche und Heranwachsende etabliert werden, die u.U. vom Bezirksamt, Senat oder Arbeitsamt gefördert werden könnten (1). In diesem Zusammenhang wurde auch angeführt, dass billige Gewerbemieten für das Kunstgewerbe und alternative Werkstätten, aber auch für Einzelhandel und Gastronomie zwingende Voraussetzung sind (1). Für die Entwicklung des Gewerbes im Quartier fordern die Bürgergutachter eine generell bessere Information über angebotene Dienstleistungen und die Ausrichtung auf neue Kommunikationstechniken (sowohl Einrichtung, Beratung als auch Schulung).

Als Anregung für ergänzende nicht-kommerzielle Angebote kam hier die Einrichtung eines Bürgerbüros (59), wodurch der Informationsfluss im Kiez verbessert und Nachbarschaftsdienste angeboten werden könnten, wie zum Beispiel eine Tauschbörse, soziale Dienste oder Kinderbetreuung. Ohnehin waren die Bürgergutachter von den vielfältigen, bereits vorhandenen Angeboten im Quartier immer wieder überrascht, was sie auf die mangelnde Informationspolitik des Bezirkes bzw. innerhalb des Kiezes zurückführten. Der Wunsch nach einem Bürgerbüro, auch im Zuge der Umstrukturierung der Bezirke, wurde daher mehrmals geäußert und auch im Politikerhearing diskutiert.



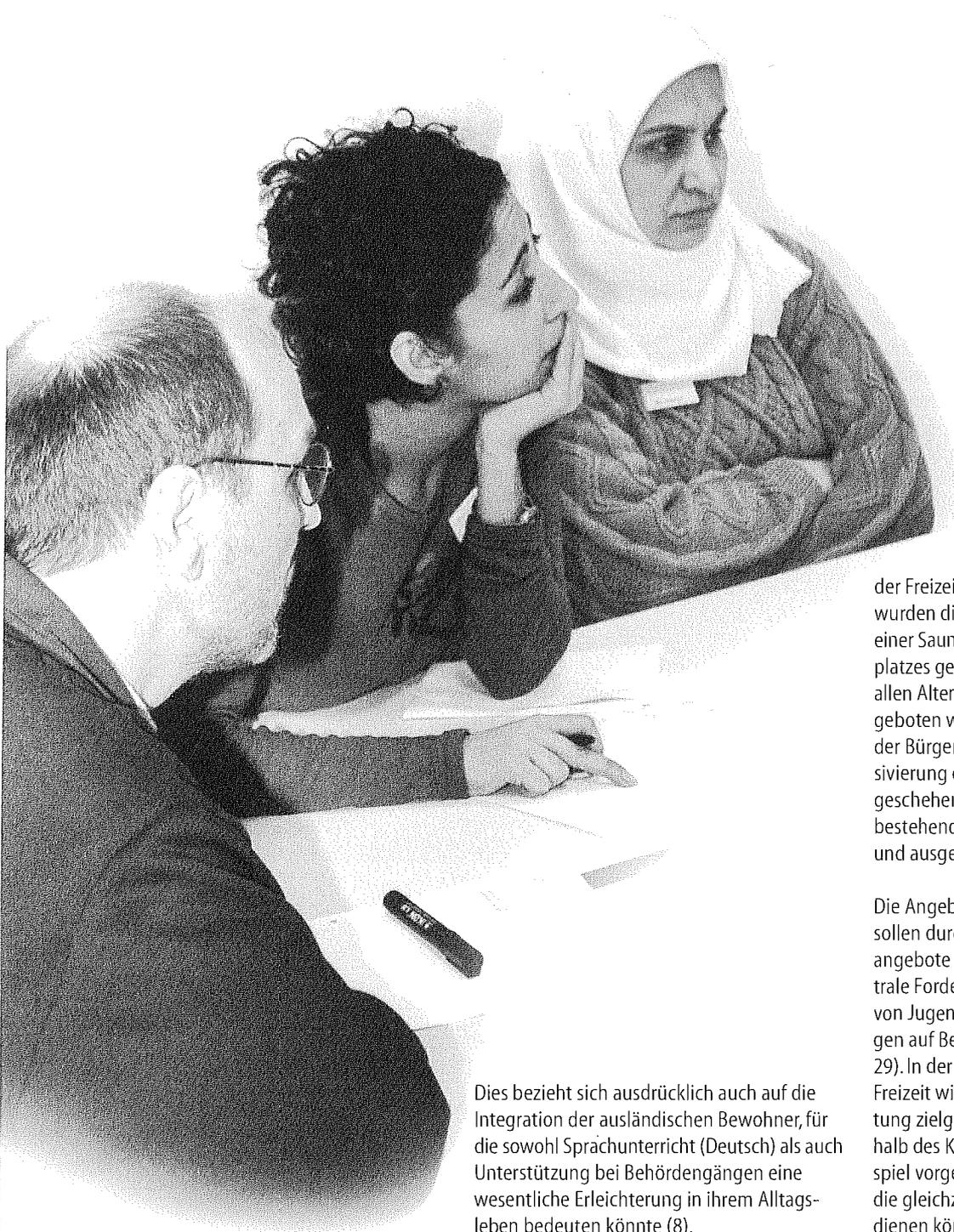
Für den sozialen Bereich wurden folgende Vorschläge gemacht: Das Krankenhaus soll auf jeden Fall erhalten, gefördert und verbessert werden (17). Die Ausstattung mit Ärzten, insbesondere Allgemeinmedizinern und Kinderärzten wurde generell als gut bezeichnet (11). Obwohl eine Sättigung an sozialen Versorgungseinrichtungen im Kiez festgestellt wurde (1), sollten Hauspflegestationen ausgebaut werden (1).

Hilfreich für das Alltagsleben wären auf jeden Fall eine größere Bürgernähe der Polizei des Polizeiabschnitts (14) sowie der erleichterte Zugang zu Amtsdienstleistungen (Pass, Führerschein, Lohnsteuerbehörde usw., 15).

Rang Empfehlungen zu „Wohnungsnahes Gewerbe“

Prozent

1	Bessere und vielfältigere Einkaufsmöglichkeiten	23%
2	Ansiedlung vielfältigerer gastronomischer Angebote	13%
3	Ergänzung durch nicht-kommerzielle Angebote im sozialen und kulturellen Bereich	11%
4	Freizeit- und Sportangebote an die Bedürfnisse der Nutzergruppen anpassen	7%
5	Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ausbauen	5%



Dies bezieht sich ausdrücklich auch auf die Integration der ausländischen Bewohner, für die sowohl Sprachunterricht (Deutsch) als auch Unterstützung bei Behördengängen eine wesentliche Erleichterung in ihrem Alltagsleben bedeuten könnte (8).

Kinder- und Jugendeinrichtungen wurden grundsätzlich als ausreichend bewertet (4), allerdings könnte ein muslimischer Kindergarten eingerichtet werden (1). Was fehlt, sind weiterführende Schulen (Real-, Gesamt-, Hauptschulen, 9). Bildungseinrichtungen und -angebote könnten noch verbessert werden, zum Beispiel durch die Anbindung der VHS Tiergarten-Süd an die Angebote in Tiergarten-Nord und das Angebot von betreuten PC-Kursen für Kinder (15). In diesem Zusammenhang wird auch eine größere Flexibilität von Seiten des Bezirksamts/Senats bei der Reaktion auf Jugendtrends gefordert (1). Gleichzeitig muss die Selbstorganisation der Anwohner durch das Quartiersmanagement entwickelt werden (1). Als konkrete Anregungen für die Verbesserung

der Freizeit- und Sportmöglichkeiten vor Ort wurden die Einrichtung einer Schwimmhalle, einer Sauna, eines Fitnesscenters, eines Fußballplatzes genannt (39). Wichtig ist hierbei, dass allen Altersgruppen Möglichkeiten zur Teilhabe geboten werden – dies sollte nach Meinung der Bürgergutachter auch durch eine Intensivierung der Arbeit von Vereinen und Klubs geschehen; in diesem Sinn sollte auch der bestehende Seniorenklub weiter unterstützt und ausgebaut werden (1).

Die Angebote für Kinder und Jugendliche sollen durch geeignete Kultur- und Freizeitangebote ausgeweitet werden (17): Eine zentrale Forderung war hierbei die Einrichtung von Jugendklubs mit fester Betreuung (bezogen auf Bezugspersonen und Öffnungszeiten; 29). In der Kombination von Gewerbe und Freizeit wird auch die Möglichkeit der Einrichtung zielgruppenspezifischer Angebote innerhalb des Kiezes gesehen: So wurde zum Beispiel vorgeschlagen, eine Eisdielen anzusiedeln, die gleichzeitig als Treffpunkt für Jugendliche dienen könnte (2) sowie die Einrichtung eines internationalen Musikcafés (18), das z.B. vom „Casa Italia“ gesponsert werden könnte (Bühne, Tanzfläche). Hierdurch könnte auch die Genthiner Straße insgesamt aufgewertet werden.

Weitere Wünsche waren der Erhalt der Bücherei (4), die Einrichtung einer kleinen Eisbahn im Freien mit Musik (11), einer Galerie (2), eines „gemütlichen“ Kiezkinos (evtl. im Haus von „Schneller Wohnen“, 9), das weniger die topaktuellen Kassenschlager als „Klassiker“ zeigt. Spielsalons sollten hingegen in ihrer Zahl stark begrenzt werden (1). Vorgeschlagen wurde auch die Ausweitung der Sportangebote für Kinder und Erwachsene (2) sowie die Einrichtung eines betreuten Sportplatzes für gemischte Nutzungen (1; vgl. auch AE 2, 6, 8).

5.1.4. Neue Chancen für das Quartier

Eine der großen Chancen für das Quartier liegt in der Entwicklung des wohnungsnahen Gewerbes: In der Gruppendiskussion wurde deutlich, dass dies aber gesteuerter Impulse bedarf. Das einleitende Referat zu diesem Themenkomplex wurde von Herrn Engels von der IHK Berlin, Abteilung Stadtentwicklung gehalten.

Um eine effektive und zukunftsfähige Entwicklung des Quartiers zu initiieren, muss nach Meinung der Bürgergutachter ein übergeordnetes Konzept zur Gewerbezusammensetzung, ein so genannter „Masterplan“ erstellt werden (104): Hierzu ist eine Bedarfsermittlung erforderlich und die Entwicklung eines Konzeptes, das ein Gegengewicht zu den Entwicklungen des „Neuen Berlin“ zum Beispiel am Potsdamer Platz bieten kann (30). Daher sollte nicht versucht werden, ein „künstliches“ (hohes) Niveau der Dienstleistungen zu etablieren, sondern sich ganz gezielt an den Bedürfnissen der Anwohner und Besucher des Kiezes zu orientieren (12). Die Bezahlbarkeit der Gewerbemieten spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle (10), um eine einseitige Ausrichtung auf Discount-Läden und – Ketten zu verhindern und damit auch eine „Ausgewogenheit des Gewerbes“ zu ermöglichen (39). Klar wurde, dass Einzelinitiativen in dieser Hinsicht wenig Aussicht auf Erfolg haben werden. Daher sollten Gewerbeinitiativen, Arbeitsgruppen und Interessengemeinschaften für die Potsdamer Straße und den gesamten Kiez gebildet werden. Ein Ansatz wäre auch, mit Investoren und Bauherren ganz konkrete Wünsche der Bewohner, wie die Ergebnisse dieser Planungszellen zu verhandeln. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang eine Kombination des geplanten „Casa Italia“ mit geäußerten Wünschen der Bewohner, wie die Einbindung von Gastronomie (Musikcafé) oder Veranstaltungen, die nicht ausschließlich auf auswärtige, kaufkräftige Besucher ausgerichtet wären.

Gleichzeitig wurde die „isolierte Lage“ des Gewerbes innerhalb des Quartiers als Negativfaktor bemängelt: Es werden Synergieeffekte von der Entwicklung des Potsdamer Platzes erwartet (26), daher soll eine attraktive Gewerbe- (evtl. auch Kultur-) Verbindungslinie zum Potsdamer Platz geschaffen werden (30), so dass durchaus die Möglichkeit für ansässige Gewerbetreibende besteht, „vom Sog zu profitieren“, ohne dass eine Angleichung der Angebote stattfindet („Dienstleistungen anbieten, z.B. für Touristen, die auch kiezbezogen brauchbar sind – Abzocken der Schickimicki“; 29).

Rang Empfehlungen zu „Neue Chancen für das Quartier“

Rang	Empfehlungen zu „Neue Chancen für das Quartier“	Prozent
1	Konzept für Gewerbeentwicklung erforderlich	19%
2	Synergieeffekte durch Entwicklung am Potsdamer Platz nutzen	16%
3	Attraktives Straßenbild herstellen	6%
4	Attraktives Kanalufer gestalten	6%
5	„Gemütliche“ Alternative zum Potsdamer Platz schaffen	6%
6	Medienstandorte stärken	5%

In diesem Zusammenhang spielt auch die Schaffung eines attraktiven Straßenbildes eine große Rolle: An die Gewerbetreibenden geht die Aufforderung, ihr direktes Umfeld und insbesondere die Schaufenster attraktiver zu gestalten (34); dies gilt vor allem für die Lützowstraße.

Als großes Potenzial für das Quartier wurde ein attraktiveres Kanalufer angesehen: Um eine eigenständige „Kanalkultur“ (31) zu entwickeln, müsste das Ufer des Landwehrkanals begehbar gemacht werden und so zusätzlich als Attraktion sowohl für die Freizeitgestaltung als auch für das Image des Quartiers entwickelt werden.

Die noch bestehende, typische Berliner Kiez-Atmosphäre, sowie das große Potenzial durch die vielen unterschiedlichen Nationalitäten, die hier wohnen („Multi-Kulti“) sollen zusammen mit einer zu entwickelnden kleinteiligen Gewerbestruktur als „gemütliche“ Alternative zum Potsdamer Platz im Gebiet um den Magdeburger Platz und Lützowplatz entwickelt werden (30).

Die Stärkung der ansässigen Medienunternehmen als zukunftsfähiges Gewerbe bietet weiterhin ein großes Potenzial; private Dienstleistungen werden generell als reelle Möglichkeit für die Entwicklung des gesamten Kiezes angesehen (24).



5.1.5. Ortsbegehung

Während eines Rundgangs durch das Quartier um den Magdeburger Platz jeweils am zweiten Tag der Planungszellen hatten die Bürgergutachter in Kleingruppen Gelegenheit, aus ihrer Sicht sowohl positive als auch negative Punkte bzw. Auffälligkeiten fotografisch festzuhalten. Im nachfolgenden Gespräch wurden dazu Bewertungen vorgenommen und auch konkrete Änderungsvorschläge entwickelt. Diese Bewertungen und Empfehlungen wurden in den Themenfeldern Wohnumfeld, Verkehr und Freizeit zusammengefasst.

Wohnumfeld

Die folgenden Nennungen sind Gruppennennungen, daher konnte keine prozentuale Auswertung durchgeführt werden. Themenschwerpunkte der Diskussion waren die Spielplätze innerhalb des Quartiers sowie die bauliche Gestaltung. Konkret wurde die Vernachlässigung der Spielplätze in der Pohlstraße 13–19 und auf dem Magdeburger Platz bemängelt, ebenso das ehemalige Basketballfeld an der Kreuzung Kluckstraße/Pohlstraße. Dieser Bereich ist generell verschmutzt und kein einladender Ort. Der Spielplatz an der Kurfürstenstraße 53 wurde hingegen als nutzbar bezeichnet. Der „Beachgarten“ mit dem Volleyballfeld in der Pohlstraße 1–9 wurde als positives Beispiel genannt, das aber leider nur zeitlich befristet nutzbar ist.

Als weitere positive Beispiele im Kiez wurden die Angebote der Stadtteilvereins Tiergarten e.V. (betreute Freizeit; Billard, Tischtennis und Kicker) genannt, der Wintergarten, der einen „Hauch der großen Welt“ verbreitet und eine Verbindung zum Potsdamer Platz/Kulturforum schafft, der Blumenladen in der Pohlstraße und die Bücherei, die Anlaufpunkt für die Jugendlichen ist (aber renoviert werden müsste). Die Spielothek in der Potsdamer Straße hingegen wurde sowohl ästhetisch abgelehnt als auch auf Grund ihrer Nutzung als unnötig bewertet.

Bauliche Negativbeispiele sind die Baulücke Kluckstraße/Pohlstraße, in der seit geraumer Zeit keine Veränderung festzustellen ist, der Ladenleerstand in der Potsdamer Straße sowie einzelne Häuser in schlechtem baulichen Zustand. Das „Gustav-Nobert-Haus“ in der Potsdamer Straße 73 steht hingegen als Beispiel für eine „bescheidene“, aber gelungene Form der Sanierung. Der Neubau an der Ecke Potsdamer Straße/Pohlstraße wurde als „gute Lösung“ bezeichnet, die neue und alte Formen integriert und von der baulichen Langeweile abweicht.



Verkehr

Hauptsächlich fielen den Bürgergutachtern schlechte bzw. fehlende Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und schlechte Radwegführung (wenn überhaupt vorhanden) auf: An allen Kreuzungen der Potsdamer Straße wurden zu kurze Ampelphasen bemängelt, die insbesondere für Schulkinder ein großes Gefahrenpotenzial bergen. Die schlechte Wartung der vorhandenen Radwege (häufig keine Räumung im Winter) ist nach Meinung der Gruppe auf den mangelnden Willen der Verantwortlichen nach einer Umstrukturierung der Verkehrsarten zurückzuführen. Bemängelt wurde das Fehlen von ausreichenden Tempo 30-Schildern sowie ganz allgemein die Beeinträchtigung durch die Verkehrsüberlastung, insbesondere den Durchgangsverkehr. Mehrmals hingewiesen wurde auf die sehr große Belästigung durch Kopfsteinpflaster als Lärmquelle.

Ein großer Problembereich im Kiez ist die Kreuzung Potsdamer Straße/Kurfürstenstraße: Dort wurden ebenfalls die Radwegführung, fehlende Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und zu kurze Ampelphasen bemängelt. Das hohe Verkehrsaufkommen insbesondere in der Potsdamer Straße (fließender und ruhender Verkehr) führt dazu, dass viele Kraftfahrer auf die Kurfürstenstraße als Abkürzung ausweichen. Der Lieferverkehr im Einzugsbereich der Potsdamer und der Genthiner Straße „macht die Straßen unübersichtlich“ und nimmt Parkplätze für Kunden weg.

Ebenso wurden die „weißroten Pfähle“ – Straßenabgrenzung am Karlsbad – als schlecht erkennbares Fußgängerhindernis bewertet. An dieser Stelle sollte zusätzlich eine Ampel gebaut werden.

Schlechte Bedingungen für Radfahrer wurden ebenfalls entlang des gesamten Lützowufers (schlechte Radwegführung) und an der Kreuzung Kluckstraße/Lützowstraße kritisiert. Weiterhin bestehen am Lützowufer an der Ecke zur Genthiner Straße Parkplatzprobleme; dort fehlen ebenfalls Radwege.

In der Pohlstraße vor dem Spielplatz fehlen ein Schild „Spielplatz/Schrittgeschwindigkeit“ und ein „Tempo 30-Schild“ sowie Radfahrwege.

Trotz der vorhandenen Tempo 30-Zonen sollten vor Spielplätzen nochmals gesondert Markierungen oder Schilder angebracht sein, um punktuell auf Gefahrenpunkte aufmerksam zu machen.

In diesem Zusammenhang sollte auch der Ostteil der Lützowstraße Tempo 30-Zone werden, um Durchgangsverkehr zu vermeiden. Das Kopfsteinpflaster in der Kurfürstenstraße wurde als Lärmquelle identifiziert, die insbesondere abends und nachts für die dortigen Anwohner zu großen Belästigungen führt.

Rang Empfehlungen zu „Verkehr“

Rang	Empfehlungen zu „Verkehr“	Prozent
1	Ergänzung von Straßenquerungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer	6%
2	Einrichtung von Radwegen	5%
3	Anbringen von Tempo 30-Schildern	3%
4	Beeinträchtigung durch Verkehrsüberlastung vermeiden	2%
5	Kopfsteinpflaster als Lärmquelle beseitigen	2%

Rang	Empfehlungen zu „Freizeit“	Prozent
1	Verbesserte Gestaltung und Nutzbarkeit der Grünflächen	6%
2	Freizeitangebote erweitern	4%
3	Verbesserung der Ausstattung der Spielplätze	4%
4	Attraktives wohnungsnahes Gewerbe ansiedeln	3%

Freizeit

Positive Beispiele für Freizeitangebote im Kiez sind mehrere Fitness-Center, der Klub „90 Grad“, Bodybuilding in der Lützowstraße und der Seniorentreff in der Pohlstraße.

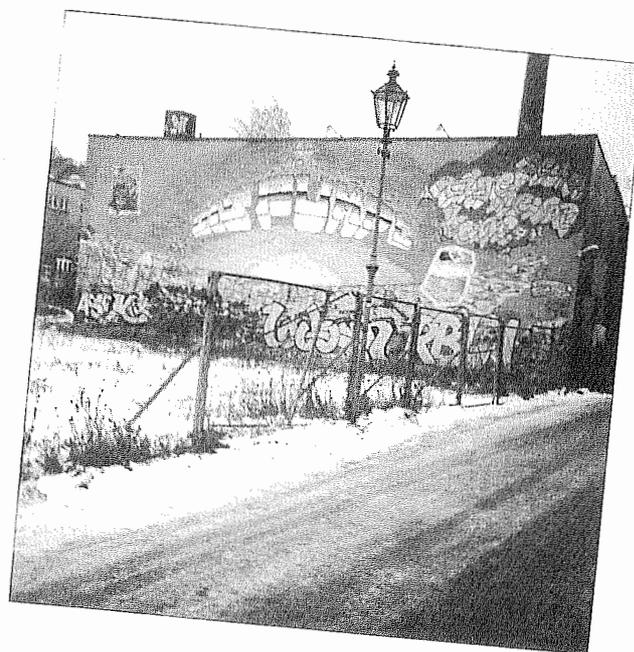
Als attraktives Angebot für das Quartier wurde auch der „Teen-Challenge“ in der Kurfürstenstraße bezeichnet. Insgesamt sollten die zurzeit freien Läden besser genutzt werden: Vorschläge wären „Computer für alle“, Café, Eisbar usw. Das ehemalige Gebäude von „Schneller Wohnen“ könnte als Tanzschule, „Kiez-Plüsch-Klassiker-Kino“ oder als Musikcafé genutzt werden (mit Hofbegrünung, Weinlokal und Laube). Positiv erwähnt wurde in diesem Zusammenhang auch die Bäckerei in der Pohlstraße, die allerdings nicht mehr existiert.

Der Magdeburger Platz als Grünfläche wurde insgesamt als Potenzial bezeichnet, ebenso die verschiedenen Spielplätze. Diese weisen aber alle unterschiedliche Probleme auf: Der Spielplatz am Magdeburger Platz ist voller Hunde, die Hecke als natürliche Begrenzung unvollständig, die Ausstattung „unmöglich“. Der Spielcontainer dagegen wurde als positive Einrichtung hervorgehoben. Es sollte mehrere dieser betreuten Spielcontainer geben. Da der Magdeburger Platz gleichzeitig Treffpunkt von Nicht-Sesshaften ist, empfinden ihn viele Anwohner als nicht nutzbar. Ein Wunsch für die Ausgestaltung des Magdeburger Platzes ist die Einrichtung einer Eislaufbahn. Bezüglich der Anfang des Jahres erfolgten Auslegung von Rattengift wird trotz aller damit verbundenen Vorsichtsmaßnahmen ein Gefahrenpotenzial für Kinder befürchtet.

Der Spielplatz an der Ecke Körner-/Pohlstraße besitzt ebenfalls eine mangelhafte Ausstattung, allerdings ist dort die „soziale Kontrolle“ größer, da er gut einsehbar ist. Er kann als Ergänzung zum Spielplatz an der Pohlstraße genutzt werden. Der Spielplatz an der Pohlstraße gilt als Treffpunkt der Drogen- und Prostituiertenszene.

Im Sommer kann aber das Basketballfeld genutzt werden, die Ausstattung wird als „gut“ bezeichnet. Weniger Hundekot und Leinenzwang würden ebenfalls zu einer erhöhten Aufenthaltsqualität beitragen. Der Spielplatz an der Bissingzeile wird durchweg als positives Beispiel genannt: Der Abenteuerspielplatz wird auf Grund seines „urigen Charakters“ und der möglichen „Kontrolle“ durch den benachbarten Kindergarten geschätzt. Die Ausstattung der großen Grünfläche am Karlsbad wird als gut bezeichnet, allerdings stören dort der Müll und der Gestank. Eine Verbesserung der Nutzbarkeit dieses Spielplatzes ist dringend erforderlich.

Konkrete Verbesserungsvorschläge für Grünflächen wurden für folgende Bereiche gemacht: Die Wiese neben der Bibliothek könnte als „Lesewiese“ genutzt werden, auf der Liegestühle und Getränke angeboten werden. Der Magdeburger Platz könnte folgendermaßen umgestaltet werden: ein kleinerer Spielplatz, ein Brunnen in der Mitte, mit Blumen und Biergartentischen; dies würde umso besser funktionieren, je mehr Lokale und Cafés in der unmittelbaren Umgebung angesiedelt werden könnten. Als Visionen wurde die Nutzung der Freifläche vor der „Pumpe“ als Spielplatz und damit die Erhöhung der Attraktivität des Zuganges zur „Pumpe“ entwickelt, wobei eine funktionierende Jugendarbeit im Mittelpunkt stand. Auch das Gebiet autofrei zu halten, wurde in diesem Zusammenhang als Wunsch genannt.



5.2 Zusammenleben und Integration

Rang	Empfehlungen zu „Arabische Dörfer“	Prozent
1	Ghettobildung vermeiden	22%
2	Mehr Maßnahmen zur Sprachförderung	20%
3	Stärkung des Zusammenlebens im Kiez als Potenzial	13%
4	Angst vor Gewalt einschränken	13%
5	Freiwilligen Religionsunterricht einführen (Islam)	5%

In einigen Berliner Stadtteilen, die einen hohen Anteil ausländischer Bewohner aufweisen, ist eine zunehmende ethnische Entmischung im Wohnbereich zu beobachten: So wurde im Gebiet um den Magdeburger Platz zum Beispiel festgestellt, dass einzelne Häuser ausschließlich von arabischen Mietern bewohnt werden, die so genannten „Arabischen Dörfer“.

In dieser Arbeitseinheit sollte diese Entwicklung bezüglich ihrer Auswirkungen auf das Quartier und seine Anwohner näher beleuchtet werden, wobei dieses Thema und die daran geknüpften Fragestellungen von einem Teil der Bürgergutachter als nicht relevant für ihr Leben im Kiez erachtet wurde. Hier gab es sehr unterschiedliche Wahrnehmungen und entsprechend unterschiedliche Bewertungen von Vorschlägen zwischen den Planungszellen (die Teilnehmer der Planungszelle 3, sowohl deutsche als auch arabische, waren laut eigener Aussage von diesem Problem nicht persönlich betroffen).

Das einleitende Referat wurde von Frau Abul-Ella vom Arabischen Frauenverein Al-Dar zum Thema Veränderung der Belegungspolitik im Kiez sowie über den Umgang mit „Arabischen Dörfern“ gehalten.

In einigen Arbeitsgruppen wurde die Ausbildung von „Arabischen Dörfern“ als sichtbares Zeichen einer mangelhaften Integration und somit der Gefahr der Ghettobildung gewertet: Das größte Problem stellen dabei die Sprachprobleme dar (106), die auch zu immer geringeren Kontakten zwischen den Hausbewohnern in „gemischten“ Häusern führen: „Je weniger Deutschkenntnisse, desto mehr Probleme“. Aus diesem Grund sollte Pflicht-Sprachunterricht für alle eingeführt werden (79 von 106). Es sollten daher sowohl die beiden Grundschulen im Kiez Sprachkurse für ihre Schüler anbieten, als auch generell Kursangebote an die Eltern gemacht werden (sowohl Deutsch als auch Herkunftssprache). In diesem Zusammenhang wurde der Eigeninitiative für den Erwerb der deutschen Sprache ein wichtiger Stellenwert zugemessen (27).



Gleichzeitig sollten alle Anstrengungen getroffen werden, um eine räumliche Trennung von Bewohnern unterschiedlicher Nationalität zu vermeiden. Viele Bürgergutachter sprachen sich grundsätzlich gegen eine „Ghettoisierung der Kulturen“ aus (48); als konkretes Beispiel für Entmischungstendenzen wurde die Pohlstraße genannt.

Eine Mehrzahl der Bürgergutachter fand, dass das Problem der „ethnisch reinen Häuser“ sich nicht in ihrem Alltag widerspiegelt: „Wir kennen keine rein deutschen Häuser!“ (38). Vielmehr empfanden sie das Zusammenleben im Kiez als Potenzial, lediglich Nachbarschaftskonflikte der üblichen Art seien vorhanden („Jegliche Gruppenbildung bringt Probleme mit sich“). Das Zusammenleben verschiedener Nationen und Kulturen in einem Haus wurde ausdrücklich als wünschenswert angeführt, da es Verständnis für andere Kulturen fördert und gleichzeitig die Möglichkeit bietet, Sprachbarrieren abzubauen (37). Durch eine stärkere Mischung der Bewohnergruppen könnten auch die sozialen und kulturellen Probleme im Kiez besser in Angriff genommen werden. Das schlechte Verhältnis insbesondere zu Arabern und der arabischen Kultur wurde von den Bürgergutachtern nicht als kieztypisches Problem identifiziert – die geringe Zahl von Berührungspunkten zwischen den Kulturen ist auch ein gesamtstädtisches Problem (34). Als wichtiges, wünschenswertes und sichtbares Zeichen der Anwesenheit unterschiedlicher ethnischer Gruppen im Kiez wurden „ausländische Läden und Gaststätten“

bezeichnet (31). Mit der Durchführung von gemeinsamen Straßenfesten sowohl für alle Anwohner als auch für Besucher könnte und sollte ein stärkeres Bewusstsein für das multikulturelle Potenzial des Kiezes geschaffen werden.

Negativ beeinflusst wird der Umgang der Anwohner untereinander durch Angst vor Gewalt. Die subjektive oder objektive Bedrohung kann, neben Drogendealern und Junkies, auch von (ausländischen) Jugendbanden ausgehen (28); hinzu kommt deren Aggressivität untereinander. Räumlicher Schwerpunkt ist eindeutig der U-Bahnhof Kurfürstenstraße. Für viele Anwohner stellt dies auch einen wesentlichen Punkt beim Entschluss zum Wegzug dar. Die Frage, ob der Einsatz von Streetworkern eine Lösung sein könnte, konnte in dieser Arbeitseinheit nicht abschließend geklärt werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Bedeutung von Religion für den Alltag. Konsensfähig war die Idee, einmal wöchentlich Islamunterricht in Deutsch und/oder in arabischer Sprache anzubieten – auf freiwilliger Basis. Einige Bürgergutachter meinten hingegen, Religionsunterricht an Schulen sollte „in jeglicher Form“ abgeschafft werden (4).



5.2.2. Aus- und Weiterbildung für Bewohner



Die einleitenden Referate wurden von Frau Kastens vom Bildungsmarkt e.V. im Ausbildungsverbund Tiergarten und Herrn Golodnyi vom Verein „Hilfe als Selbsthilfe für Osteuropa“ zum Thema Ausbildungs- und zusätzliche Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendliche sowie über Ausbildung Jugendlicher in Unternehmen in nicht-deutscher Hand gehalten.

Die Bürgergutachter messen der Aus- und Weiterbildung von Bewohnern im Bereich der neuen Medien größte Bedeutung bei; am notwendigsten ist dabei das Erlernen des Einsatzes von neuen Medien (67). Bei der Einrichtung von solcherart Weiterbildungsangeboten sollten auch die im Kiez ansässigen Medienbetriebe miteinbezogen werden (24), da sie wertvolles Know-How und praktische Erfahrung einbringen können. Zusätzlich sollten Computerkurse vor Ort von Bildungsträgern angeboten werden, zum Beispiel von der Volkshochschule (10). Durchführungsort könnte eine der Schulen im Kiez sein. Diese sollten auch spezifische Angebote für einzelne Bevölkerungsgruppen unterbreiten, zum Beispiel für Frauen (mit Kinderbetreuung) und Anwohner mit Sprachschwierigkeiten.

Generell wurde bemängelt, dass die aktuellen Aus- und Weiterbildungsangebote nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen (39). Eine größere Flexibilität sowohl der Anwohner in Bezug auf ihre „Bildungswilligkeit“ als auch der Betriebe und Gewerbetreibenden ist zu wünschen (23). Darunter ist sowohl die Vermeidung einer „einseitigen Ausrichtung auf das Abitur“ als auch die Orientierung der Aus- und Weiterbildung am aktuellen und zukünftigen Bedarf zu verstehen – insbesondere in Pflegeberufen, Sprachen, neuen Technologien und Medien. Ein wesentlicher Bestandteil der Flexibilität der Anwohner muss dabei die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen in Eigeninitiative sein (25): Zum Beispiel Selbsthilfegruppen unterschiedlicher Ausrichtung, die von Lehrern der VHS, Hausfrauen oder anderen geleitet werden. Nach Meinung der Bürgergutachter sind genügend Räume vor Ort vorhanden.

Ein großes Anliegen der Bürgergutachter aller Planungszellen war die Umsetzung dieser Vorschläge durch das Bezirksamt und die BVV (61). Deren Hilfe und Unterstützung ist bei einem so wichtigen Thema unabdingbar.

Ein zweiter wesentlicher Weiterbildungsbedarf wurde im Bereich Sprache durch Sprachkurse für alle Anwohner gesehen. Ziel sollte eine möglichst breit verankerte Zweisprachigkeit aller Anwohner sein, in diesem Sinne sollten sowohl Kurse „Deutsch für Ausländer“ als auch Unterricht in den verschiedenen Heimatsprachen der Anwohner angeboten werden (50). Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Vermittlung von Deutschkenntnissen an ausländische Frauen sein.

Eine konkrete Idee, die in den Planungszellen entwickelt wurde, war der Einsatz von Streetworkern, die gezielt auf Jugendliche und Jugendbanden zugehen und mit ihnen gemeinsam (Ausbildungs-) Perspektiven entwickeln sollen (27).

Rang	Empfehlungen zu „Aus- und Weiterbildung für Bewohner“	Prozent
1	Qualifizierung im Bereich Neue Medien / Computerkurse notwendig	17%
2	Anpassung und Flexibilisierung von Aus- und Weiterbildungsangeboten	12%
3	Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschläge durch die Verwaltung erforderlich	11%
4	Erweiterung des Angebots an Sprachkursen	9%
5	Einsatz von Streetworkern	5%

5.2.3. Selbst gestaltetes Zusammenleben der Kulturen

Rang	Empfehlungen zu „Selbst gestaltetes Zusammenleben der Kulturen“	Prozent
1.	Förderung von internationalen Sport- und Kulturvereinen	23%
2.	Freizeitzentrum „Pumpe“ wiederbeleben	15%
3.	Organisation von Straßen- und Hoffesten	11%
4.	Wiederbelebung der öffentlichen Räume durch kommerzielle und nicht-kommerzielle Angebote (Treffpunkte)	8%
5.	Einrichtung eines Bürgerbüros als „Kiezzentrale“	5%
6.	Gründung eines Vereins zur Umgestaltung des Magdeburger Platzes	5%

In dieser Arbeitseinheit haben die Bürgergutachter Begegnungsmöglichkeiten der Kulturen im Kiez sowie deren Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert. Die einleitenden Referate zum Thema wurden von Herrn Cakmakoglu, Ausländerbeauftragter des Bezirksamtes Tiergarten, und von Herrn Eberle von der Arbeiterwohlfahrt (Begegnungsstätte für türkische Arbeitnehmer in Kreuzberg) gehalten.

Von größter Bedeutung für ein selbst gestaltetes Zusammenleben der Kulturen sind – internationale – Sport- und Kulturvereine: Sie sind nach Meinung der Bürgergutachter am ehesten geeignet, Integration, Begegnungen und Kontakte zu fördern (63) und sollten dies auch als einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit verstehen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Öffentlichkeitsarbeit der existierenden Vereine verbessert werden: Sie sollen „auf Leute zugehen“, sie anwerben und ihre Arbeit explizit auf den Kiez beziehen (29). Dies sollte sowohl für Sportvereine, von denen bereits einige existieren, als auch für Kulturvereine, von denen den Bürgergutachtern allerdings bisher keine im Kiez bekannt sind, gelten (29). Um die Vereins- und Gruppenarbeit zu fördern, sollten Sporthallen auch für „private“ Mannschaften, Gruppen und Vereine freigegeben werden (30). Grundsätzlich besteht Bedarf an weiteren Sportvereinen (Handball, Dart, Billard).

Das Freizeitzentrum „Pumpe“ in der Lützowstraße bietet ein großes Potenzial für Angebote der Bildung, Begegnung, Beratung, Sozialarbeit, Drogenberatung und für Veranstaltungen. Das derzeitige Nutzungskonzept lässt aber zu wünschen übrig: Daher entwickelten die Bürgergutachter die Idee, in Zusammenarbeit mit der dort ansässigen Arbeiterwohlfahrt ein Konzept zur „Wiederbelebung“ des Geländes als Treffpunkt mit Freizeit-, Hilfs- und Bildungsangeboten zu erarbeiten (83); der Einzugsbereich sollte dabei aber nicht auf den Kiez Magdeburger Platz beschränkt werden.

Als Vorbild wurde dabei das vorgestellte Konzept der AWO Kreuzberg, das sich durch vielfältige Projekte mit Integrationsansatz auszeichnet, herangezogen.

Als wesentlicher Faktor bei der Akzeptanz neuer Projekte wurde die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit und der hohe Bekanntheitsgrad der Angebote angesehen; dies sollte wesentlicher Bestandteil eines neuen Konzeptes sein.

Aus Sicht der Bürgergutachter sollte Eigeninitiative bei der Verbesserung des Zusammenlebens im Kiez schon im kleinsten Bereich anfangen. Die Organisation von Straßen- und Hoffesten wäre ein wertvoller Beitrag zur Stärkung von Gemeinschaften, sei es innerhalb eines Wohnhauses, einer Straße oder des gesamten Kiezes (57).

Auch die Wiederbelebung der öffentlichen Räume steht in diesem Zusammenhang: Sowohl kommerzielle als auch nicht-kommerzielle Angebote könnten zu lebendigeren Straßen führen. Neben Festen könnten dies auch (Floh-) Märkte und Cafés sein (42).

Wichtig für die Akzeptanz und Teilnahme an gemeinschaftsfördernden Aktivitäten, Bildungsmaßnahmen, Förderprogrammen, Freizeitaktivitäten usw. ist die Information über die bestehenden Angebote. Dazu sollte eine Beratungsstelle bzw. ein Bürgerbüro als „Kiezzentrale“ eingerichtet werden (34), wodurch Angebote und Bedarf besser miteinander verknüpft werden könnten.

Der Magdeburger Platz könnte zum Mittel- und Treffpunkt des Kiezes entwickelt werden: Ein neu zu gründender Verein (z.B. „Verein zur Umgestaltung des Magdeburger Platzes“) sollte sich dazu intensiv mit der Umgestaltung dieses Platzes befassen (24). Hintergrund dieses Wunsches ist die Überlegung, dass der nahe gelegene Nelly-Sachs-Park in Schöneberg als Freizeit- und Erholungsort funktioniert, während am Magdeburger Platz Schmutz und Verwahrlosung überhand nehmen.



5.3 Öffentliche Sicherheit



Die einleitenden Referate wurden von Frau Schmidt vom Café Olga (Kontakt- und Beratungsstelle für drogenabhängige und sich prostituierende Frauen) zum Thema Druckräume als Entkriminalisierungskonzept sowie von Herrn Schuster von der Polizeidirektion 3, Abschnitt 34, zum Thema Kriminalitätsentwicklung gehalten.

Im Zusammenhang mit der Drogenproblematik wurden zu der als vorrangig erforderlich angesehenen Erhöhung der Sicherheit im Kiez folgende Vorschläge erarbeitet:

Insbesondere an Brennpunkten wie dem U-Bahnhof Kurfürstenstraße oder anderen Drogenumschlagplätzen wird eine stärkere Präsenz der Polizei (1 bis 2 Beamte) gefordert (57), wobei auch eine Verbesserung der Ansprechbarkeit der Beamten als erforderlich angesehen wurde (12).

Im U-Bahnhof sollten wieder Mitarbeiter der BVG anwesend sein (23). Allgemein wird größerer Schutz durch die Polizei auf öffentlichen Plätzen, aber z.B. auch bei der Schulsicherung gewünscht (28). Insbesondere im Bereich von Problem- und Konfliktzonen (z.B. Spielplätzen) wird ein schnelleres Reagieren der Polizei angemahnt (6). Zur Erhöhung der Sicherheit wurde eine hellere und übersichtlichere Straßengestaltung im Bereich des U-Bahnhofes Kurfürstenstraße und im Bereich um die Pohlstraße vorgeschlagen (4).

Im Vordergrund muss aber die Verdrängung der Drogenhändler vor Schulen und Kitas zum Schutz der Kinder stehen (25). Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang auch, dass die Anwohner selbst Schutzmaßnahmen für die Kinder ergreifen (9). Zuerst müssen Anlässe für Angst bei den Bewohnern, wie sie in U-Bahnhöfen, Parkanlagen, auf den Straßen oder in Hauseingängen auftreten, beseitigt werden (17). Einschränkend wurde darauf hingewiesen, dass massive Razzien durch die Polizei auch Angst unter den Bewohnern wecken (13), da das „kriegsähnliche Szenen“ schaffe. Der „Freier-Suchverkehr“ stellt eine erhebliche Belästigung dar und muss kontrolliert bzw. reguliert werden (14). Als hilfreich wurde es angesehen, wenn die Gewerbetreibenden dafür sorgten, dass sich auf ihren Gewerbeflächen bzw. den angrenzenden Parkflächen keine „dunklen Nischen“ finden (1).

An zweiter Stelle wurde eine engere Zusammenarbeit im Bereich von Aufklärung, Suchtprävention und Beratung gefordert. Zur Suchtprävention wurde vorgeschlagen, das Thema „Drogen“ an Schulen und Kitas zu behandeln. Außerdem soll es Beratungs- und Informationsangebote für die Bürger, speziell für Kinder und Jugendliche im Kiez geben („Lernen, nein zu sagen“), um mehr Aufklärung über das Thema zu erreichen (49).

Die Verdrängung der Drogenszene allein stellt keine Lösung des Problems dar, gefordert wurde stattdessen mehr Unterstützung und eine Erweiterung des Konzeptes des Café Olga (17).

Vorgeschlagen wurde, dass Polizei und Bewohner gemeinsam nach Lösungen suchen, z.B. durch das Einrichten eines Runden Tisches „Kurfürstenstraße“ (13). Gefordert wurden mehr Möglichkeiten zur Reintegration von Drogenkonsumenten (10) sowie eine verbesserte Koordination von therapeutischen Programmen in der Sozialarbeit (9). Hierbei soll den Drogenabhängigen, insbesondere drogenabhängigen Prostituierten mit positiver, nicht-ablewertender Aufmerksamkeit begegnet wer-

den (6). Darüber hinaus soll das Thema „Drogen bzw. Drogen im Kiez“ über Medien und Bürgerinitiativen verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiert werden (9). So könnten zum Beispiel Lebensläufe von Drogenabhängigen in der Kiezzeitung beschrieben werden. Das Quartiersmanagement sollte auch problembezogenen Kontakt zum Elisabeth-Krankenhaus aufnehmen (6). Zur Prävention wurde weiter gefordert, mehr Freizeiteinrichtungen für Jugendliche anzubieten (6).

An dritter Stelle in der Wertigkeit der Empfehlungen steht die Einrichtung von Druckräumen mit medizinischer und sozialer Versorgung. Damit könnte eine kontrollierte Abgabe von Drogen bzw. Ersatzstoffen ermöglicht werden. Gefordert wurde auch die verstärkte Beratung für Drogenabhängige durch Streetworker als Angebot vor Ort (93).

Von den Bürgergutachtern wurde betont, dass nicht die Drogenkonsumenten sondern die Dealer als das Hauptproblem angesehen werden müssen (32). Entsprechend wurden härtere Strafen für Händler, einhergehend mit der Entkriminalisierung der Konsumenten, gefordert (18). Als möglicher Ansatz wurde die Erschwerung des Geschäftes für Dealer durch Maßnahmen zur Beunruhigung der Szene genannt (11). Allerdings ist das Drogenproblem nicht kiezbezogen lösbar (4). Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang der Einzug des Vermögens bereits bei nur verdächtigen Händlern, hierzu wären jedoch rechtliche Voraussetzungen erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Drogenproblematik sollte für das Gebiet um den Magdeburger Platz grundsätzlich diskutiert werden, ob der Drogenstrich aus dem Kiez entfernt werden soll (11).

Rang	Empfehlungen zu „Drogen“	Prozent
1	Mehr Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Kiez	38%
2	Bessere Zusammenarbeit bei Aufklärung, Suchtprävention und Beratung	21%
3	Einrichtung von Druckräumen	17%
4	Hautproblem der Dealer muss gebietsübergreifend gelöst werden	14%

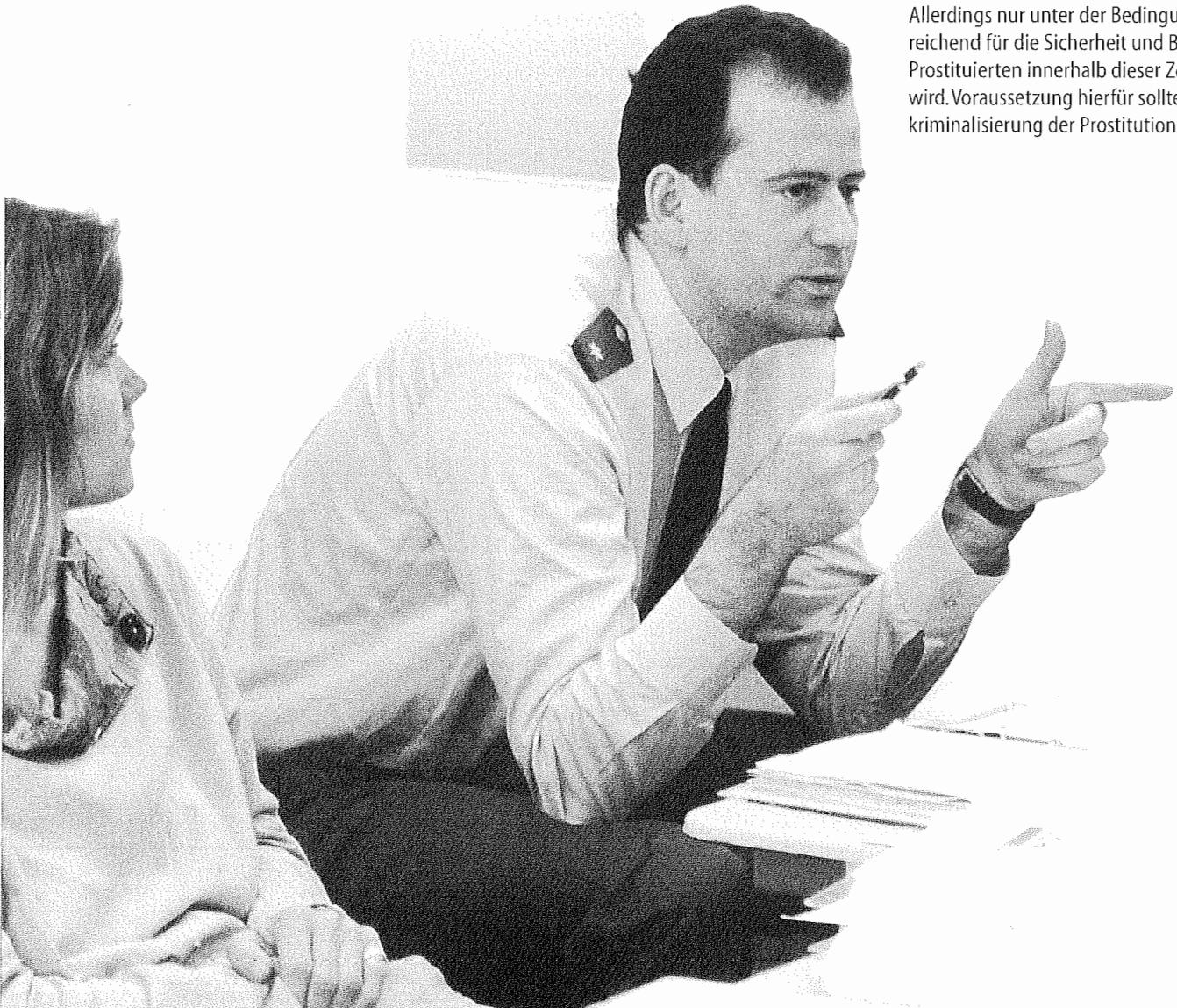
5.3.2. Prostitution

Die einleitenden Referate zur Problematik der Prostitution wurden von Frau Illigens von der Senatsverwaltung für Arbeit, Frauen und Soziales sowie von Frau Conrady bzw. Frau Petsch von Hydra e.V., Treffpunkt und Beratung für Prostituierte, gehalten.

An erster Stelle stand bei den Bürgergutachten die Forderung nach Legalisierung und Entkriminalisierung von Prostitution:

Angesichts der rechtlichen Einordnung von Prostitution als sittenwidrig wurde deren Legalisierung gefordert (44). Zu Pflichten, wie der Abgabe von Steuern, müssen Rechte, wie die Möglichkeit zur Sozial- und Krankenversicherung u.a., hinzukommen. Ein Beitrag zu würdigen Arbeitsbedingungen könnte die Genehmigung von Bordellen und anderen legalen Absteigemöglichkeiten im Bereich des Straßenstrichs sein (40). Es wurde auch gesellschaftliche Verantwortung in Form der Berufsanerkennung und der Gleichstellung von Prostituierten mit anderen Erwerbstätigen gefordert (17). Im Zusammenhang mit Beschreibungen von Gewalt gegen die Prostituierten wurde das Einschreiten der Polizei zum Schutz der Frauen gefordert (7). „Arbeiten in Sicherheit“ muss gewährleistet sein für die Frauen (1). Angemahnt wurde eine bessere Zusammenarbeit von Senatsverwaltung bzw. Bezirksamt und Organisationen der Prostituierten wie Hydra e.V. (26).

Vorgeschlagen wurde, über die Einrichtung von so genannten Toleranzzonen außerhalb des Quartiers nachzudenken, um die Prostitution vor Schulen und Kitas zu verhindern (86). Allerdings nur unter der Bedingung, dass ausreichend für die Sicherheit und Beratung der Prostituierten innerhalb dieser Zonen gesorgt wird. Voraussetzung hierfür sollte aber die Entkriminalisierung der Prostitution sein (24).



An dritter Stelle der Empfehlungen und Vorschläge steht die Forderung nach Beratungsangeboten für alle Beteiligten, also sowohl für die Bewohner des Kiezes als auch für die Prostituierten auf Grund des von den Bürgergutachtern festgestellten Bedarfes: Gewünscht wurde daher Beratung und Unterstützung durch Sozialarbeiter bzw. Organisationen wie Hydra e.V. für die Prostituierten wie für die Bewohner des Kiezes (12). Es soll einen Anlaufpunkt für Prostituierte und Bewohner geben, der gegebenenfalls auch bei Konflikten vermitteln kann. Fragen der Bewohner in diesem Zusammenhang sind z.B.: Was kann ich tun? Wie verhalte ich mich richtig? Welche sozialen Kompetenzen brauche ich? (33)



Vorgeschlagen wurde, dass Hydra e.V. evtl. ein zwangloses Treffen von Prostituierten und Bewohnern organisiert, das zum gegenseitigen Kennenlernen und besseren Verstehen beitragen könnte. Von Schulen bzw. Lehrern wurde mehr Aufklärungsarbeit zum Thema „Prostitution“ gefordert (8). Neben der Anerkennung von Prostitution wurde die vermehrte Hilfe zum Ausstieg gefordert. Hierfür muss die allgemeine Arbeitsmarktsituation für Frauen verbessert werden, indem Alternativen zur Prostitution geschaffen werden (46).

Die Minimierung von Belästigungen durch Prostitution wurde in der Gesamtbewertung der Vorschläge an vierter Stelle thematisiert:

Als große Belästigung wird die Verschmutzung des Wohnumfeldes, insbesondere durch gebrauchte Kondome, genannt. Die BSR soll durch häufigere Straßenreinigungen für die Beseitigung der Verschmutzung sorgen, wobei sich die Freier an den Kosten beteiligen sollen. Konkret vorgeschlagen wurde das Aufstellen von speziellen Mülleimern für gebrauchte Kondome, schwerpunktmäßig an der Genthiner Straße und der Kurfürstenstraße, die durch pfliffige Werbung finanziert und kenntlich gemacht werden könnten (69). Der im Gefolge der Prostitution entstehende „Freier-Suchver-

kehr“ muss gesteuert werden, wofür Verkehrsberuhigungszonen vorgeschlagen wurden (13). An persönlichen Belästigungen durch die Prostitution im Kiez wurde auch die „Nötigung zur passiven Beteiligung“ genannt, da man gezwungen werde, Intimitäten mit an zu schauen, die man nicht sehen wolle (4).

Zur Verbesserung der Nachbarschaft von Prostituierten und Kiezbewohnern wurden folgende Vorschläge erarbeitet:

Gefordert wurde, Prostitution in unmittelbarer Nähe zu Schulen und Kitas nicht zuzulassen. Hier sollen die Prostituierten auf ihr Umfeld Rücksicht nehmen (52). Die Bewohner des Kiezes sollen Toleranz üben (5), wobei darauf hingewiesen wurde, dass bei Entscheidungen zum Thema „Prostitution“ die Toleranz- und Akzeptanzschwellen aller im Kiez lebenden kulturellen und religiösen Gruppen respektiert werden müssen (11). Vorgeschlagen wurde, feste Arbeitszeiten für die Prostituierten zu vereinbaren (5). Es könnte auch Runde Tische geben, die in regelmäßigen Abständen abgehalten werden (2).

Rang Empfehlungen zu „Prostitution“

Prozent

1	Legalisierung und Entkriminalisierung der Prostitution	27%
2	Einrichtung von Toleranzzonen	20%
3	Beratungsangebote für alle Beteiligten	18%
4	Minimierung der Belästigungen durch Prostitution	16%
5	Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Prostituierten und Kiezbewohnern	14%

5.3.3. Verkehrsberuhigung und öffentlicher Raum

Als Schwerpunkt der Diskussionen in den Planungszellen kristallisierte sich das Themenfeld „Verkehrsberuhigung im Quartier“ heraus, was auf die zentrale Bedeutung von Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und -lenkung für die zukünftige Entwicklung im Gebiet hinweist (vgl. auch Arbeitseinheiten 1, 2, 6). In den Diskussionen wurde immer wieder auf die Belastung durch den Durchgangsverkehr an der Potsdamer Straße und in die Seitenstraßen des Quartiers hinein sowie auf die Belästigungen durch das Verkehrsaufkommen im Zusammenhang mit der Prostitution hingewiesen. Die einleitenden Referate zum Thema Möglichkeiten und Chancen der Verkehrsberuhigung im Kiez wurden von Herrn Schilcher, leitender Baudirektor im Bezirksamt Tiergarten und von Herrn Lamprecht, Bezirksstadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Bürgerservice, Gesundheit und Soziales im Bezirksamt Tiergarten gehalten.

Am wichtigsten waren den Bürgergutachtern Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, hierzu wurde eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet:

Als besonderer Problemfall gilt die Genthiner Straße, die als unnötig breit bezeichnet wird, und in der es tagsüber durch den Lieferverkehr, nachts durch den „Freier-Suchverkehr“ zu Störungen kommt (38).

Allgemein wurde das Rasen in den Quartiersstrassen (z.B. Kurfürstenstraße, Lützowstraße) als Problem genannt: Hier soll durch verstärkte Kontrollen, das Aufstellen von Blitzautomaten und entsprechende finanzielle Strafen auf die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen geachtet werden. Hilfreich könnte auch die Beschriftung des Straßenbelags mit den entsprechenden Hinweisen sein, da häufig nur am Anfang einer verkehrsberuhigten Straße auf die Beschränkung hingewiesen wird, im weiteren Verlauf dagegen nicht mehr (Tempo 30-Zone; Sackgasse). Insbesondere in der Nähe von Spielplätzen oder anderen sozialen Einrichtungen fehlen ausreichende Hinweisschilder („Vorsicht Kinder“, „Vorsicht Spielplatz“) bzw. Markierungen auf dem Straßenbelag (33).

Als weitere mögliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wurden genannt: Bepflanzung von Straßeninseln, Verlangsamung des Verkehrs durch Straßenschwellen (z.B. Genthiner Straße), die Erhöhung der Attraktivität des Erscheinungsbildes durch mehr Bäume, Sträucher, die teilweise oder zeitweise Umnutzung von Straßen als Rollschuh- und Skaterbahn oder als Eisbahn, das Ausweisen von Fahrradwegen (14). Gefordert wurde, alle Straßen, die von der Potsdamer Straße ins Quartier führen, also die Kurfürsten-, die Lützow-, die Pohl- und die Flottwellstraße mit Schwellen zu versehen (35). Als Alternative zum Bau von Schwellen wurde das vermehrte Aufstellen von „Blitzern“ vorgeschlagen (9).

Als störend wird häufig Kopfsteinpflaster als Straßenbelag empfunden, da es dadurch zu einer hohen Lärmbelastung kommt. Dies betrifft insbesondere die östliche Kurfürstenstraße. Es wurde daher gefordert, den Straßenbelag zu entlärmen, durch einen ruhigeren Belag zu ersetzen oder die östliche Kurfürstenstraße zu sperren (46).

Im gesamten Gebiet sollte es Geschwindigkeitsbeschränkungen von 30 km/h geben, wobei die Notwendigkeit einer Verkehrsberuhigung insbesondere für die Pohlstraße genannt wurde (15). Für den Bereich um den Spielplatz in der Pohlstraße wurde außerdem Schrittgeschwindigkeit vorgeschlagen (17). Gefordert wurde, dass über das Quartiersmanagement das seit nunmehr zehn Jahren vorliegende Verkehrsberuhigungskonzept für den Kiez veröffentlicht und mit den Bürgern in Gesprächen vor Ort diskutiert wird (8). Als weitere Maßnahme wurde gefordert, den Schleichverkehr aus der Hofjägerallee und Klingelhöferstrasse in Lützowstraße zu verhindern (10).

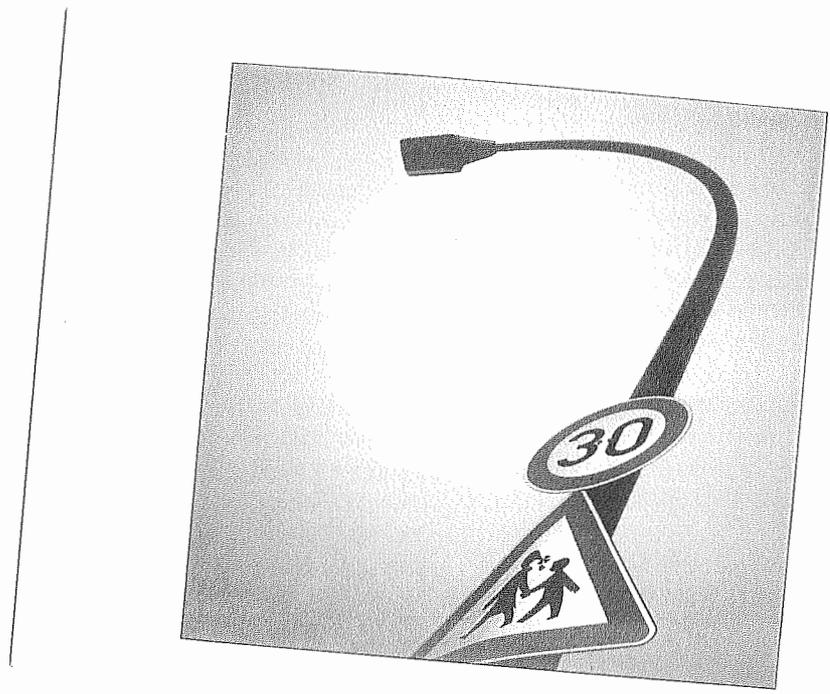
An zweiter Stelle wurden Verbesserungen der verkehrlichen Situation für Fußgänger, Radfahrer und die Verbesserung des Angebotes des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als Erfordernis genannt.

Rang	Empfehlungen zu „Verkehrsberuhigung und öffentlicher Raum“	Prozent
1	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung dringend erforderlich	42%
2	Verbesserung der verkehrlichen Situation für Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV	25%
3	Veränderung und Begrenzung des Durchgangsverkehrs auch durch überbezirkliche Regelungen	13%
4	Verbesserung der Parkplatzsituation	7%
5	Regulierung des Lieferverkehrs (gemeinsames Konzept)	5%

Als unzumutbare Gefährdung insbesondere der Schulkinder, die die Potsdamer Straße fast täglich überqueren müssen, wurden die kurzen Grünphasen an den Ampeln Ecke Potsdamer Straße / Pohlstraße und Ecke Potsdamer Straße / Lützowstraße (jeweils nur 9 Sekunden, wobei 20 Sekunden nötig wären) genannt. Die Forderung war, die Grünphasen zu verlängern (9). Die Anbindung für Fußgänger- und Radfahrer zum Potsdamer Platz sollte verbessert werden (6). In Zusammenhang damit wurde mehrmals die Installation einer Ampel vom Karlsbad zum Potsdamer Platz als dringend erforderlich bezeichnet. Der derzeitige Zustand wird als „lebensgefährlich“ empfunden (44) – ein Thema, das auch im Rahmen der Ortsbegehung sowie des Politikerhearings sehr eingehend diskutiert wurde. Am Lützowplatz müssen Lösungen für Radfahrer und Fußgänger gefunden werden, um das Überqueren zu vereinfachen. Vorgeschlagen wurde z.B. ein Tunnel (8). Allgemein wurde der Ausbau von zusätzlichen Fahrradwegen bzw. die verbesserte Markierung und Instandhaltung (z.B. Reinigung auch im Winter) der vorhandenen Fahrradwege gefordert (64). Verbesserungen im Bereich des ÖPNV könnten aus Sicht der Bürgergutachter durch kürzere Taktzeiten für die Busse (7) oder auch durch Busverkehr in entgegengesetzter Fahrtrichtung auf den Busspuren in der Potsdamer Straße erreicht werden (4). Letzteres würde gewährleisten, dass die Busspuren tatsächlich nur von Bussen genutzt werden.

An dritter Stelle in der Bewertung aller Vorschläge zur Verkehrsberuhigung steht die Forderung nach einer Veränderung des Durchgangsverkehrs, insbesondere an der Potsdamer Straße.

Gefordert wurde eine Umleitung des Durchgangsverkehrs, wobei konkrete Vorschläge dazu wie eine Umleitung über das Güterbahnhofsgelände, eine Autobahn oder einen Tunnel bis zum Schöneberger Kreuz von den Bürgergutachtern in ihrer Umsetzungsmöglichkeit selbst kritisch gesehen wurden (16). Durch eine Umleitung des Durchgangsverkehrs könnte auch die räumliche Trennung des Kiezes durch das hohe Verkehrsaufkommen auf der Potsdamer Straße vermindert werden. Möglich erscheinen eine Umleitung des Verkehrs auf die Bülowstraße und auf die Straße An der Urania als „Süd-West-Tangente“ (14). Staus auf der Potsdamer Straße, insbesondere an der Kreuzung Potsdamer Straße / Kurfürstenstraße, sollen beseitigt werden (1).



Gegen die Einrichtung einer Straßenbahn in der Potsdamer Straße bzw. zum Magdeburger Platz wurde die Befürchtung vorgebracht, dass kaum jemand bis zum Magdeburger Platz fahren wolle, der Magdeburger Platz demnach nur als Wendeschleife missbraucht werden soll (37). Eine Straßenbahntrasse könnte evtl. unter der Bedingung gebaut werden, dass die Potsdamer Straße vom Durchgangsverkehr durch eine andere Tangente entlastet (1) und der Anwohnerverkehr nicht beeinträchtigt wird.

Ein weiteres Erfordernis wird in der Verbesserung der Parkplatzsituation im Kiez gesehen. Es fehlen Parkplätze für Anwohner, weshalb die Erstellung eines durchdachten Parkraumbewirtschaftungskonzepts gefordert wird, bei dem z.B. Anwohnerkarten ausgegeben werden könnten. Parkraumbewirtschaftung sollte in der Potsdamer Straße, Genthiner Straße, Pohl- und Lützowstraße sowie der Kurfürstenstraße eingerichtet werden (28). Das steht allerdings in Widerspruch zu einer anderen Forderung - nach der Beseitigung der bereits aufgestellten Parkuhren an der Potsdamer Straße (3).

Für die Mitarbeiter des Arbeitsgerichtes direkt am Magdeburger Platz sollten Stellplätze ausgewiesen werden (7).

Zum Diskussionsschwerpunkt „Lieferverkehr“ wurde einerseits darauf hingewiesen, dass Lieferverkehr notwendig sei, insbesondere für die im Quartier ansässigen Möbelhäuser, dass aber die Belästigungen minimiert werden müssen. Hierfür soll ein Gesamtkonzept mit den Gewerbetreibenden erstellt werden, in dem z.B. zeitliche Begrenzungen für die Anlieferung festgelegt werden (28). Ausnahmen kann es z.B. für den Lieferverkehr zum und vom „Tagesspiegel“ geben, wogegen „Möbel Hübner“ nur tagsüber beliefert werden soll. Es wurde angeregt, die Einfahrt von „Möbel Hübner“ für den Lieferverkehr zu erweitern, da durch das Rangieren in der zu engen Einfahrt zusätzliche Lärmbelästigungen entstehen.

Unabhängig von konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Quartier wurde die Veröffentlichung der von Herrn Schilcher präsentierten Verkehrsstudie von 1992/93 gefordert. Sie soll den Bewohnern des Kiezes zur Verfügung gestellt und mit diesen diskutiert werden (15).

5.4.1. Schule im Stadtteil, Stadtteil in der Schule

5.4 Schule, Kinder und Jugendliche

Rang	Empfehlungen zu „Schule im Stadtteil, Stadtteil in der Schule“	Prozent
1	Vielfältige Maßnahmen zur Öffnung der Schule in den Stadtteil	26%
2	Computerkurse in den Schulen anbieten, Einrichtung von Computerunterricht	23%
3	Sprachfähigkeit der Schüler gewährleisten und verbessern	16%
4	Wahrnehmen des Bildungsauftrages durch die Schulen - Sicherstellung des Unterrichts	10%
5	Einrichtung einer verlässlichen Grundschule im Kiez	7%
6	Stärkung der Identifikation: Eltern – Schüler – Schule	6%

Die einleitenden Referate wurden von Herrn Born, dem Schulleiter der Fritzlar-Homberg-Grundschule und Herrn Klein, Schulleiter der 7. Oberschule in Kreuzberg, zum Thema Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität der Schule für Familien im Kiez gehalten.

Den Schulen im Kiez, der Fritzlar-Homberg-Grundschule und der Grips-Grundschule, kommt eine wesentliche Integrationsfunktion zu, nicht nur für Kinder deutscher und nicht-deutscher Eltern, sondern auch als Institution, in der sich die Entwicklungen im Kiez widerspiegeln. Daher wurde die vordringliche Forderung der Bürgergurtachter an die Schule, sich nach außen in den Kiez zu öffnen, durch eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen unterstrichen (143).

Gefordert wurde eine bessere Nutzung vorhandener Einrichtungen, von Räumen und Freiflächen für die Schaffung zusätzlicher Angebote für die Kinder und Jugendlichen im Kiez. Es sollte die Möglichkeit einer ganz-tägigen Betreuung mit entsprechendem Spiel- und Freizeitangebot eingerichtet werden, wozu z.B. Bastel- oder Kochkurse gehören könnten. Die Mensa der Fritzlar-Homberg-Grundschule soll dazu möglichst im Ganztagsbetrieb für einen Mittagstisch, aber auch weiterführende Angebote wie z.B. ein Kultur-Café genutzt werden (30). Neben der Verpflegung von Schulkindern sollte sie auch allen anderen Kindern sowie Nicht-Schulmitgliedern als Kiezküche offen stehen. Durch die Nutzung der Mensa als Kantine oder Veranstaltungsort könnten auch zusätzliche Einnahmen erzielt werden, die zur Finanzierung von subventioniertem Schulessen oder die Ausgabe von vergünstigten Mahlzeiten an Bewohner mit geringem Einkommen verwendet werden könnten. Als möglicher Betreiber einer Kiezküche wurde der Regionale Ausbildungsverbund Bildungsmarkt Waldenser gGmbH genannt, da dieser bereits über Erfahrung bei der Ausbildung von Lehrlingen im Bereich der Gastronomie verfügt (17).

Auch Selbstbewirtschaftung wurde vorgeschlagen (18). Unabhängig davon wurde die Frage gestellt, warum es keine Ganztagschule im Kiez gibt (11), da die Fritzlar-Homberg-Grundschule ursprünglich für einen Ganztagsbetrieb ausgestattet worden ist.

Die Verbesserung des Sportangebotes für Kinder und Jugendliche im Kiez, aber auch für Erwachsene wurde ebenfalls angeregt. Die Schulen sollen ihre Turnhallen für Sportvereine oder Gruppen von Privatpersonen zugänglich machen (3), um zum Beispiel Tanzkurse abhalten zu können (5). Gewünscht wurde auch ein zusätzlicher kleiner Sportplatz auf dem Gelände der Fritzlar-Homberg-Grundschule mit Körben und Netzen (7). Als Finanzierungsmöglichkeit wurde Sponsoring durch Firmen angeregt.

Die Volkshochschule sowie andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung sollten ihr Programm stärker kiezbezogen gestalten und dabei mit den Schulen zusammenarbeiten (11).

Allgemein wurde ein zeitgemäßeres Angebot unter dem Motto „Schule geht in den Stadtteil“ gewünscht (7). Hierfür wurde eine bessere Öffentlichkeitsarbeit der Schule in den Kiez angeregt: Zum einen, um mehr Informationen über die Aktivitäten der Schule bzw. einzelner Schulklassen zu bekommen (z.B. Musische Tage an der Fritzlar-Homberg-Grundschule), zum anderen, um eine Art Tauschbörse zwischen Anwohnern und der Schule einzurichten. Diese Börse könnte über Unterstützungsbedarfe wie über Angebote der Schule an die Bewohner (z.B. Sprachkurse) informieren (30).

An zweiter Stelle in der Rangliste der Empfehlungen steht die Forderung nach Computerunterricht an den Schulen. Hier wurde auf das Programm „CidS Computer in die Schulen“ verwiesen, das auch von den Grundschulen im Kiez in Anspruch genommen werden sollte (75). Für die Beschaffung der EDV-Ausstattung wurde Sponsoring durch Firmen, Behörden

oder Privatpersonen angeregt. In diesem Sinne wurde auch die Initiierung von Gewerkepartnerschaften (insbesondere mit kleineren Firmen) vorgeschlagen (50). Neben der Ausstattung mit Geräten muss aber für die Betreuung der Schüler und die Wartung der Ausrüstung gesorgt werden. Die Bürgergutachter könnten sich hierfür eine Zusammenarbeit mit qualifizierten Arbeitslosen vorstellen, die dadurch gleichzeitig fachlich „auf dem Laufenden“ bleiben und so ihre eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern könnten.

Die unbedingt erforderliche Verbesserung bzw. Gewährleistung der Sprachfähigkeit wurde bereits innerhalb der Diskussionen zum Themenkomplex „Integration“ angemahnt. Diese Forderung wurde hier durch die Bürgergutachter erneuert. Dabei soll an erster Stelle die Förderung der deutschen Sprache, an zweiter die jeweilige Herkunftssprache stehen. Gefordert wurde das bessere Eingehen der Lehrer auf nicht-deutschsprachige Schüler und deren Eltern. Diese Forderung erstreckt sich auch auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Leitungs- und Lehrerkollegiums der Fritzlar-Homburg-Grundschule, von denen seitens der Teilnehmer mehr soziale Kompetenz gewünscht wird. Angeregt wurde auch, den Deutschunterricht durch nicht-deutschsprachige Lehrer durchführen zu lassen bzw. Deutsch als Fremdsprache anzubieten, was eine darauf ausgerichtete spezielle Ausbildung der Lehrer erfordert. Häufig beherrschen Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, weder ausreichend die deutsche noch ihre Muttersprache, was eine Alphabetisierung sehr schwierig macht und zu Akzeptanzproblemen sowohl in Deutschland wie im Herkunftsland der Eltern führt. Durch die Schule sollten Arbeitsgruppen „Muttersprache“ eingerichtet werden, wobei die Schule unbedingt an die Eltern herantreten muss, um diese ebenfalls zur Teilnahme am Sprachunterricht zu ermutigen. Allgemein wurde eine bessere Durchmischung der Klassen mit deutschsprachigen und nicht-deutschsprachigen Kindern gefordert, um die Integration und den Spracherwerb zu fördern (88).

Eine weitere grundlegende Forderung ist, dass der Bildungsauftrag durch die Schulen wahrgenommen wird, indem der Unterricht sichergestellt wird (14). Für die Eltern ist es wichtig, über die Möglichkeiten, die das Schulsystem ihren Kindern bietet, Bescheid zu wissen. Dazu gehört auch die Kenntnis der Kontrollinstitutionen, an die die Eltern sich gegebenenfalls wenden können. Eine kooperative Zusammen-

arbeit mit dem Landesschulamt wird als sehr wichtig angesehen. Es darf zu keinen Finanz- und Personalkürzungen in den Schulen kommen; Finanzmittel sind vorrangig für Schulen einzusetzen. Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang auch, Räume zu vermieten, um so Aufsichtspersonal finanzieren zu können (26). Im Rahmen des allgemeinen Bildungsauftrages wurde gefordert, umfassend die Talente der Kinder zu entdecken und zu fördern (nicht nur musische Begabungen). Musikbetonung bzw. Musikunterricht soll es aber nach wie vor für alle Kinder geben. Erwachsenen könnte (evtl. gegen Bezahlung) ebenfalls Musikunterricht angeboten werden (14). Angeregt wurde eine grundsätzlich enge Zusammenarbeit der beiden Grundschulen im Kiez.

Gefordert wurde weiter eine „Verlässliche Grundschule“ mit verbindlichen Unterrichts- bzw. Kinderbetreuungszeiten. Außerdem soll die Fritzlar-Homburg-Grundschule morgens zwischen 7.45 Uhr und 8.00 Uhr das Tor an der Pohlstraße öffnen, um einem großen Teil der Kinder den weiten Umweg zum Tor an der Lützowstraße zu ersparen (38). Analog wird eine Öffnung des Tores nach Schulschluss bzw. nach Ende der Betreuungszeiten gefordert.

Zur Stärkung der Identifikation von Eltern und Schülern mit ihrer Schule wurde eine verstärkte Elternbeteiligung, z.B. über Ehrenämter, sowie die Beteiligung von Schülern bei der Pflege der Gebäude und Anlagen vorgeschlagen (31).

Angeregt wurde zudem, die Möglichkeiten der Jugendfreizeitstätte „Pumpe“ stärker für den Kiez zu nutzen. Die „Pumpe“ verfügt über eine gute Ausstattung mit Räumen und technischer Ausrüstung (Fotolabor, Werkstatt, Atelier usw.). Hier könnten Kurse angeboten werden, die Jugendliche wirklich interessieren. Um die „Pumpe“ mit Leben zu füllen, wäre eine gezielte Werbung im Kiez erforderlich (18).

Als nutzbare Potenziale beider Grundschulen im Kiez wurde deren Architektur und die Gestaltung der Schulhöfe genannt (15).



5.4.2. Integration, gemeinsames Lernen



Die einleitenden Referate wurden von Frau Grassau von der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport und von Frau von Loh vom Landesschulamt Tiergarten sowie von Herrn Schürmann von der John - F.- Kennedy-Schule in Zehlendorf gehalten.

Der Schule kommt nach Ansicht der Bürgergutachter eine wesentliche Rolle bei der Integration von Angehörigen unterschiedlicher Kulturen zu: Schule soll und kann Integration fördern!

Schule kann insbesondere über das gemeinsame Lernen zum gegenseitigen Verständnis und zur Toleranz nicht nur zwischen Kindern, sondern auch bei Erwachsenen beitragen. Entsprechend wurde die allgemeine Förderung von Akzeptanz und Toleranz gefordert, allerdings ohne dabei die eigene Kultur aufzugeben oder kulturelle Unterschiede zu verwischen (17). Es kommt vielmehr darauf an, Interesse an anderen Kulturen zu wecken (15). Dass die Kinder im Kiez aus verschiedenen Kulturen kommen, wird als Potenzial gesehen, nicht als etwas, das es zu verdrängen gilt (4). Das Kennen lernen der kulturellen Hintergründe muss Teil des Unterrichts an den Schulen sein (4). Das Berliner Modell der Europaschulen bietet hierfür besonders gute Möglichkeiten (8). An der Gestaltung eines kulturellen Austausches sollten verstärkt auch die Eltern beteiligt werden. Hierzu sollte die Schule auf die Eltern zugehen und anregen, dass diese ihre eigenen Kulturen auf vielfältigste Weise an die Kinder und auch an andere Erwachsene vermitteln (19). Angeregt wurden daher mehr interkulturelle Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Schulen (18). Als weiterer sehr wichtiger Ansatzpunkt für das Gelingen der Integration wurde die Durchmischung von Klassen mit deutschen und nicht-deutschen Kindern genannt (14). Um eine Alphabeti-

sierung ausländischer Kinder in ihrer Muttersprache zu ermöglichen, könnten vorübergehend auch getrennte Klassen eingerichtet werden (30).

Im Zusammenhang mit dem hohen Anteil ausländischer Kinder in der Schule regte ein einziger Teilnehmer an, über eine Zuzugsbeschränkung für ausländische Mitbürger in den Kiez nachzudenken, um eine Konzentration von nicht-deutschsprachigen Familien und deren Kindern in Schulen zu verhindern. Gleichzeitig wurde daran erinnert, dass es zu keiner Ghettoisierung von Gruppen im Kiez kommen darf (1).

In engem Zusammenhang mit der Integration durch und in der Schule steht die Forderung, den Spracherwerb durch umfassende neue Konzepte innerhalb und außerhalb der Schule zu fördern. Die gemeinsame Sprache „Deutsch“ ist für die Integration von sehr großer Bedeutung (14). Oftmals weisen aber auch nicht-deutschsprachige Erwachsene nur geringes Interesse am Erlernen der deutschen Sprache auf (7). Daher muss Deutschunterricht auch für nicht-deutschsprachige Eltern Pflicht sein, wobei auch Unterricht in der Herkunftssprache wichtig ist, um den Kindern eine sichere sprachliche Grundlage geben zu können (12). Um die Sprachförderung zu gewährleisten, sollte innerhalb der Klassen eine bessere Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Sprachniveaus erfolgen. Es darf nicht die Regel sein, dass Kinder „mitgezogen“ werden, die dem Unterricht auf Grund mangelhafter Sprachkenntnisse kaum folgen können (5). Sprachförderung muss daher unbedingt erfolgen (10). Neben deutschem Sprachunterricht wird zusätzlicher Fremdsprachenunterricht so früh wie möglich gewünscht. Das kann Englisch, aber auch eine andere Sprache sein (20). Nicht nur Eltern und Kinder müssen die Bereitschaft zum Lernen aufbringen, auch Lehrer brauchen Interesse an Weiterbildungsmaßnahmen für einen besseren Umgang mit der Thematik. Bemängelt wurde auch, dass Lehrer auf Grund fehlender Sprachkenntnisse nicht in der Lage sind, nicht-deutschsprachige Eltern in ihrer Muttersprache zu begrüßen. Gerade in der Schule sollte ein Mindestmaß an gegenseitigem Bemühen für eine Atmosphäre der Höflichkeit im Umgang miteinander sorgen. Angemerkt wurde dazu, dass insbesondere an den Universitäten neue pädagogische Konzepte für die Ausbildung von Lehrern erarbeitet werden müssen, die die Situation an Schulen mit einem großen Anteil nicht-deutschsprachiger Kinder berücksichtigen (7).

Rang	Empfehlungen zu „Integration, gemeinsames Lernen“	Prozent
1	Schule als Ort der Integration umfassend stärken	34%
2	Verbesserung des Spracherwerbs durch neue Konzepte innerhalb und außerhalb der Schule	26%
3	Gesamtgesellschaftliches Problembewusstsein zur Integrationsleistung der Schulen ist erforderlich	16%
4	Erhöhung der Attraktivität der Schule durch neue Schulkonzepte	11%
5	Einrichtung einer Ganztagsbetreuung und Vorschule im Kiez	10%

Es wurde festgestellt, dass zu Fragen der Integration in Schulen gesamtgesellschaftlich nur ein mangelhaftes Problembewusstsein vorhanden ist (20). Sowohl bei Politikern als auch bei Mitarbeitern der Senatsverwaltungen gibt es zu wenig realistische Einschätzungen der Tragweite dieser Problematik für einen Ballungsraum wie Berlin (23). Darüber hinaus existieren nach wie vor ideologische Barrieren und Vorurteile, z.T. auch bei deutschsprachigen Eltern, gegen Integrationsmaßnahmen in Schulen. Leider mangelt es häufig an Engagement bei allen Beteiligten, was schließlich zu einem schlechten Image der Schulen führt (20). Um die finanzielle Grundlage für die Verbesserung der Situation in allen Schulen zu schaffen, wird ein überbezirklicher Finanzausgleich zu Gunsten der ärmeren Bezirke gefordert (22).

Vorschläge zur Attraktivierung der Schule durch neue Schulkonzepte standen an vierter Stelle der ermittelten Rangfolge der Empfehlungen: Schule muss attraktiver werden, und zwar sowohl für Kinder aus dem Kiez als auch aus anderen Bezirken Berlins. Hierfür sollen neue Schulkonzepte erarbeitet werden (4), die besondere Unterrichtsangebote bereitstellen: Musikbetonung wie an der Fritzlar-Homburg-Grundschule (10), Sport (6), Tanzen (4), Theater (4). Allgemein soll es, wie schon in der Arbeitseinheit 13 gefordert, kulturelle Angebote in der Schule und von der Schule ausstrahlend in den Kiez geben, wobei der interkulturelle Anspruch der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf als Vorbild für die Entwicklung eigener Ansätze gelten kann (14). Vorgeschlagen wurde, eine Befragung im Kiez bei deutschen und ausländischen Eltern zu starten, um deren Einschätzung der Schulsituation sowie mögliche Wünsche und Anregungen zu erfahren. Unterstützung für die Erstellung eines neuen Konzeptes kann eine Informationsveranstaltung der Schulen bieten (14).

Wichtig für eine umfassende Betreuung der Kinder in der Schule wäre eine Ganztagsbetreuung bzw. die Einrichtung einer Vorschulklasse, wobei den Kindern auch die Möglichkeit zum Mittagessen geboten werden muss. Das Vorschuljahr könnte – ähnlich wie an der John-F.-Kennedy-Schule – durch eine gemeinsame Eltern- und Lehrerinitiative realisiert werden (54).

Angedacht wurde auch eine völlige Umstrukturierung der Schullandschaft im Kiez durch eine Zusammenlegung der beiden Grundschulen (17). Den Kindern wird schon sehr früh eine Trennung von „Wohn- und Arbeitsbereich“ zugemutet, da es keine weiterführenden Schulen im Kiez gibt, weshalb die Einrichtung eines Gymnasiums ausschließlich für Tiergarten-Süd gefordert wurde (6).



5.4.3. Schule und was dann?

Die einleitenden Referate wurden von Frau Megdad vom Verein Arbeit und Bildung und von Herrn Rennhack von der IHK zum Thema Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten in gewerblichen Unternehmen gehalten.

Als besonders vordringlich haben die Bürgergutachter hierzu Maßnahmen im Bereich von „Beratung – Training – Praktika“ als umzusetzenden Schwerpunkt in der Schulausbildung angesehen. Die Vermittlung von mehr und zielgerichteteren Informationen in den Schulen wurde als wichtigster Ansatzpunkt für eine Verbesserung der Ausgangschancen für Jugendliche zum Start ins Berufsleben genannt. Diese Informationen sollten „früh genug“, am besten bereits ab der 8. Klasse, und in regelmäßigen Abständen vermittelt werden. Als Hilfestellung für die einzelnen Schüler wurde eine Intensivierung der Beratung durch die Industrie- und Handelskammer, das Vorstellen von Berufsbildern in Seminaren sowie Veranstaltungen zur Berufsorientierung auf Initiative der Schulen vorgeschlagen (62). Insbesondere neue Berufe aus den Bereichen der Medien- und Computerarbeit sollten den Jugendlichen nahe gebracht werden (18). Es könnten Initiativen angeregt werden, die die Beratung von Jugendlichen durch Eltern, Vertreter von Verbänden, Unternehmen oder Gewerkschaften organisieren (16). Vorgeschlagen wurden auch regelmäßige Projektwochen – ab dem 5. Schuljahr –, in denen die Jugendlichen mit geeigneten Methoden ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten erproben können (14). Dabei kann die Beratung durch Betriebe und auch die Begehung von Betrieben einen anschaulichen Beitrag liefern (16). Wichtig ist auch die individuelle Beratung, z. B. in Form von Bewerbungstraining, als konkrete Hilfestellung im Bemühen um eine Ausbildungsstelle (9). Hierzu gehört auch die Information über Berufsperspektiven (12) und gegebenenfalls das Durchführen von Qualifikationstests zur Entdeckung von Stärken und Schwächen.

Als zusätzliche Unterstützung kann die Erfahrung von älteren Berufserfahrenen oder Rentnern zum Einsatz kommen (14). Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass es bereits ein Fülle an Informationen und Ansprechpartnern gibt, um die sich die Jugendlichen selbstständig und aktiv bemühen müssen (7).

Über das Quartiersmanagement sollten zum einen Informationen über freie Ausbildungsplätze in den Unternehmen und Betrieben im Kiez, zum anderen die Beratung von Betrieben oder Jugendlichen über mögliche Formen der Unterstützung, die das Ausbilden finanziell oder anderweitig fördern, sichergestellt werden (28). In diesem Zusammenhang ist möglichst konkret zu klären, was von Betrieben im Kiez angeboten und was an Lehrstellen von den Jugendlichen nachgefragt wird (5). Die Kontakte, die die Mitarbeiter des Quartiersmanagements durch ihre bisherige Arbeit im Kiez haben, sollen genutzt und ausgebaut werden, um das Thema „Ausbildungsplätze“ bei den Gewerbetreibenden anzusprechen (10).

Wesentlich für die Eignungsüberprüfung und das Kennenlernen eines Berufes ist die Förderung von Praktika in Betrieben und eine „Schnupperlehre“ speziell im Handwerk (17). Es soll die Möglichkeit für ein zweites Praktikum angeboten werden (24). Schnupperkurse sollen auch in den Ferien möglich sein (10). Schulen oder Vereine können die Begeisterung für Tätigkeiten, die von den Jugendlichen als Hobby ausgeübt werden, durch zusätzlichen Unterricht in geeigneten Fächern fördern und damit einen weiteren Anstoß zum Finden des „richtigen“ Berufes geben (10). In einem gewissen Widerspruch zur Bedeutung, die der schulischen Bildung zugesprochen wird, stand die Forderung, dass praktische Fähigkeiten beim Erlernen eines handwerklichen Berufes über formale Qualifikationen gestellt werden sollen (6).



Rang	Empfehlungen zu „Schule und was dann?“	Prozent
1	Beratung – Training – Praktika müssen bereits Schwerpunkt der Schulausbildung sein	51%
2	Grundlagen für „Empowerment von Schulen“ sichern	15%
3	Arbeiterlaubnis für alle ausländischen Jugendlichen gewährleisten	11%
4	Grundsätzliche Verbesserung der Ausbildungsangebote	9%
5	Rolle der allgemeinen Erziehung stärken	5%

An die Schulen werden durch die aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen vielfältigste Anforderungen herangetragen. Unter dem Titel „Empowerment von Schulen“ wird von der allgemeinen Bildungspolitik die Schaffung von Grundlagen gefordert, die es den Schulen ermöglichen, auf diese Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Angeführt wurden die Forderungen nach mehr Praxisbezug der Bildung, nach der Vermittlung von sozialer Kompetenz als übergreifende Fähigkeit, nach der dauerhaften Umstellung der Lehrpläne, um neue Inhalte, wie sie die aktuellen technischen Entwicklungen im Medien- und Computerbereich mit sich bringen, im Unterricht behandeln zu können (28). Die Voraussetzungen für eine gute Schulbildung, Lehre und Weiterbildung müssen grundsätzlich gesichert werden (16). Das Bildungsniveau muss angehoben und dazu muss in Bildung investiert werden (15). Hierzu gehört auch die Weiterbildung von Lehrern (5). Auch an dieser Stelle wird auf die Bedeutung eines guten Schulabschlusses, insbesondere der mündlichen und schriftlichen Sprachkenntnisse verwiesen (16).

Vor dem Hintergrund, dass jugendliche Asylbewerber kein Recht auf einen Ausbildungsplatz haben, selbst dann nicht, wenn sie einen Schulabschluss an einer deutschen Schule vorzuweisen haben, wurde die Arbeiterlaubnis für ausländische Jugendliche gefordert. Den Jugendlichen muss eine berufliche Perspektive offen stehen, da sonst die Gefahr der Kriminalisierung droht (59).

Zum Maßnahmeschwerpunkt „Verbesserung der Ausbildung“ wurden konkrete Forderungen nach der vermehrten Schaffung von Ausbildungsplätzen, nach einer bedarfsgerechten Ausbildung, die den Jugendlichen im Anschluss die Weiterbeschäftigung erleichtert, sowie nach einer Straffung der Ausbildungszeiten unterbreitet. Die Arbeitsmarktpolitik muss beschäftigungswirksam gestaltet werden (20).

Gleichzeitig sollten die Gründe für die hohen Abbruchquoten untersucht und die Ergebnisse der Untersuchungen in angemessenen Projekten auch umgesetzt werden. Dazu werden verstärkte Kontakte zwischen den Schulen und den Ausbildungsbetrieben vorgeschlagen. Die Erfahrungen der Gewerbetreibenden mit Jugendlichen in der Ausbildung sollen an die Schulen zurückfließen, damit sie für eine bessere Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen nach dem Schulabschluss genutzt werden können (19). So können gegenseitige Erwartungshaltungen geklärt und aufeinander abgestimmt werden (3). Wichtig ist natürlich auch die Übernahme der Jugendlichen nach einer erfolgreichen Ausbildung in ein festes Arbeitsverhältnis (3). Kritisiert wird, dass häufig Ausbildungsplätze von Abiturienten blockiert werden (6). An die Jugendlichen selbst wird auch die Forderung gestellt, mehr Eigeninitiative und gegebenenfalls auch die Bereitschaft zu örtlicher Flexibilität zu zeigen.

Von einer Gruppe der Teilnehmer wurde der allgemeinen Erziehung generell eine große Bedeutung zugemessen (16), wobei in diesem Zusammenhang auch ein gutes soziales Umfeld als sehr wichtig angesehen wird (10). Grundsätzlich wird nach Ansicht dieser Bürgergutachter bei jungen Menschen die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für die Gesellschaft erwartet. Es sollte keine staatliche Unterstützung, z.B. für Sprachunterricht, geben, wenn die Jugendlichen ihrerseits nicht bereit sind, sich für die gesellschaftlichen Belange zu engagieren, z.B. im Rahmen von sozialer Arbeit (17).

Die Bürgergutachter haben darauf hingewiesen, dass sie sich über die Entwicklung der hier aufgeführten konkreten Ideen hinaus, fachlich und zeitlich nicht in der Lage fühlten, die Fragestellungen zu diesem Thema angemessen zu beantworten (9).

5.5. Politikerhearing

Das Politikerhearing jeweils am dritten Tag der Planungszellen bot neben bereits stattgefundenen Diskussionen im Rahmen der themenbezogenen Arbeitseinheiten, in denen Vertreter des Bezirksamtes als Referenten vertreten waren, eine zusätzliche Möglichkeit des direkten Gespräches der Bürgergutachter auch mit politischen Vertretern des Bezirkes. Hier konnten Anliegen und Anregungen sowie Kritik vorgetragen und diskutiert werden, die sich im Laufe der gemeinsamen Arbeit als Schwerpunkte herauskristallisiert hatten. Neben dem Einholen weiterer Informationen zu konkreten Anliegen (z.B. Ampelanlage „Am Karlsbad“) bestand das wesentliche Anliegen der Bürgergutachter darin, ihre Vorschläge im Sinne von „Arbeitsaufträgen“ an die politischen Entscheidungsträger weiterzuleiten und deren Umsetzung zu fordern. Die Politiker wiederum nutzten das Gespräch mit den Bürgergutachtern u.a. dazu, diese zu kontinuierlichem Engagement und einer konstruktiven Zusammenarbeit, z.B. im Rahmen des Quartiersmanagements, einzuladen. Im Anschluss an die Diskussionen sammelten die Bürgergutachter ihre Eindrücke:

Kritisiert wurde von den Bürgergutachtern der ersten und zweiten Planungszelle, dass der Einladung kaum Politiker gefolgt waren. Hier hatten die Veranstalter der Planungszellen nicht ausreichend auf die Koordination sich überschneidender Termine geachtet, so dass die eingeladenen Vertreter politischer Parteien aus der BVV zum Teil durch die gleichzeitig anberaumte BVV-Sitzung bzw. andere Verpflichtungen den Termin des Politikerhearings nicht wahrnehmen konnten. Vertreten waren

daher im Politikerhearing in der ersten und zweiten Planungszelle nur jeweils ein politischer Vertreter des Bezirkes und eine Quartiersmanagerin. In der dritten Planungszelle standen den Bürgergutachtern zwei BVV-Mitglieder sowie der Bürgermeister des Bezirkes, die Frauenbeauftragte des Bezirkes sowie ein Quartiersmanager zur Diskussion zur Verfügung. Die Bürgergutachter der dritten Planungszelle bewerteten daher die Teilnahme der politischen Vertreter als positiv.

Ein Thema, das stark im Vordergrund der Diskussion stand, war die Frage nach der Ergebniskontrolle der Arbeit der Bürgergutachter: „Sind wir ein Alibi, um wieder einige Jahre nichts tun zu müssen?“ Schließlich haben die Bürgergutachter insgesamt „832 Stunden“ in den Planungszellen gearbeitet. Von Seiten der politischen Vertreter wurde darauf verwiesen, dass die Ergebnisse des Bürgergutachtens die Grundlage für die weitere Arbeit des Quartiersmanagements bilden sollen. Da das Quartiersmanagement mit dem Bezirksamt im Rahmen einer Lenkungsgruppe, die direkt beim Bürgermeister angesiedelt ist, eng zusammenarbeitet, wurde von den Bürgergutachtern bemängelt, dass die Quartiersmanager, über ihre Mitarbeit als Referenten in den Arbeitseinheiten und Ansprechpartner z.B. während des Politikerhearings hinaus, vom Veranstalter nicht als ständige Teilnehmer bzw. Beobachter des gesamten Planungszellen-Verfahrens vorgesehen waren.

Kritisch bewertet wurde, dass die Vertreter des Bezirkes in der Diskussion häufig auf fehlende bezirkliche Zuständigkeiten verwiesen, was als Ausrede und Delegationsbedürfnis empfunden wurde. Außerdem sahen sich die Bürgergutachter mit den „immer gleichen Sätzen“ konfrontiert: „Kein Einfluss, kein Geld!“ und „Es muss erst mal überprüft werden“. Teilweise entstand der Eindruck, „man muss eigentlich alles selber machen“. Darin wurde ein Rückzug auf die „ritualisierte Politik“ gesehen. Positiv vermerkt wurde dagegen, dass die Vertreter des Bezirkes glaubhaft bemüht scheinen, etwas für den Kiez tun zu wollen. Sie wollen eine Brücke schlagen zwischen der Politik und den Bürgern. Das löste das Gefühl aus, dass man ernst genommen wird. Es entstand auch das Gefühl, dass man als Bürger etwas bewegen kann, dass „Aufmüpfigkeit“ zu Ergebnissen für die Verbesserung der Situation im Kiez beitragen kann.



5.6. Bewertung des Verfahrens durch die Bürgergutachter

Die Bürgergutachter füllten am Ende des vierten Tages einen Fragebogen aus, mit dessen Fragen sie aufgefordert wurden, die Planungszellen zu bewerten.

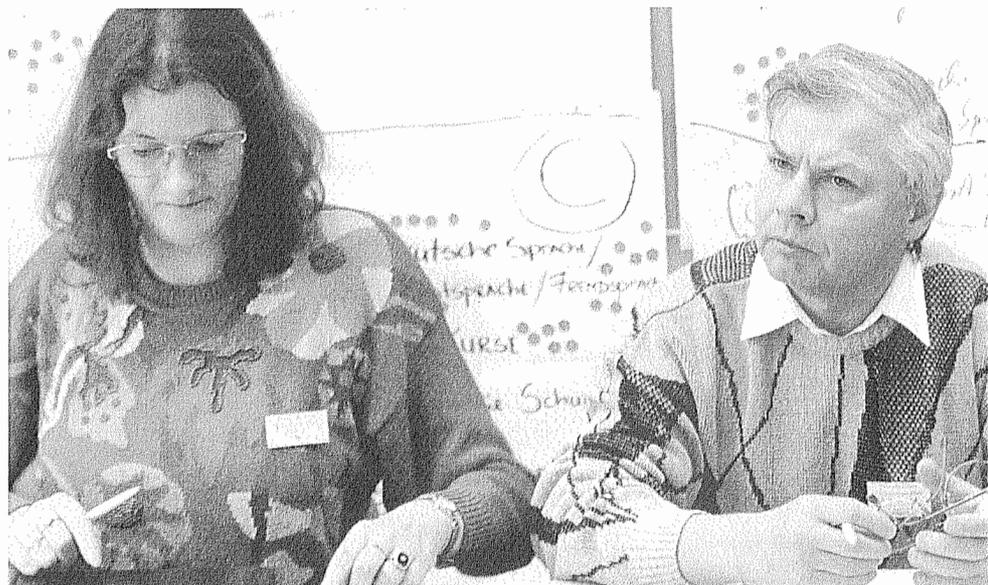
An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Teilnehmer bereits während des Verfahrens der Planungszellen selbst – in den Diskussionen im Plenum und den Kleingruppen – eine Reihe sehr konstruktiver und kritischer Anmerkungen gemacht haben. Diese Anregungen sind z.T. direkt in die Planungszellen eingeflossen und waren somit für das Gelingen der Planungszellen sehr hilfreich.

Positive Eindrücke

Auf die Frage „Hat Sie etwas überrascht?“ nannten die Bürgergutachter die gute Gruppenzusammenarbeit, das positive Arbeitsklima und die „nachbarschaftliche Kompetenz“ („Dass die Zusammenarbeit mit meinen Nachbarn so informativ und witzig sein kann. Es war richtig super!“), die verschiedenen und gut vorbereiteten Themen, die in den Arbeitseinheiten bearbeitet wurden und deren Wichtigkeit für den Kiez sowie der Ansatz der Planungszelle. Positiv wurde vermerkt, dass viele Institutionen (z.B. AWO; IHK) ihre Arbeit vorgestellt haben. Überrascht zeigten sich die Bürgergutachter von der Tatsache, dass sie überhaupt teilnehmen durften, dass die Senatsverwaltung und das Bezirksamt an der Meinung der Bürger und Bürgerinnen über den Kiez ernsthaft interessiert ist. Überraschung löste auch aus, dass die Ergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen oft übereinstimmten („wie abgeschrieben“). Sehr positiv wurde die gute Mischung der Gruppe vermerkt sowie die

Offenheit der Meinungsäußerungen, was zu einer sehr netten Atmosphäre beigetragen hat. Es zeigte sich, dass sich Angehörige verschiedener Nationen bzw. Kulturen gut verstehen können, auch wenn es im Alltag manchmal große Probleme im Umgang miteinander gibt. Ausländischen Bürgergutachtern wurde mit grundsätzlicher Toleranz begegnet. Es gab ein grundsätzliches Wohlwollen schwierigen Themen gegenüber, was als „versammelte Bürgerkompetenz und die geringe Tendenz, Sachverhalte zu vereinfachen und ketzerische Aussagen zu treffen“ bezeichnet wurde. Angeführt wurde hier auch die allgemein positive Einschätzung des Kiezes durch die Mehrheit der Teilnehmer, wobei gleichzeitig der Informationsfluss für die Bürger im Kiez als mangelhaft und verbesserungswürdig bewertet wurde. Positiv vermerkt wurde, dass alle „dabei geblieben“ sind, das kreative Engagement, die Energie und das Interesse der Bürgergutachter, was zu einer „extrem intensiven Arbeitsatmosphäre“ geführt habe und „dass man gegen die Probleme etwas unternehmen kann“.

Besonders gut gefallen hat den Bürgergutachtern die Vielfalt, Toleranz und die gute Kommunikation innerhalb der Gruppe, die zu einer guten Zusammenarbeit geführt hat, wobei es zur Teambildung zwischen Bürgern und Bürgerinnen unterschiedlicher Nationen, Kulturen und sozialer Schichten („zwischen Fremden“) kam. Die unterschiedlichen Lebenserfahrungen und kulturellen Hintergründe waren keineswegs problematisch, sondern konnten in der Gruppe zur gemeinsamen Erarbeitung von Kompromissen genutzt werden.



Die multi-kulturelle Zusammensetzung der Gruppen wurde daher positiv bewertet. Es kam zu Solidarität und Übereinstimmungen, zu guten und witzigen Diskussionen und zur Erarbeitung von nützlichen Vorschlägen. Die kreative Atmosphäre, die Konzentration und Disziplin, das Engagement und der Informationsaustausch zwischen den Teilnehmern wurden positiv erlebt. Es gab keine aggressive Konfliktaustragung, sondern einen offenen Umgang und sehr viel Verständnis untereinander. Gut gefallen hat, dass der eigene Horizont durch die Vermittlung von neuen Informationen und Erfahrungen zum Leben im Kiez erweitert wurde. Dazu haben auch die Vielfalt der Themen, (manche) Vorträge von Referenten und die Gespräche mit Vertretern unterschiedlicher Institutionen beigetragen. Gefallen hat die Arbeit in Kleingruppen und die Möglichkeit, die Ideen anschließend zu bewerten. Positiv beurteilt wurde, dass weitere Aktivitäten angestoßen wurden, neue Bekanntschaften geschlossen wurden („Die netten Menschen!“) und gemeinsam Ideen entwickelt wurden.

Negative Eindrücke

Auf die Frage „Was hat Sie gestört?“ wurde insbesondere die teilweise thematische Überfrachtung („zu breite Problempalette“) der Planungszellen angeführt. Es gab zu wenig Beratungs- und Diskussionszeit im Plenum

und für die Arbeit in den Kleingruppen, zu manchen Themen zu wenig Informationen („Hetzen wegen der Zeit“). Die Ortsbegehung war zu kurz. Gestört hat die teilweise unprofessionelle Organisation und fragwürdige Referentenauswahl bzw. die kurzfristigen Absagen von Referenten. Die Referenten waren von den Organisatoren zum Teil schlecht auf ihre Rolle vorbereitet worden, so dass es zu Überschneidungen von vorgetragenen Inhalten und Informationen kam.

Kritisiert wurden manche der von den Organisatoren im Vorfeld vorbereiteten Fragestellungen für die Arbeit in den Kleingruppen, die teilweise als oberflächlich, nicht verständlich bzw. suggestiv empfunden wurden. Das strenge Ablaufschema und die wenig abwechslungsreiche Moderation wurden bemängelt. Gestört hat außerdem der Verweis mancher Politiker auf Geldmangel (Hinweis aus der dritten Planungszelle). Es kam das Gefühl auf, ohnehin durch Politik und Senatsverwaltung nicht ernst genommen zu werden, da in den Planungszellen eins und zwei nur wenige der eingeladenen Politiker zum Politikerhearing kamen. In diesem Zusammenhang ist jedoch wiederum darauf hinzuweisen, dass die Ursache hierfür die mangelnde Abstimmung der Termine für das Politikerhearing mit den sonstigen Terminen der Eingeladenen seitens der Organisatoren war (vgl. dazu Ausführungen



zur AE 12, Kap. 5.5). Kritisch angeführt wurden sprachliche Verständnisprobleme sowie Wiederholungen in den Themen und Referaten, „drei Tage hätten gereicht“.

Motivation zur Teilnahme

Als Gründe wurden u.a. angeführt: Neugier auf das Verfahren und die Sicht der Nachbarn im Kiez, privates und berufliches Interesse, Bürgersinn und allgemeines Demokratieverständnis („direkte Demokratie“ bzw. „Demokratie von unten – der Verwaltung nicht ausgeliefert sein“), der Wille, zur Verbesserung der Situation im Kiez beizutragen, an der Problemdiskussion und -lösung teilzuhaben, andere Informationen zu sammeln und andere Bewohner des Kiezes kennen zu lernen, die Situation der eigenen Kinder und deren Zukunft zu verbessern, die Hoffnung, dass sich im Kiez etwas ändert und selbst dazu beizutragen („Nicht nur meckern, sondern etwas tun“). Genannt wurden als weitere Gründe die persönliche Einladung des Bürgermeisters, die Aufwandsentschädigung, die „Angst, dass rechtes Potenzial sich durchsetzt“ sowie die „Lust, etwas zu lernen“.

Angaben zur Zufriedenheit

Die Bürgergutachter, die zufrieden waren, gaben dafür folgende Gründe an: Weil es sehr interessant war, die Meinungen der Nachbarn zu hören; der Gewinn an Anregungen und

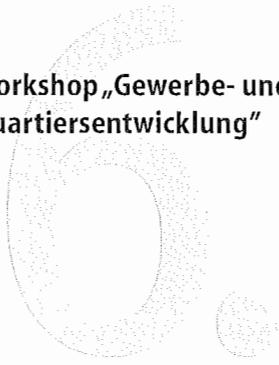
Erkenntnissen; der Initiative anderer Mitbürger folgen; das tolle Ergebnis der gemeinsamen Arbeit sowie die gute und harmonische Zusammenarbeit; die Hoffnung auf die Umsetzung der Anregungen; es hat sich ein Team gebildet, die Menschen nehmen die Themen ernst und bleiben dran; es wurden alle Ideen der Teilnehmer eingebracht; „da ich meine Meinung und Gedanken ebenfalls einbringen konnte“. Aber auch: die Bildung von (privaten) Kontakten zu anderen Bewohnern im Kiez.

Gründe dafür, nicht zufrieden zu sein, waren: teilweise die viel zu oberflächliche Arbeit und Diskussion der Bürgergutachter wegen Zeit- und Informationsmangel; „man lässt die Bürgergutachter/innen nach dem Motivations-schub hängen – Gefahr der Frustration“; „hat eh’ keinen Zweck“; Bedenken, für die Politiker nur ein weiteres Alibi zu sein; die Politiker versprochen keine konkreten Verbesserungen; Ergebnisse sind möglicherweise zu wenig konkret, um etwas einfordern zu können.

Gründe, unschlüssig zu sein, lassen sich zusammenfassen unter: „Ob sich unsere Arbeit im Bezirk niederschlägt, bleibt abzuwarten. Deshalb weiß ich noch nicht, ob ich mit den endgültigen Ergebnissen zufrieden sein werde.“



Workshop „Gewerbe- und Quartiersentwicklung“



6.1. Kiez-Image – Positive und negative Merkmale

In der ersten Arbeitseinheit des eintägigen Workshops waren die eingeladenen Gewerbetreibenden aufgefordert, die Stärken und Schwächen des Kiezes um den Magdeburger Platz allgemein in Stichworten zu beschreiben.

Die einleitenden Referate wurden von Herrn Knieper vom Quartiersmanagement Magdeburger Platz zum Thema Quartiersmanagement- Möglichkeiten und Anspruch, von Herrn Schlömer vom Stadtplanungsamt Tiergarten zum Thema stadtplanerische Entwicklungspotenziale des Quartiers sowie von Frau Schmidt vom Café Olga zum Thema öffentliche Sicherheit, Drogen und Prostitution gehalten.

Als Stärken des Gebietes wurden dabei die gute Innenstadtlage (Nähe zum Potsdamer Platz und zum Tiergarten) sowie der erkennbare Strukturwandel im gesamten Kiez genannt, der nach Meinung der Workshopteilnehmer durch Modernisierung von Gewerbe und Wohnraum die Auflösung sozialer Brennpunkte zunehmend unterstützt. Weiterhin spielt für einige Gewerbetreibende die gute Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie das geschichtliche Potenzial des Gebietes (Potsdamer Straße) eine positive Rolle (je 3 Nennungen).

Als negative Merkmale des Kiezes wurden allgemein die Verkehrssituation und Verkehrsbelastung, vor allem die Parkplatzsituation für Anwohner und Lieferverkehr, genannt sowie die fehlende („ansprechende“) Gastronomie und die mangelhafte Stadtreinigung, die unter anderem für das schlechte Image des Gebietes verantwortlich gemacht wird. Ähnlich problematisch wird in diesem Zusam-

menhang das Straßenbild des gesamten Kiezes bewertet, das wenig zum Verweilen einlädt. Als Beispiele wurden die Genthiner Straße genannt (da ohne Bäume) sowie das Schöneberger Ufer, das wegen seiner Ödnis einen starken Kontrast zum Potsdamer Platz bildet.

Weitere negative Entwicklungen im Kiez sind nach Meinung der Gewerbetreibenden eine schwache Sozialstruktur in Verbindung mit einem hohen Anteil an Ausländern sowie Sozialhilfeempfängern. In diesem Zusammenhang werden auch Probleme in der mangelnden Integration und Integrationsbereitschaft von ausländischen Bewohnern gesehen. Als Beispiel dafür wurde die Abwesenheit ausländischer Gewerbetreibender bei diesem Workshop gewertet. Von Seiten der Organisatoren ist hierzu darauf hinzuweisen, dass von den angesprochenen ausländischen Gewerbetreibenden aus Zeitgründen bzw. Personalmangel keine Teilnahme ermöglicht werden konnte. Drogen und Prostitution spielen für das schlechte Image des Kiezes ebenfalls eine – wenn auch nicht herausragende – Rolle. Als weiterer Nachteil für das Quartier wurde das Ungleichgewicht der räumlichen Verteilung von Gewerbe und Einzelhandel im Kiez gesehen. Der räumlichen Konzentration ausgewählter Gewerbebranchen in bestimmten Teilbereichen, wie z.B. Möbel in der Genthiner Straße, Einzelhandelskonzentration in der Potsdamer Straße, stehen Bereiche des Kiezes gegenüber, die nur unzulänglich mit gewerblichen Angeboten ausgestattet sind (z.B. Magdeburger Platz).

Als erste Lösungsvorschläge wurden die Beteiligung der Gewerbetreibenden bei Entscheidungen (9) sowie die Einbindung der ausländischen Gewerbetreibenden in zukünftige Entwicklungsmaßnahmen (9) genannt.

Rang	Beobachtung: „Positive Merkmale“	Prozent
1	Gute stadträumliche Lage	15%
2	Strukturwandel befördert Modernisierung	6%

Rang	Beobachtung: „Negative Merkmale“	Prozent
1	Hohe Verkehrsbelastung	14%
2	Fehlende gastronomische Angebote	13%
3	Mangelhafte Stadtreinigung/Imageproblem	13%
4	Vermülltes Straßenbild	10%
5	Schwache Sozialstruktur	8%
6	Präsenz der Drogen- und Prostitutionsproblematik	6%

6.2. Kiezökonomie

Rang	Empfehlungen zu „Kiezökonomie“	Prozent
1	Gemeinsame Initiative zur Verbesserung des Image	30%
2	Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen durch Umwandlung	23%
3	Verbesserung der Parkplatzangebote	12%
4	Verbesserung der Gewerbemischung	10%
5	Erhöhung der Kaufkraft von „außen“	10%
6	Städtebauliche Aufwertung des Quartiers	7%

Die einleitenden Referate wurden von Herrn Engels von der IHK Berlin zum Thema Strukturwandel und neue Chancen, von Frau Dr. Oldenburg vom Quartiersmanagement Magdeburger Platz zum Thema Gewerbeentwicklung in Tiergarten-Süd und von Frau Kastens vom Bildungsmarkt e.V. im Ausbildungsverbund Tiergarten zum Thema Gewerbeentwicklung und Ausbildung – im und mit dem Ausbildungsverbund gehalten.

Das weitaus größte Hindernis bei einer Gewerbeentwicklung wird von den Workshop-Teilnehmern im schlechten Image des Kiezes gesehen; hier müssten zwingend gemeinsame Anstrengungen aller Gewerbetreibenden, des Quartiersmanagements, des Bezirksamts und des Senats unternommen werden, um das Image zu verbessern. Dennoch werden grundsätzlich positive Aussichten für Handel, Handwerk und Dienstleistungen allgemein gesehen (vgl. hierzu auch AE 3, Kap. 5.1.3).

Weiterhin wurden ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie die aktuelle Situation entschärft werden könnte: Dies ist zum einen die Lockerung der Zweckentfremdungsverordnung, so dass auch zusätzliche Gewerbeflächen durch Umwandlung von Wohnraum geschaffen werden könnten. Von einem Teilnehmer kam der Vorschlag, ein Überangebot an Gewerbeflächen zu schaffen, um eine Senkung der Gewerbemieten vor Ort zu erreichen. Durch zusätzliche Gewerbeflächen könnten auch zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und für „unqualifizierte Kräfte“ geschaffen werden. Zum anderen wurde eine bessere Gewerbemischung im Wohngebiet befürwortet, die u.a. auch durch die Öffnung der Kluckstraße bis 22.00 Uhr befördert werden könnte (Sackgasse als Investitionshindernis).

Ein weiteres Problem stellt die mangelnde Kaufkraft der Anwohner dar. Eine mögliche Lösung wird in dem Potenzial von Touristen und Angestellten gesehen, für die Qualitätsangebote im Kiez einzurichten wären.

Desweiteren wird eine städtebauliche Verbesserung für erforderlich gehalten: Hiermit sind insbesondere eine ästhetisch ansprechendere Bebauung, die Schließung von Baulücken sowie die Mischung von Wohnen („kein sozialer Wohnungsbau“) und Gewerbe gemeint. Zur Entschärfung des sozialen Gefälles im Kiez waren einige der Teilnehmer der Meinung, dass eine (verstärkte) Sozialarbeit eine Verbesserung der Probleme herbeiführen kann. Analog zur Arbeitseinheit 1 des Workshops wurde hier ebenfalls eine Verbesserung der Parkplatz- und Lieferverkehrssituation gefordert. Es wurde die Frage gestellt, ob die Busspur notwendig sei, da Lieferanten, Privatfahrer und Busse sich in der Potsdamer Straße häufig gegenseitig behindern.



6.3. Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung in Tiergarten-Süd

Rang	Empfehlungen zu „Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung“	Prozent
1	Verbesserung der Kommunikations- und Informationsstrukturen	37%
2	Entwicklung eines kieztypischen Images/Flairs	33%
3	Entwicklung eines fundierten Verkehrskonzeptes	16%

Als wichtigster Punkt bei den Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Gewerbeentwicklung wurde von den Workshop-Teilnehmern mit über einem Drittel aller Nennungen die Forderung nach einer verbesserten Kommunikations- und Informationsstruktur zwischen den Betroffenen und Verantwortlichen benannt.

Hierzu trug direkt die Anwesenheit von Herrn Schilcher (Leitender Baudirektor im BA Tiergarten) und Herrn Lamprecht (stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat, u.a. für Wirtschaft) in der Diskussionsrunde bei. Der Workshop wurde in diesem Zusammenhang als eine gelungene Auftaktveranstaltung und sehr positiv bewertet. Eine Fortführung und Erweiterung der damit begonnenen Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt, Senatsverwaltung und Gewerbetreibenden sowie zwischen den Gewerbetreibenden innerhalb des Kiezes müsse unbedingt gewährleistet werden. Im Rahmen einer zu gründenden Arbeits- oder Interessengemeinschaft könnten hierzu regelmäßige Treffen einberufen werden. Mit diesen Treffen soll zunächst der Kontakt zwischen ansässigen Gewerbetreibenden und Entscheidungsträgern (politische Vertreter, Bezirksamt, Senat) hergestellt werden; später könnte der Teilnehmerkreis auf Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften ausgeweitet werden. Ein Arbeitsschwerpunkt sollte auch die Vernetzung zwischen den Bezirken Schöneberg und Tiergarten sein. Begleitet werden soll dieser Prozess zum einen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Pressekontakte, zum anderen durch die Selbstdarstellung der Gewerbe und ihrer Aktivitäten, beispielsweise durch die Entwicklung eines Branchenführers fürs Internet.

Mit fast einem weiteren Drittel der gesamten Nennungen wurde die Entwicklung eines kieztypischen Images und Flairs befürwortet, da die Attraktivität eines Kiezes wesentlich davon abhängt. Dazu gehört sowohl ein fundiertes Marketingkonzept mit einem medienwirksamen (neuen) Namen für das Gebiet als auch die Stärkung der Potenziale und Zusammenhalte im Kiez: Mögliche erste Initiativen wären die Ausrichtung eines Straßenfestes oder

eines „Tages der offenen Tür“. Um Imageverbesserungen zu erreichen, müssten gleichzeitig städtebauliche Verbesserungen in Angriff genommen werden und „dunkle“ (also unsichere und hässliche) Ecken beseitigt werden. Die Förderung der Gastronomie, z.B. durch Anschubfinanzierungen, ist nach Meinung der Teilnehmer ein weiterer wichtiger Bestandteil eines Entwicklungskonzeptes für das Quartier Magdeburger Platz. Hierbei sollen ausländische Unternehmen integriert werden, um bestehende Marktlücken zu schließen. Partner dabei könnte zum Beispiel der Verband türkischer Unternehmen sein, der von einem Teilnehmer als „kultureller Fundus“ bewertet wurde. Ähnlich den in den Planungszellen mit Nicht-Gewerbetreibenden geäußerten Wünschen, wurde auch hier der Wunsch nach der Ansiedlung von Straßencafés vorgetragen.

Weiterhin wird die Entwicklung eines umsetzbaren, fundierten Verkehrskonzeptes gefordert, das dem Grundsatz der „Qualitätssicherung“ (im Sinne einer guten Nutzbarkeit für Kunden und Gewerbetreibende) unterliegen sollte.

Gefordert wurden wiederum die Flexibilisierung der „Zweckentfremdungsverbotverordnung“ und eine allgemeine Forderung nach einer Verbesserung des sozialen Umfelds.



Ausblick : Wie geht es weiter?

Noch während der laufenden Arbeit in den Planungszellen hat das Quartiersmanagement-Team Magdeburger Platz Kontakt mit den dort arbeitenden Bürgern aufgenommen und ein erstes Meeting außerhalb der Planungszellen veranstaltet. Überraschend hoch war die Zahl der Teilnehmer und erfreulich die spürbare Motivation an den Geschicken des Stadtteils mitzuwirken. Deutlich äußerte sich der Informationsbedarf über die laufenden Planungen im Gebiet.

Nach Beendigung der Planungszellen wurde in einer zweiten Veranstaltung des Quartiersmanagement-Teams - unter Einbeziehung eines Moderators aus den Planungszellen – diesem Informationsbedürfnis entsprochen. Den Bürgern, die Interesse an einer weiteren Mitarbeit bei der Gestaltung des Entwicklungsprozesses des Stadtteils geäußert haben, wurden Hilfen zur Selbstorganisation angeboten. Die Räume des Stadtteilverein Tiergarten e.V. – sowie das personelle und technische Equipment des Quartiersmanagements – stehen den Bürgern für ihre Arbeit zur Verfügung. Gegenwärtig beginnen sich drei Projektgruppen zu bilden, die sich speziellen Themen im Quartier widmen wollen.

Neben der Beteiligung der Bewohner an den Planungszellen war – auf Anregung der Quartiersmanager – ein besonderer Workshop mit Gewerbetreibenden aus dem Gebiet durchgeführt worden. Damit sollte insbesondere die gemischte Struktur des Gebietes um den Magdeburger Platz berücksichtigt werden: Das Gebiet ist kein „reines Wohngebiet“, sondern ein innerstädtisches gemischtes Gebiet mit einem deutlichen Gewerbeanteil. Dieser Workshop bildete den Ausgangspunkt für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerbetreibenden im Gebiet, mit einem Schwerpunkt der Einzelhändler der Potsdamer Straße. Nach dem Workshop haben bis zum Mai 2000 bereits zwei Zusammenkünfte der Gewerbetreibenden und Einzelhändler des Gebietes stattgefunden. Unter Beteiligung des Bezirksamtes und der IHK Berlin sollen konkrete Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung von Gewerbe und Einzelhandel verabredet und umgesetzt werden. Das Quartiersmanagement unterstützt und begleitet diesen Prozess. Auch hier stehen die Aussichten gut, dass sich die gemeinsame Arbeit verstetigt.

Die laufenden örtlichen Informations- und Erörterungsveranstaltungen des Quartiersmanagements werden – das ist ein weiteres erfreuliches Ergebnis – von den Bürgern, die in den Planungszellen gearbeitet haben, gut besucht, ja dominiert.

Es geht jetzt darum, den Elan und die Verstärkungseffekte, die die Arbeit in den Planungszellen hervorgerufen hat, zu stabilisieren. Das Quartiersmanagement-Team wird den Arbeitsstil, die Seminartechnik, die in den Planungszellen zu den guten Ergebnissen beigetragen hat, in weiteren Veranstaltungen fortführen. Dabei werden auch andere Verfahren der Bürgerbeteiligung zur Anwendung kommen. Bei der ohne Frage notwendigen Entwicklung der Grundschule zu einer Schule, die sich den vielfältigen Ansprüchen des Stadtteils stellt und zu einem gemeinsamen Lernort im Stadtteil wird, soll das Instrument der „Zukunftswerkstatt“ ganz konkrete Ergebnisse und Veränderungen einleiten. Die zunächst gesondert begonnene Zusammenarbeit – Bewohner in den „Planungszellen“, Gewerbetreibende im „Gewerbeworkshop“ – muss und soll zukünftig mehr Verknüpfungspunkte für eine gemeinsame Zusammenarbeit von Bewohnern, Gewerbetreibenden, anderen lokalen Akteuren, der Verwaltung und dem Quartiersmanagement als Mittler und Moderator finden, um der Zielstellung einer Stabilisierung und Stärkung der Stadtteilentwicklung eine breite und nachhaltige Grundlage zu geben.



Abbildungsverzeichnis

An dieser Stelle möchten wir uns bei den nachstehenden Fotografen für die Bildrechte und die gute Zusammenarbeit bedanken.

Titelbild

Aktion des Quartiersmanagements mit Schülern auf dem Schulhof der Fritzlar-Homberg-Grundschule

Foto: Silvina Haubold (Quartiersmanagement-Team Magdeburger Platz)

Seite 3

Übersichtskarte mit den Grenzen der Berliner Bezirke; Kartenausschnitt mit dem Quartiersmanagementgebiete Magdeburger Platz
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Seite 6

Arbeitsmaterial aus einer Planungszelle

Foto: Adib El-Hussein

Seiten 10, 12/13, 15, 17, 18, 20, 21, 28, 29,
32/33, 48, 49, 50/51

Teilnehmer der Planungszellen während ihrer Arbeit als Bürgergutachter

Foto: Adib El-Hussein

Seiten 16, 23

Am U-Bahnhof Kurfürstenstraße

Foto: Silvina Haubold

Seite 24

In der Kurfürstenstraße, Ecke Derfflingerstraße

Foto: Silvina Haubold

Seite 25

Blockinnenbereich an der Bissingzeile

Foto: Silvina Haubold

Seite 26

Café Phillis in der Pohlstraße

Foto: Silvina Haubold

Seite 27

Möbelhandel am Magdeburger Platz

Foto: nexus

Seite 30

Spielothek in der Potsdamer Straße

Foto: Silvina Haubold

Seiten 31, 34, 36, 41

Polaroid-Fotografien der Bürgergutachter, die während der Ortsbegehung entstanden sind

Seite 35, 43, 45, 46

Aktion des Quartiersmanagements mit Schülern auf dem Schulhof der Fritzlar-Homberg-Grundschule

Foto: Silvina Haubold

Seiten 38, 39

Referenten in den Planungszellen

Foto: Adib El-Hussein

Seite 44

Kindertagesstätte in der Lützowstraße (IBA-Bau)

Foto: Silvina Haubold

Seiten 19, 53, 54/55

Teilnehmer und Referenten des Workshops mit Gewerbetreibenden aus dem Quartier

Foto: Adib El-Hussein